

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXVII 4–2011

Internet und Demokratie

Schwerpunktredaktion: Frederik Holst, Wolfram Schaffar

mandelbaum *edition südwind*

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
österreichischen Universitäten

Redaktion: Markus Auinger, Gerald Faschingeder, Karin Fischer
(verantwortlich), Margit Franz, Inge Grau, Karen Imhof, Johannes Jäger,
Bettina Köhler, René Kuppe, Bernhard Leubolt, Andreas Novy, Christof
Parnreiter, Stefan Pimmer, Petra Purkharthofer, Kunibert Raffer, Anselm
Skuhra

Board of Editors: Henry Bernstein (London), Dieter Boris (Marburg),
John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig), Jacques Forster
(Genève), John Friedmann (St. Kilda), Peter Jankowitsch (Wien), Franz
Kolland (Wien), Helmut Konrad (Graz), Uma Kothari (Manchester),
Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter
Rothermund (Heidelberg), Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten
(Boston), Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Produktionsleitung: Bettina Köhler

Umschlaggestaltung: Bettina Köhler

Titelfoto: Nacer Talel, Tunis (»24 february 2011, activists at the casbah
square in Tunis uploading photos, videos, news to the internet«)

Inhaltsverzeichnis

- 4 FREDERIK HOLST, WOLFRAM SCHAFFAR
Internet und Demokratie
- 9 THOMAS KERN, SANG-HUI NAM
Zivilgesellschaftliche Mobilisierung und neue Kommunikations-
technologien in Südkorea, Taiwan, den Philippinen und Thailand
- 30 CHRISTOPH AMTHOR
Virtuelle Heimat und reale Chancen:
Online-Mediennutzung der birmanischen Diaspora
- 49 WOLFRAM SCHAFFAR
Der Staat im Internet:
Nutzung und Kontrolle des Internets in Singapur
- 72 EVA EICHENAUER
Alternative Realitäten im Internet: Eine vergleichende Analyse
malaysischer Print- und Onlinemedien
- 92 FREDERIK HOLST
Cyberspace – A Better Place?
Ethnicization in Malaysia's Online Media
- 114 WALTER SCHICHO, INGEBORG GRAU
Irmi Maral-Hanak (1967–2011)
- 117 Rezension
- 119 Schwerpunktredakteure und AutorInnen
- 122 Impressum

FREDERIK HOLST, WOLFRAM SCHAFFAR

Internet und Demokratie

In den vergangenen Monaten hat sich die Debatte um den Zusammenhang von Internet und Demokratie zu einer zentralen Frage in der Entwicklungszusammenarbeit herausgebildet: Viele internationale AkteurInnen der EZA unterhalten Programme zur Kooperation mit Netz-AktivistInnen. US-amerikanische Stiftungen wie die *Open Society Foundations* von George Soros oder die *National Endowment for Democracy* setzen zur Demokratieförderung seit längerem auf die Unterstützung von InternetaktivistInnen, und auch bei deutschen politischen Stiftungen wie der Heinrich-Böll- oder der Friedrich-Naumann-Stiftung spielt die Kooperation mit Mediengruppen eine wichtige Rolle.

Die Frage, inwieweit internetbasierte *Social Media* (wie Facebook, Twitter, Blogs) zur Demokratisierung beitragen, ist deshalb eine zentrale, weil sich hier völlig konträre Einschätzungen gegenüberstehen. Einerseits wird die These vertreten, das Internet fördere Demokratie, da es wegen seiner Übertragungsgeschwindigkeit und seines netzwerkartigen Aufbaus nicht effektiv zensiert werden könne und zudem durch seinen nichthierarchischen Aufbau eine demokratische Organisationskultur stimuliere. Diese Gedankenfigur ist die Legitimationsgrundlage vieler EZA-Programme.

Demgegenüber zeichnet sich eine andere, gegenteilige Einschätzung am Horizont ab, die bisher eher in akademischen Untersuchungen diskutiert wird und noch kaum einen wahrnehmbaren Einfluss auf die Strategien der EZA-Akteure entfaltet hat: Vielerorts scheinen autoritäre Regierungen das Netz zur Überwachung, Eindämmung oder sogar Bekämpfung von politischer Opposition nutzbar machen zu können. Den Gebrauch des Netzes zur politischen Arbeit zu fördern – wie von vielen EZA-Akteuren derzeit unterstützt –, könnte sich damit geradezu als kontraproduktiv erweisen.

Die Debatte ist bisher in mehrfacher Hinsicht verzerrt: Zum einen findet sie bislang nur in periodischen Schüben statt: Sie flammt aus Anlass konkreter

Umbrüche auf und wird dann meist in den Zeitungen oder auf Blogs tagesaktuell diskutiert. Als Muster ist dabei zu beobachten, dass sich in die Begeisterung über eine neu entstandene Demokratiebewegung die Ansicht mischt, die neuen Medien seien der Katalysator für den Umbruch. Eine nüchterne Analyse ist dagegen oft nicht möglich, während die Idee vom demokratiestiftenden Internet durch verschiedene externe Prozesse verfestigt wird. Ein Beispiel dafür ist die Verleihung verschiedener Preise an die führenden MedienaktivistInnen aus Nordafrika im Rahmen von Veranstaltungen wie dem Global Media Forum der Deutschen Welle in Bonn.

Dabei wird jedoch ausgeblendet, welche längerfristigen Tendenzen beobachtbar sind: Warum waren die Mönche in Burma/Myanmar 2007 nicht erfolgreich und was wurde aus den damals so zentralen Medienprojekten? Was passierte mit den Internet-AktivistInnen im Iran nach der Niederschlagung der sogenannten Grünen Revolution 2009? Und jüngst: Wie ist die Situation der MedienaktivistInnen in Ägypten nach dem Umbruch? Die Verurteilung des Bloggers Maikel Nabil Sanad im post-revolutionären Ägypten und sein anschließender Hungerstreik werfen fundamentale Fragen auf.

Zum anderen ist die Debatte von meist jungen, internetbegeisterten AktivistInnen geprägt, die auf der Grundlage ihrer frischen Politisierung von den Möglichkeiten des Internets schwärmen. Sie sehen sich als Avantgarde, unterschätzen aber manchmal die Vorarbeit von oder die Zusammenarbeit mit älteren und wenig internetkundigen AktivistInnen. Das Ausland überhört die anderen Stimmen systematisch, da sich die Jüngeren auf Englisch über Twitter und Facebook äußern und im Westen verstanden werden. Die arabisch-, persisch- oder burmesischsprachigen Stimmen, die in den Ländern selbst kursieren, gedruckte Flugblätter mit Forderungen, all diese Quellen bleiben außerhalb der Wahrnehmung der JournalistInnen und vielfach auch der ForscherInnen, was das Bild zugunsten der Internet-UtopistInnen verzerrt.

Will man jedoch diese Verzerrungen vermeiden und Untersuchungen längerfristig und auf originalsprachigem Material empirisch fundieren, offenbart sich eine Vielzahl von methodischen und theoretischen Problemen. Dieser Band ist ein erster Schritt, die Debatte um den Zusammenhang von Internet und Demokratie aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive zu betrachten und die Verzerrungen der tagesaktuellen

Debatte zu überwinden: Die Beiträge setzen sich von den üblichen Einlassungen dadurch ab, dass es sich um Langzeitstudien zu einzelnen Ländern oder Regionen handelt, die auf der Grundlage von Feldforschungen oder anderen Untersuchungen entstanden sind, bei denen die AutorInnen die Sprache des Landes beherrschen oder sich um systematischen Zugang zu originalsprachigen Quellen bemüht haben. Ebenso prägt die Beiträge eine größere Einbettung der untersuchten sozialen Bewegungen: InternetaktivistInnen werden nicht isoliert betrachtet, sondern als Teil von größeren Zusammenhängen politischer und sozialer Bewegungen.

Der Band beginnt mit einem Beitrag von Thomas Kern und Sang-hui Nam, die in einer vergleichenden Studie die Rolle von neuen Medien in den Demokratisierungsprozessen Taiwans, Südkoreas, der Philippinen und Thailands einander gegenüberstellen. Diese Länder gleichen sich dahingehend, dass sie zu einem ähnlichen Zeitpunkt eine politische Transition durchlaufen haben, jedoch aufgrund unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung eine verschieden starke Durchdringung von neuen Kommunikationsmedien zeigen. Bezüglich der Rolle, die die neuen Medien für die sozialen Bewegungen spielen, zeigen sich jedoch charakteristische Unterschiede zwischen den Ländern, was darauf verweist, dass neben den Größen Internetdurchdringung und zivilgesellschaftliches Engagement weitere Faktoren wichtig sind.

Diesem Beitrag folgt die Arbeit von Christoph Amthor, der die burmesische Demokratiebewegung im Exil untersucht und ebenso auf die Rolle der neuen Medien für die politische Aktivität fokussiert. Der Beitrag steht im Kontrast zum vorhergehenden in zweierlei Hinsicht: Die Akteure der Demokratisierung sind nicht wie in den Fällen von Kern und Nam zivilgesellschaftliche Bewegungen im Land selbst. Das heißt, die von Kern und Nam im nationalstaatlichen Rahmen betrachteten Größen wie Internetanschlüsse und zivilgesellschaftliches Engagement stellen sich im Falle Burmas ganz anders dar, dies verweist auf den transnationalen Charakter der Problematik. Zum anderen deutet Amthor den Begriff der Öffentlichkeit, den Kern und Nam unter Berufung auf Habermas und Putnam zur Grundlage ihrer Analyse machen, als *Mediascape* sowie Heimat einer Diaspora und führt eine spezifische räumliche Lesart des Internet ein.

Wolfram Schaffar wiederum zieht diese Metapher eines neuen Raumes, der von den neuen Medien aufgespannt wird, grundsätzlich in

Zweifel. In seiner Untersuchung der Genese und Funktionsweise der Internetregulierung in Singapur argumentiert er, dass entgegen dem suggestiven Schlagwort vom Cyberspace, in dem sich Zivilgesellschaft und Staat ein Gefecht liefern, sowohl der „Raum“ Internet als auch der „Staat“ von gesellschaftlichen Prozessen erzeugt werden. Vor dem Hintergrund einer materialistischen Staatstheorie plädiert er dafür, Demokratisierungsprozesse und andere politische Auseinandersetzungen nicht als qualitativ andere Prozesse zu sehen, sondern als Konflikte, deren Charakter und Verlauf von den Macht- und materiellen Ressourcen der Akteure geprägt sind, wie sie in der Offlinewelt herrschen.

Dass es in diesem Themenkomplex trotz gleichem Fallbeispiel durchaus unterschiedliche Perspektiven auf die Rolle des Internets und der theoretischen Einordnungen geben kann, zeigen die Beiträge von Eva Eichenauer und Frederik Holst über Malaysia, die den Band abschließen. Die Allah-Debatte dient Eichenauer dazu, im Kontext von Luhmanns Systemtheorie die Entstehung öffentlicher Meinung in einem semi-autoritären Regierungssystem zu untersuchen, dessen Mediensystem von starken Restriktionen im Print-Bereich geprägt ist, wohingegen Online-Medien relativ frei operieren können, wodurch neue diskursive Räume eröffnet werden. Gleichzeitig zeigt der Artikel die Schwierigkeiten auf, die mit der Anwendung eines auf Europa ausgelegten Modells auftreten können – ein Spannungsfeld, das insbesondere in den Regionalwissenschaften regelmäßig thematisiert wird.

Als komplementäre Perspektive geht Frederik Holst einer ähnlichen Frage nach, wie sie in Schaffars Beitrag aufscheint, und untersucht, ob „Cyberspace“ ein „better place“ ist, in dem primär egalitäre und partizipative Sichtweisen und Positionen dominieren oder die von dort aus gefördert werden können. Er untersucht in seinem Artikel, inwieweit sich das ethnisierte Gesellschaftssystem auf die Onlinesphäre auswirkt und zeigt anhand von Manifestationen und Implementationen von Ethnisierung, dass – insbesondere ethnisierte – „Offline“-Machtstrukturen ebenso „online“ existieren. Er hebt dabei einen häufig vernachlässigten Aspekt von Netznutzung und -inhalten hervor, indem er mit Beispielen aus der jüngsten Vergangenheit zeigt, dass nach den eher progressiv-oppositionell eingestellten Netzpionieren nun auch Gruppen mit extremeren Positionen als in den Mainstream-Medien erlaubt ihre Ideologien verbreiten und Anhänger

versammeln. Die Wechselwirkungen zwischen den Diskursentwicklungen „online“ und „offline“ unterstreichen die Notwendigkeit, das Potential des Netzes nicht primär oder gar ausschließlich positiv zu sehen, sondern einer kritischen Betrachtung zu unterziehen, die antiemanzipatorische Kräfte nicht aus dem Blickfeld verliert.

Beide Artikel eint die Fragestellung, was denn überhaupt als „demokratisch wünschenswert“ oder „liberal“ zu verstehen ist. Diese Einordnungen werden oftmals von europäisch orientierten Wissenschaftspositionen aus untersucht, aber gerade das Spannungsfeld Demokratie und Internet zeigt die Notwendigkeit, die Akteure, die sich darin bewegen, genauer zu untersuchen, um nicht durch eine normative Perspektive bestimmte Ergebnisse vorwegzunehmen und andere aus den Augen zu verlieren.

Die hier versammelten Arbeiten sind in ihren Herangehensweisen sehr unterschiedlich und illustrieren damit sowohl die Vielfalt der Disziplinen, die zum Thema einen Beitrag leisten können, als auch die Vielfalt der theoretischen Zugänge. Was die Beiträge jedoch verbindet, ist, dass sie – unabhängig davon, welchen theoretischen Zugang und welches analytische Instrumentarium sie wählen – die Kategorien selbst zum Thema ihrer Auseinandersetzungen machen. In der Reflexion der Herangehensweisen weisen die Arbeiten daher über den gewählten theoretischen Rahmen hinaus und können als Suchbewegungen gelten, die ausloten, welcher theoretische und methodische Zugang welche Ergebnisse zeitigt. Angesichts der Dynamik der technischen und politischen Entwicklungen der vergangenen Monate mag eine solche Suchbewegung langsam und die Ergebnisse mögen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits teilweise überholt erscheinen. Für eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema Internet und Demokratie aus der Sicht der Entwicklungsforschung ist ein solches Vorgehen, das als transdisziplinär umrissen werden kann, jedoch unerlässlich.

THOMAS KERN, SANG-HUI NAM

**Zivilgesellschaftliche Mobilisierung und
neue Kommunikationstechnologien
in Südkorea, Taiwan, den Philippinen und Thailand**

I. Einführung

Seit zwei Jahrzehnten beschäftigt sich eine wachsende Zahl von Studien mit der Frage, wie sich die Ausbreitung neuer Kommunikationstechnologien (NKT) – vor allem Mobiltelefonie und Internet – auf den demokratischen Wandel von Gesellschaften auswirkt. In Anlehnung an Habermas (1990) und Putnam (1994) wird oft angenommen, dass die NKT den öffentlichen Raum erweitern: Es entstehen neue Formen der Assoziation und Partizipation, die sich auf die Entwicklung der Demokratie positiv auswirken können. In diesem Sinne eröffnen sich mit den NKT vollkommen neue Handlungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche AkteurInnen (Tapia/Ortiz 2010). Dennoch ist die Technologie allein weder Voraussetzung noch Garant für eine pro-demokratische Entwicklung (Best/Wade 2005, 2009; Groshek 2009; Morozov 2011). Sie ist vielmehr eingebettet in einen komplexen politischen, kulturellen und sozialen Rahmen, der die Chancen und Grenzen neuer Technologien maßgeblich prägt.

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die folgende Untersuchung mit der Wirkung der NKT auf die Struktur öffentlicher Räume und den Verlauf zivilgesellschaftlicher Mobilisierungsprozesse am Beispiel der Länder Südkorea, Taiwan, Philippinen und Thailand. Diese vier ostasiatischen Staaten bieten sich vor allem aus zwei Gründen für eine solche Analyse an: Erstens wurden sie fast gleichzeitig – zwischen 1987 und 1992 – von der sogenannten dritten Welle der Demokratisierung erfasst. Das heißt: Trotz aller politischen, ökonomischen und kulturellen Unterschiede ist ihr Ausgangspunkt ähnlich. Zweitens verfügen sie über eine sehr unterschiedliche Infrastruktur mit Blick

auf die NKT: Während Südkorea und Taiwan beim Ausbau des Internets weltweit eine Führungsrolle einnehmen, hat sich auf den Philippinen und in Thailand anfänglich nur das Mobiltelefon durchgesetzt.

Die folgende Studie gliedert sich in zwei Teile: Im ersten Teil werden die theoretischen Zusammenhänge zwischen politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen, Medienlandschaft und zivilgesellschaftlichem Handeln diskutiert. Auf dieser Grundlage werden im zweiten Teil die wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der ausgewählten vier Fälle herausgearbeitet.

2. Öffentlichkeit, Massenmedien und Demokratie

In modernen demokratischen Gesellschaften sind die Strukturen öffentlicher Räume hauptsächlich von drei institutionellen Feldern geprägt (Alexander 2006): Medien, Politik und Recht. Während die Medien die kommunikativen Rahmenbedingungen öffentlicher Räume strukturieren, leistet das politische System die Übersetzung zivilgesellschaftlicher Diskurse in kollektiv verbindliche Entscheidungen, während das Rechtssystem den öffentlichen Raum vor staatlichen Übergriffen schützt. Die Zugänglichkeit öffentlicher Räume gilt dabei als ein wesentlicher Gradmesser für die Qualität einer Demokratie (Habermas 1990; Alexander 2006): Unter „idealen“ Bedingungen sollten möglichst alle Gesellschaftsmitglieder zumindest im Prinzip die Möglichkeit haben, ihre Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen. Für das Funktionieren der öffentlichen Sphäre sind relativ unabhängige politische Institutionen und rechtsstaatliche Verhältnisse somit unabdingbar. Dennoch wäre es falsch anzunehmen, dass der öffentliche Raum erst mit der Demokratisierung entsteht, da in autoritären Gesellschaften ebenfalls öffentliche Diskussionen stattfinden.

Der Übergang zur Demokratie stellt jedoch einen qualitativen Sprung dar, weil mit dem politischen Systemwechsel normalerweise die Zugangsmöglichkeiten zur Öffentlichkeit beträchtlich erweitert werden. Dies geschieht in der Regel mit der Festschreibung des Gleichheitsgrundsatzes, der Menschenrechte und der Kommunikationsfreiheit in der Verfassung: Mit Hilfe des *Gleichheitsgrundsatzes* werden Rang- und Prestigeansprüche partikularer Gruppen gegenüber dem Staat neutralisiert und „unmittelbare, partikuläre, persönliche Verflechtungen an der Grenze zwischen Staatsbürokratie“

(Luhmann 1974: 178) und Bevölkerung unterbunden. Auf diese Weise wird verhindert, dass einzelne Gruppen den Staat als Machtinstrument unter ihre Kontrolle bringen. Im Gegenzug sorgen *Menschenrechte* und *Kommunikationsfreiheit* (Glaubens-, Meinungs-, Presse-, Versammlungsfreiheit etc.) dafür, dass sich individuelle und kollektive Handlungen nicht fortwährend an den Zwängen der Staatsbürokratie ausrichten müssen und sichern auf diese Weise die Kapazität zur Selbstorganisation auf der Seite der Bürger (ebd.: 79).

In der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Indikatoren entwickelt, auf deren Grundlage sich die konkreten Ausprägungen politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen in verschiedenen Ländern miteinander vergleichen lassen. Diese Indikatoren stützen sich zum großen Teil auf Expertenbefragungen. Tabelle 1 gibt einen Überblick über einige Maßzahlen, die für den Argumentationszusammenhang dieser Studie relevant sind: Der erste Block verweist auf die Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes durch unabhängige politische und rechtliche Institutionen: Die *politischen Rechte* bringen das Ausmaß der Teilhabe aller Bürger an politischen Entscheidungsprozessen zum Ausdruck. Die *Rechtsstaatlichkeit* bezieht sich auf die legalen Möglichkeiten der Bürger, ihre Interessen notfalls auch gegen den Staat durchzusetzen. Im Zentrum der *Korruptionswahrnehmung* steht die illegale Beeinflussbarkeit politischer und rechtlicher Institutionen zugunsten partikularer Interessen. Dieser Indikator bezieht sich zwar nur auf die soziale Wahrnehmung von Korruption, ist aber gerade deshalb besonders relevant für zivilgesellschaftliches Handeln (Chang/Chu 2006).

Der zweite Block umfasst Indikatoren, die im weitesten Sinne den Schutz der Menschenwürde, der körperlichen Unversehrtheit und der Kommunikationsfreiheit zum Gegenstand haben: Die *politische Stabilität* bezieht sich auf die (von Experten) wahrgenommene Wahrscheinlichkeit, dass eine Regierung durch nicht verfassungsgemäße Mittel – etwa im Rahmen eines Militärputschs, bewaffneten Aufstands, ethnischen Konflikts oder Bürgerkriegs – gestürzt wird. Dabei kommt es oft zu Gewaltausbrüchen, unter denen die Zivilbevölkerung besonders zu leiden hat. Die *zivilen Freiheiten* verweisen auf den Zustand der Meinungs-, Versammlungs-, Bildungs- und Religionsfreiheit in einem Land. Die *Pressefreiheit* hat schließlich das Ausmaß an Kommunikationsfreiheit zum Gegenstand, insbesondere die Unabhängigkeit der Medien.

Tabelle 1: Indikatoren für das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft *

Index	Südkorea	Taiwan	Philippinen	Thailand
	Unabhängigkeit der Politik und des Rechts (Gleichheitsgrundsatz)			
Politische Rechte <i>Freedom House 2010</i> 1 = höchste, 7 = niedrigste	1 (2)	1 (2)	4 (1)	5 (2)
Rechtsstaatlichkeit <i>World Bank 2008</i> +2,5 = höchste, -2,5 = niedrigste	0,79 (0,74)	0,77 (0,86)	-0,49 (-0,54)	-0,03 (0,45)
Korruptionswahrnehmung <i>Transparency International 2010</i> 10 = transparent, 0 = korrupt	5,4 (4,0)	5,8 (5,5)	2,4 (2,8)	3,5 (3,2)
	Schutz der Menschenwürde und der Kommunikationsfreiheit			
Politische Stabilität <i>World Bank 2008</i> +2,5 = höchste, -2,5 = niedrigste	0,41 (0,40)	0,72 (0,56)	-1,41 (-0,77)	-1,19 (0,12)
Zivile Freiheiten <i>Freedom House 2010</i> 1 = höchste, 7 = niedrigste	2 (3)	2 (2)	3 (3)	4 (2)
Pressefreiheit <i>Freedom House 2010</i> 100 = höchste, 1 = niedrigste	30 (29)	24 (30)	48 (22)	58 (27)

* Die Werte in den Klammern beziehen sich auf das Jahr 2000.

Quelle: DataGov (o.J.)

Wie ein Blick auf Tabelle 1 zeigt, sind die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Struktur öffentlicher Räume in Ostasien sehr unterschiedlich. Insbesondere zwischen Südkorea und Taiwan auf einer Seite sowie den Philippinen und Thailand auf der anderen Seite verläuft ein tiefer Graben. Während die Werte der beiden ersten Staaten verglichen mit dem Jahr 2000 in fast allen Kategorien auf eine zunehmende Festigung demokratischer Institutionen hinweisen, verläuft der Trend in Thailand und auf den Philippinen in die entgegengesetzte Richtung. Es scheint somit, dass beide Gruppen immer stärker auseinanderdriften.

Mit Blick auf die NKT wird an diesem Punkt deutlich, dass ihre Wirkung auf den öffentlichen Raum in hohem Maße durch spezifisch rechtliche und politische Rahmenbedingungen strukturiert wird, die von Land zu Land sehr unterschiedlich sind. Von einer unabhängigen „demokratischen“ Qualität der NKT kann daher kaum die Rede sein. Die Kommunikationsmöglichkeiten hängen aber nicht allein von institutionellen Rahmenbedingungen ab. Soweit öffentliche Kommunikation in modernen Gesellschaften größtenteils massenmedial vermittelt ist, sind die technischen und sozialen Zugangsmöglichkeiten für die tatsächliche Verwirklichung der Meinungs- und Pressefreiheit zentral. Diese werden im Wesentlichen durch drei Komponenten strukturiert (Lessig 1999; Best/Wade 2007):

Die *technische Infrastruktur* bestimmt den Horizont an Kommunikationsmöglichkeiten, der den Gesellschaftsmitgliedern offen steht. Insbesondere mit dem Breitbandinternet haben sich in den letzten Jahren in vielen Ländern die Handlungs- und Koordinationsmöglichkeiten der breiten Bevölkerung im Vergleich zu konventionellen Print- oder Funktechnologien deutlich erweitert, während zugleich die Kosten gesunken sind.

Der Staat übt durch die *Mediengesetzgebung* einen großen Einfluss auf die Strukturen der Medienlandschaft aus. Gerade staatliche AkteurInnen sind immer wieder versucht, ihren Einfluss auf die Medienlandschaft etwa durch Zensur, Verfahren zur Lizenzvergabe, Verteilung von Ressourcen oder andere Formen der Kontrolle zu vergrößern (Kern/Nam 2011).

Die Konzentration der *Besitzverhältnisse* auf dem Medienmarkt entscheidet über den Grad der Pluralität in den Massenmedien. Konzentrationsprozesse können auf Dauer zu einer Gefahr für die Unabhängigkeit des öffentlichen Raums werden. Insbesondere die mangelnde Trennung

zwischen redaktionellen Entscheidungen und dem Marketing kann für die öffentliche Meinungsbildung zum Problem werden.

Mit dem Wandel der Medienlandschaft eröffnen sich immer neue Chancen und Risiken der sozialen Koordination, von denen gerade zivilgesellschaftliche Gruppen und soziale Bewegungen betroffen sind. Zahlreiche NGOs haben in den vergangenen Jahren die Ausbreitung der NKT beispielsweise genutzt, um neue Informations- und Kommunikationsplattformen aufzubauen. Das Spektrum umfasst neue Publikationsformen, Diskussionsforen und Kampagnenformate, durch die sich die Vielfalt des öffentlichen Diskurses beträchtlich vergrößerte.

Tabelle 2: Überblick über den Zugang zu NKT zwischen 2000 und 2009 (pro 100 EinwohnerInnen)

NKT	Südkorea		Taiwan		Philippinen		Thailand	
	2000	2009	2000	2009	2000	2009	2000	2009
Telefon-Festanschlüsse	55,7	53,7	56,8	63,2	3,9	7,4	9,0	10,6
Mobiltelefonanschlüsse	57,8	100,7	80,2	116,7	8,3	100,3	4,9	97,3
Geschätzte Internetnutzer	44,7	81,6	28,1	69,9	2,0	9,0	3,7	25,8
Internetfestanschlüsse	11,0	33,8	20,8	24,5	0,5	3,9	1,0	3,4
Breitbandfestanschlüsse	8,3	34,8	1,0	21,4	0,0	1,9	0,0	1,5
Mobile Breitbandanschl.	0,0	83,6	0,0	61,5	0,0	10,2	0,0	2,0

Quelle: ITU (o.J.)

In diesem Sinne haben sich die Gelegenheitsstrukturen für zivilgesellschaftliches Handeln und die Bildung öffentlicher Räume gerade in Ostasien beträchtlich verändert (vgl. Tabelle 2): Während sich in Südkorea und Taiwan Internet- und Mobiltelefonanschlüsse massiv ausgebreitet

haben, beschränkt sich die technische Revolution auf den Philippinen und in Thailand fast ausschließlich auf Mobiltelefone. An dieser Stelle wird die digitale Spaltung zwischen den Philippinen und Thailand einerseits sowie Südkorea und Taiwan andererseits offensichtlich. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass sich auch die öffentlichen Räume in den betroffenen Ländern sehr unterschiedlich entwickelt haben. Dieser Aspekt steht im Mittelpunkt des folgenden Teils.

3. Wandel öffentlicher Räume in Ostasien

3.1 Südkorea

In Südkorea ist das Verhältnis zwischen dem politischen Zentrum und der Zivilgesellschaft bis heute durch eine Mischung aus starker Autonomie und Konflikten charakterisiert. Im Juni 1987 setzten zivilgesellschaftliche AkteurInnen mit Massenprotesten einen Schlusspunkt unter nahezu drei Jahrzehnte repressiver Militärdiktatur, an denen sich Angehörige aus allen sozialen Schichten beteiligten (Kern 2005). Obgleich die Konsolidierung der Demokratie in den folgenden Jahren mit beachtlichen Schritten vorankam, hat sich an der gespannten Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft bis heute nichts geändert. Immer wieder wird das Land von Protestwellen überrollt, die mitunter zu weitreichenden politischen Veränderungen führen. In diesem sozialen Umfeld entfalteten die NKT einen starken Einfluss auf den Wandel öffentlicher Räume.

Seit dem Jahr 2000 haben sich die Bedingungen für zivilgesellschaftliche AkteurInnen – gemessen an den Indikatoren (vgl. Tabelle 1) – größtenteils deutlich verbessert. In den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und politische Stabilität liegt Südkorea seit Jahren regelmäßig über dem Weltdurchschnitt. Bei den zivilen Freiheiten und politischen Rechten sind sie signifikant gestiegen. Dennoch gibt es Einschränkungen: Viele Menschenrechtsorganisationen beklagen, dass das gegen Nordkorea gerichtete nationale Sicherheitsgesetz immer wieder zu gravierenden Einschränkungen in der Meinungsfreiheit führt und zur Verhaftung von JournalistInnen oder DissidentInnen missbraucht wird.

Die rasante Entwicklung des Internets seit Mitte der 1990er Jahre wurde wesentlich mit Unterstützung des Staates vorangetrieben. Seit

Anfang 2000 vollzog sich ein schneller Übergang von der Schmalband- zur Breitbandtechnologie (vgl. Tabelle 2). Diese technische Infrastruktur bildete in den vergangenen zehn Jahren die Grundlage für zahlreiche Mobilisierungskampagnen und Massendemonstrationen, die von progressiven zivilgesellschaftlichen Gruppen außerhalb des etablierten politischen Parteienspektrums getragen wurden.

Die frühe Ausbreitung des Internets in den 1990er Jahren fiel in Südkorea mit einer dramatischen Expansion des zivilgesellschaftlichen Sektors zusammen. Nach dem demokratischen Regimewechsel von 1987 suchten zahlreiche neue Gruppen Kontakt zur Öffentlichkeit und stießen dabei auf eine größtenteils von politisch konservativen Medien dominierte Rundfunk-, Fernseh- und Presselandschaft (Kern/Nam 2011). Insbesondere die unabhängige Gewerkschaftsbewegung unter der Führung der Korean Confederation of Trade Unions (KCTU) spielte bei der Entstehung alternativer öffentlicher Räume im Internet eine Schlüsselrolle. Im Winter 1996 initiierten AktivistInnen im Rahmen eines Generalstreiks die erste große Internetkampagne in Südkorea. Im Jahr 1997 folgte die Gründung eines nichtkommerziellen und unabhängigen Internetproviders (Jinbonet). Dieser bot einer wachsenden Zahl von progressiven zivilgesellschaftlichen Gruppen eine technische Infrastruktur, auf deren Grundlage sie mit geringem Aufwand an die Öffentlichkeit herantreten konnten.

In den folgenden Jahren erreichten die zivilgesellschaftlichen Gruppen in kurzer Zeit ein immer größeres Publikum. Vor allem der sogenannte „Bürgerjournalismus“ entwickelte sich zu einer ernstzunehmenden Herausforderung für die konventionellen Printmedien (Kern/Nam 2009). Diese Wirkung wurde vor allem durch den Sieg der demokratischen Opposition bei den Präsidentschaftswahlen von 1997 und 2002 ermöglicht. Die neue Regierung wurde von den progressiven zivilgesellschaftlichen Gruppen stark unterstützt. Sie förderte massiv den Ausbau des Internets und liberalisierte die bislang restriktive Handhabung der Medien- und Kommunikationsgesetze. Durch bezahlte Bannerwerbung für Regierungskampagnen flossen zudem beträchtliche indirekte Subventionen in die Entwicklung des alternativen Mediensektors.

Ab Mitte der 2000er Jahre veränderte sich die Situation grundlegend. Nach zwei verlorenen Präsidentschaftswahlen reorganisierten sich die konservativ ausgerichteten Kräfte und eroberten den öffentlichen Raum

zurück (Choi 2009). In der Folge wurde das Internet immer häufiger zu einer Arena für teilweise heftige Konflikte zwischen Progressiven und Konservativen. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen verloren die progressiven Kräfte langsam ihre Deutungshoheit über das Internet als Medium der alternativen Öffentlichkeit. Nach dem Sieg der Konservativen bei den Präsidentschaftswahlen von 2007 hat sich der relative Bedeutungsverlust des Internets weiter beschleunigt: Die konservative Regierung kehrte umgehend wieder zur restriktiven Handhabung der Medien- und Kommunikationsgesetze zurück. Auch die staatliche Kontrolle über die Internetkommunikation wurde massiv ausgebaut. Dies führt dazu, dass Südkorea unter dem Gesichtspunkt der Meinungs- und Pressefreiheit mit einem seit Jahren konstant hohen Wert die Grenze von „frei“ zu nur noch „teilweise frei“ schon bald überschreiten könnte. Zu den wichtigsten Problemfeldern gehören hier die starke Konzentration des Medienmarktes, der große Einfluss von Unternehmensleitungen auf redaktionelle Entscheidungen in den Medien, die starke politische Einflussnahme auf die Besetzung von Positionen in den öffentlichen Medien und die zunehmende Einschränkung der Freiheit im Internet.

3.2 Taiwan

In Taiwan vollzog sich der Übergang zur Demokratie zwischen 1991 und 1997 weitgehend unter der Regie des politischen Zentrums (Merkel 2010: 275f). Pro-demokratische Proteste spielten zwar eine Rolle, im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand jedoch die Gleichstellung von TaiwanInnen und FestlandchinesInnen, die dem herrschenden Regime der chinesischen Nationalpartei *Kuomintang* größtenteils loyal verbunden waren. Die *Kuomintang* unterhielt folglich enge Beziehungen mit vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen (Croissant 2003). Umgekehrt ging es der Oppositionsbewegung weniger darum, das politische System zu stürzen, als um die Beteiligung an der Macht. Die Opposition der Zivilgesellschaft gegen das Regime der *Kuomintang* war somit insgesamt weniger fundamental als in Südkorea. Über stetige Reformen erfolgten der langsame Umbau und die Einbindung der Opposition in das politische Zentrum in den 1990er Jahren. Entscheidender Wendepunkt waren die ersten freien Wahlen von 1991. Es folgten mehrere Verfassungsreformen, bis schließlich im Jahr 2000 die Oppositionspartei die politische Macht errang.

Seit der Demokratisierung haben sich die politischen Verhältnisse in Taiwan teilweise noch günstiger entwickelt als in Südkorea. Dies gilt insbesondere für die zivilen Freiheiten und die Pressefreiheit. Wenn an den institutionellen Rahmenbedingungen überhaupt Kritik geübt wird, richtet sie sich vor allem gegen das Gesetz über Versammlungen und Aufmärsche. Darin ist festgelegt, dass öffentliche Demonstrationen stets von der Polizei genehmigt werden müssen. Im Falle ungenehmigter Demonstrationen wird der Polizei von Menschenrechtsorganisationen zudem immer wieder vorgeworfen, dass ihr Vorgehen unangemessen hart sei.

Obgleich Taiwan mit Blick auf die Pluralität der Medienlandschaft und den Schutz der Pressefreiheit in Ostasien noch immer eine führende Position einnimmt, haben sich die Werte für diesen Indikator seit 2008 deutlich verschlechtert (vgl. Tabelle 2). Die Gründe dafür liegen insbesondere in den Medienunternehmen. Ähnlich wie in Südkorea wird die strikte Trennung zwischen Marketing und Redaktion immer wieder umgangen. Die Polarisierung der Parteienlandschaft hat zudem dazu geführt, dass sich die meisten Medienorgane mit einer Seite des politischen Spektrums identifizieren. Die etablierten Massenmedien in Taiwan sind dabei traditionell eng mit der *Kuomintang* verbunden. Darüber hinaus werden immer wieder populistische Tendenzen zur Meinungsmanipulation kritisiert. Zudem versucht die taiwanesishe Regierung, ähnlich wie in Südkorea, durch politisch motivierte Personalentscheidungen auf die Medienberichterstattung Einfluss zu nehmen, wo immer es ihr möglich ist.

Der massive Ausbau der NKT wurde auch in Taiwan hauptsächlich durch den Staat vorangetrieben. Dennoch ist der Einfluss des Internets auf die Zivilgesellschaft vergleichsweise gering geblieben (Ducke/Tkach-Kawasaki 2004). In den 1990er Jahren wurden die neuen elektronischen Medien zunächst auch in Taiwan von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen für den Aufbau einer alternativen Öffentlichkeit genutzt. Diese Aktivitäten hatten jedoch aus verschiedenen Gründen kaum eine politische Wirkung. Ein Grund ist die vergleichsweise große Bedeutung von Kabelsendern, die bereits vor dem Internet auf breiter Basis eingeführt worden waren: DissidentInnen nutzten das Kabelfernsehen, um teilweise über illegale Kanäle die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu ziehen. Ab 1990 konzentrierten sich die Oppositionspartei *Minjiandang* und ein demokratisches Netzwerk aus 21 Sendestationen darauf, das Funk- und TV-Monopol des Staates zu untergraben (Lee 1999: 135-138).

Aufgrund der gut ausgebauten Infrastruktur erreichten sie damit eine breite Öffentlichkeit. Das Internet war zu diesem Zeitpunkt noch wenig verbreitet und in seiner Leistungsfähigkeit deutlich unterlegen.

Die relativ geringe Bedeutung des Internets zeigt sich auch im schwachen Interesse der taiwanesischen Regierung für diesen neu entstehenden Bereich Anfang der 1990er Jahre: Als das Internet eingeführt wurde, konnten taiwanesischen StudentInnen, noch vor ihren KommilitonInnen in Südkorea, in elektronischen Netzwerken über politische Themen diskutieren (Sullivan/Cheon 2011). Die taiwanesischen Regierung war in dieser Zeit hauptsächlich mit den illegalen Aktivitäten von Kabelstationen im Untergrund befasst (Lee 2003). Erst gegen Ende der 1990er Jahre rückte das Internet auch unter politischen Gesichtspunkten ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, als die Oppositionspartei *Minjiandang* in ihrer Wahlkampagne beispielsweise Onlinediskussionen von PolitikerInnen mit InternetnutzerInnen organisierte. In der folgenden Zeit wurde das Internet, ähnlich wie in Südkorea, zu einem von progressiven und konservativen Kräften umkämpften Terrain. Dennoch blieb sein Einfluss auf den öffentlichen Raum im Vergleich zu Südkorea begrenzt (Huang 2009).

3.3 Philippinen

Ähnlich wie in Südkorea wurde der demokratische Regimewechsel von 1987 auf den Philippinen maßgeblich durch Massenproteste unter der Regie zivilgesellschaftlicher Gruppen eingeleitet. Der zentrale Unterschied liegt jedoch in der bis heute starken Abhängigkeit des politischen Zentrums von der traditionellen Oberschicht, die sich aus wenigen einflussreichen Familien zusammensetzt (Merkel 2010: 283; Loewen 2005). Analoges gilt für die Zivilgesellschaft: Trotz eines enormen Wachstums von Organisationen sind soziale Beziehungen insbesondere in den ländlichen Räumen in hohem Maße von „klientelistischen Netzwerken mit vertikalen Abhängigkeitsverhältnissen“ (Loewen 2005: 18) geprägt. Infolgedessen verlaufen kollektive Mobilisierungsprozesse zumeist entlang ethnischer, regionaler, religiöser und verwandtschaftlicher Bindungen. Die Stabilität der Demokratie ist daher schwach (Bünthe 2010). Die Einführung freier Wahlen hat der traditionellen Elite bislang nicht geschadet; es spricht vielmehr einiges dafür, dass die Legitimität ihrer Herrschaft nur noch weiter gefestigt wurde (Thompson 2002: 70).

Seit dem Jahr 2000 haben sich die politischen Verhältnisse auf den Philippinen deutlich zugespitzt (vgl. Tabelle 1). Das Land wurde immer wieder von Wahlbetrugs- und Korruptionsskandalen, Putschversuchen und Amtsenthebungsverfahren erschüttert. Im Bereich der Kommunikationsfreiheit gibt es zwar kaum Übergriffe vonseiten des Staates, der Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit bleibt jedoch hinter den für Demokratien gängigen Standards deutlich zurück. Hauptproblem ist die Gewalt gegen JournalistInnen. Diese hat mit 29 Toten während eines Massakers allein im November 2009 einen Höchststand erreicht. In vielen Fällen bleiben solche Morde ungeahnt. Der Medienmarkt wird – ähnlich wie der Rest des Landes – zum großen Teil von wenigen mächtigen Familien kontrolliert. Dabei steht immer wieder die Kritik im Raum, dass sie sich für die Einhaltung journalistischer Standards nicht interessieren. BeobachterInnen bescheinigen der Berichterstattung folglich eine starke Tendenz zum Sensationsjournalismus.

Die Infrastruktur für die NKT ist vergleichsweise spärlich ausgebaut (vgl. Tabelle 2). Der Staat hat sich auf diesem Gebiet kaum engagiert, die Initiative lag überwiegend bei privaten Unternehmen. Angesichts der geringen Zahl telefonischer Festnetzanschlüsse waren auch die Entwicklungsmöglichkeiten für das Internet begrenzt. Die wesentlichen Impulse zum Strukturwandel öffentlicher Kommunikation gingen stattdessen hauptsächlich vom Mobiltelefon aus. Das erste politische Ereignis in diesem Kontext war die sogenannte „People Power II“-Bewegung im Jahr 2001 (Rafael 2006; Santos 2003). In diesem Zusammenhang spielte die Mobilisierung der DemonstrantInnen durch *Short Message Services* (SMS) per Mobiltelefon eine Schlüsselrolle (Yujuico 2010). Im Unterschied zur anonymen Kommunikation im Internet vollzog sich die Weiterleitung von SMS durch das Mobiltelefon größtenteils über persönliche Beziehungsnetzwerke. Im Zentrum stand der Sturz von Präsident Joseph Estrada (Sandoval 2001). Der Mobilisierungsprozess wurde dabei größtenteils von StudentInnen, Angestellten und BeamtenInnen in den Städten getragen, weniger hingegen von den ländlichen Unterschichten.

Die Protestwelle begann im November 2000 mit der Gründung der zivilgesellschaftlichen Dachorganisation KOMPIL2. Ihr Ziel lautete: „Resign, Impeach, Oust“. Die Aktivitäten dieser Bewegung – unterstützt von einer breiten Koalition prominenter VertreterInnen aus den Bereichen Politik, Kirche, Justiz und Militär – führten schließlich zum Amtsenthe-

bungsverfahren gegen den korruptionsverdächtigten Präsidenten Estrada. In den nachfolgenden Jahren hat sich eine vergleichbar erfolgreiche Bewegung jedoch nicht mehr formiert. Als Estradas Nachfolgerin Präsidentin Gloria Arroyo wegen eines Wahlbetrugs im Jahr 2004 in der Öffentlichkeit stark kritisiert wurde (Hofileña 2005), lief der Mobilisierungsprozess zunächst ähnlich ab wie bei Estrada: SMS-Nachrichten mit Aufrufen zum Protest wurden versendet, und es kam zu Massenprotesten, bis ein Amtsenthebungsverfahren gegen die Präsidentin im Parlament eingeleitet wurde, das jedoch aus Mangel an Unterstützung der bestehenden Eliten scheiterte. Der Wechsel im Präsidentenamt blieb folglich aus.

Die philippinische Zivilgesellschaft, die bei vielen politischen Ereignissen in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt hat, sieht sich nach einer Blütezeit in den 1990er Jahren eingezwängt zwischen paramilitärischen Gruppen und einem zunehmend autoritären Staat. Die Zivilbevölkerung ist dabei oft von beiden Seiten der Gewalt ausgesetzt. Im Zuge der Aufstandsbekämpfung durch das Militär in den ländlichen Regionen geraten regimekritische DissidentInnen zudem immer häufiger als Mitglieder angeblicher „front organizations of communists“ und „enemies of the state“ ins Visier der Behörden. Die eskalierende Gewalt macht es zivilgesellschaftlichen Gruppen zunehmend schwer, sich in der Öffentlichkeit noch Gehör zu verschaffen und für ihre Anliegen in der Bevölkerung Unterstützung zu mobilisieren. Eine demokratisierende Wirkung können die NKT vor diesem Hintergrund kaum noch entfalten.

3.4 Thailand

Im Unterschied zu den Philippinen ist das Problem zivilgesellschaftlichen Handelns in Thailand nicht die Schwäche, sondern umgekehrt die Stärke des politischen Zentrums. In den vergangenen Jahrzehnten war die trotz aller sozialen Unruhen stabile konstitutionelle Monarchie ein tragendes Element der politischen Ordnung in Thailand. Nach beinahe sechzigjähriger Herrschaft – mit Unterbrechungen – durch ein gemäßigt „bürokratisch-militärisches Regime“ (Merkel 2010: 267) kam es Anfang der 1990er Jahre zu Massenprotesten in Bangkok, die schließlich zu einer demokratischen Neuorganisation des Regimes unter der Leitung des Königs führten. Die autoritäre Herrschaft des Militärs und der Bürokratie hatte die Entwicklung einer unabhängigen Zivilgesellschaft bis dahin nur

in Ansätzen zugelassen. Darüber hinaus ist die Zivilgesellschaft – ähnlich wie auf den Philippinen – von „Patron-Klient-Strukturen“ (Croissant 2003: 249, 2008) durchsetzt, die einer demokratischen Entwicklung nicht förderlich sind. Aus diesem Grund verlaufen die Mobilisierungsprozesse auch in Thailand größtenteils entlang traditioneller, ethnischer, religiöser und familiärer Loyalitätsstrukturen.

Nach einer insgesamt erfolgreichen demokratischen Konsolidierung in den 1990er Jahren, deuteten im Jahr 2000 noch alle Indikatoren für Thailand auf eine friedliche und stabile pro-demokratische Entwicklung hin (vgl. Tabelle 1). In den nachfolgenden Jahren verschlechterten sich jedoch fast alle Werte spürbar. Der Regierungsantritt des Medienunternehmers Thaksin Shinawatra im Jahr 2001 markierte dabei einen Wendepunkt: In den folgenden Jahren erlebte das Land eine zunehmende Polarisierung zwischen der ländlichen und städtischen Bevölkerung. Die Zivilgesellschaft verfügt dabei bis heute kaum über eine unabhängige Organisationsbasis. Ihre Beziehung zum Staat und zum Militär ist größtenteils durch Unterordnung charakterisiert (Albritton/Bureekul 2002).

2006 wurde Premierminister Thaksin nach monatelangen Massenprotesten in mehreren großen Städten aufgrund von Korruptionsvorwürfen durch einen Militärputsch entmachtet und musste das Land verlassen (Bünthe 2010). Seitdem geht ein tiefer Riss durch die Zivilgesellschaft: Die sogenannten „Rothemden“ (United Front for Democracy Against Dictatorship) wurden bislang von der armen Landbevölkerung unterstützt, während die sogenannten „Gelbhemden“ (People’s Alliance for Democracy) die alte Elite aus Militär, RoyalistInnen, BeamtenInnen, Geschäftsleuten und städtischen Mittelschichten repräsentiert. 2007 wurde per Volksabstimmung – mit einer Zustimmung von nur 57 Prozent – eine neue Verfassung eingeführt. In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu heftigen, teilweise bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Rot- und Gelbhemden. Unter diesen Bedingungen steht die Legitimität und Unabhängigkeit der politischen Institutionen auf einem brüchigen Fundament.

Die NKT spielten im Verlauf dieser Konflikte eine eher eingeschränkte Rolle (Rananand 2003). Die Medienlandschaft in Thailand wird seit Jahren durch die großen Fernseh- und Radiosender dominiert, die als „truly national media“ fungieren (McCargo 2000). Bis zum Militärputsch von 2006 unterstanden sie weitgehend der Kontrolle der Thaksin-

Regierung. Journalisten und Intellektuelle wurden für regierungskritische Äußerungen regelmäßig angeklagt und finanziell unter Druck gesetzt. Die Verbreitung der NKT konzentrierte sich in dieser Zeit hauptsächlich auf die urbanen Räume, wo sie immer häufiger als Plattform für regierungskritische Äußerungen dienten. Eine wichtige Rolle spielten dabei alternative Webseiten wie *Midnightuniv* und Internet-Zeitungen wie *Prachatai*. Trotz dieser neuen technischen Möglichkeiten blieb die Wirkung der alternativen Medien jedoch begrenzt, weil nur Teile der städtischen Bevölkerung Zugang zu den NKT hatten. In den ländlichen Regionen organisierten sich soziale Bewegungen zumeist über traditionelle Massenmedien wie etwa die *community radios* (Siriyuvasak 2007).

Während DissidentInnen unter Thaksin vor allem durch Verleumdungsklagen eingeschüchtert wurden, setzte die Übergangsregierung nach dem Putsch auf neue Mediengesetze wie etwa den *Cyber Crime Act* aus dem Jahr 2007. Nachdem die Zahl der InternetbenutzerInnen seit dem Putsch trotzdem erheblich zugenommen hat (Siriluk 2011), griff Thaksin im Asyl zunehmend auf Internetvideos zurück, um seine AnhängerInnen zu mobilisieren. Angesichts der mangelnden Verbreitung dieser Technologie auf dem Land ist zum jetzigen Zeitpunkt aber nur schwer einzuschätzen, welche Rolle die NKT in diesem Zusammenhang tatsächlich gespielt haben. Im Jahr 2008 wurde die Meinungs- und Versammlungsfreiheit nach Massendemonstrationen in Bangkok durch Notverordnungen stark eingeschränkt. Im Frühjahr 2009 wurden alle Radiostationen geschlossen, die die Oppositionspartei unterstützten. Das Internet wurde massiver staatlicher Zensur unterworfen: 2009 wurden zehntausende Internetseiten über das Jahr hinweg blockiert; zahlreiche Personen wurden festgenommen, weil sie angeblich die königliche Familie verleumdet hatten (Roughneen 2011). Es ist daher keine Überraschung, dass sich die Situation in Thailand unter dem Gesichtspunkt der Meinungs- und Pressefreiheit signifikant verschlechtert hat.

4. Fazit

Die NKT haben sich in Ostasien sehr unterschiedlich ausgebreitet und dabei beträchtlich abweichende Wirkungen erzielt. Wie im Vorangehenden jedoch deutlich wurde, spielen die bestehenden sozialen Kräfteverhältnisse

und die rechtlichen Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle. Insbesondere das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft ist dabei von Bedeutung. Solange der Staat keine Kommunikationsfreiheit gewährleistet und die Menschenrechte nicht schützt, sind durch die NKT bestenfalls spontane Mobilisierungen möglich. Dies zeigt sich am Besten im philippinischen Fall. Die aktuellen arabischen Revolutionen deuten ebenfalls in diese Richtung. Von einer Neustrukturierung öffentlicher Räume kann dabei aber nicht die Rede sein. Die Mobilisierung verläuft zumeist entlang gewohnter ethnischer, religiöser, regionaler und familiärer Bahnen. Sobald die Kommunikationsfreiheit gewährleistet wird, kann insbesondere das Internet zu einer Plattform für öffentliche Diskurse werden. Wie der taiwanische Fall jedoch zeigt, spielt die Struktur der Medienlandschaft hier eine entscheidende Rolle: Haben sich bereits bewährte Kommunikationskanäle gebildet, scheint der Einfluss des Internets geringer zu sein.

Nur im südkoreanischen Fall erfolgte die Ausbreitung der neuen Technologie gleichzeitig mit der Expansion der Zivilgesellschaft. Für diese Entwicklung waren hauptsächlich drei Faktoren entscheidend: Erstens der schnelle Ausbau der technischen Infrastruktur für Breitbandnetzwerke in den späten 1990er Jahren. Die Regierung erhoffte sich dadurch zum einen ökonomische Chancen, zum anderen wurden die beträchtlichen Investitionen aber auch mit dem demokratischen Potenzial des Internets legitimiert. In diesem Zusammenhang spielte zweitens der friedliche Regierungswechsel zur demokratischen Opposition 1998 eine Schlüsselrolle. Sie erweiterte nicht nur die technischen Zugangsmöglichkeiten zum Internet, sondern verbesserte auch die rechtlichen Rahmenbedingungen durch eine weniger repressive Handhabung der Medien- und Kommunikationsgesetze. Die hohe Konzentration und konservative Abschottung des Medienmarktes bei geringer Meinungsvielfalt drängte progressive zivilgesellschaftliche Akteure schließlich drittens in alternative öffentliche Räume ab. Unter diesen Bedingungen konnte sich das Internet zu einem zentralen Element der südkoreanischen Öffentlichkeit entwickeln. Mit dem zunehmenden Einfluss konservativer zivilgesellschaftlicher Gruppen und schließlich der Wahlniederlage der progressiven Regierung 2007 verlor das Internet als politisches Protestmedium jedoch an Bedeutung.

In Taiwan hatten zivilgesellschaftliche Gruppen die gut ausgebaute Kabeltechnologie bereits für Diskurse und Mobilisierungsprozesse

entdeckt, als sich das Internet Anfang der 1990er Jahre langsam ausbreitete. Darüber hinaus war der Medienmarkt deutlich weniger abgeschottet. Das Verhältnis zwischen dem politischen Zentrum und der zivilgesellschaftlichen Peripherie war zudem weniger stark von Konfrontationen und Konflikten geprägt. Unter diesen Bedingungen schlug die taiwanesishe Zivilgesellschaft einen anderen technischen Entwicklungspfad ein als ihr südkoreanisches Pendant. In der Folge haben die NKT im demokratischen Prozess eine deutlich geringere Rolle gespielt.

Ähnlich wie Südkorea und Taiwan zeichnen sich die Philippinen und Thailand auf den ersten Blick ebenfalls durch zahlreiche Ähnlichkeiten aus. Die politischen Parteien in beiden Ländern verfügen weder über gut ausgebaute Parteiapparate noch über eine breite Mitgliederbasis. Bei den Wahlen werden zumeist regionale, ethnische, religiöse oder familiäre Netzwerke für bestimmte Parteien mobilisiert (Bünthe 2010). Insgesamt hat das Militär eine starke Machtposition und es besteht in einigen Bereichen keine zivile Kontrolle (Croissant/Kühn 2009). Die Konsolidierung der Demokratie wurde immer wieder durch Massendemonstrationen und militärische Interventionen unterbrochen. Das Hauptproblem für die demokratische Entwicklung ist folglich die unkontrollierte Gewalt.

Unter diesen Bedingungen haben die NKT nur einen vergleichsweise geringen Beitrag zur Entstehung neuer öffentlicher Räume geleistet. Dies liegt zum einen an der geringen Verbreitung des Internets. Das konventionelle Mobiltelefon eignet sich zunächst für die Verbreitung von Informationen etwa über SMS, wenn eine relativ homogene Gruppe oder Schicht die Möglichkeit für sich nutzt – wie es etwa auf den Philippinen der Fall war. Die Möglichkeiten der Verbreitung von Informationen durch SMS sind jedoch technisch sehr begrenzt. Erst mit der zunehmenden Verschmelzung von Internet und Mobiltelefonie dürfte dieses Defizit auf Dauer verschwinden. Bislang spricht jedoch vieles dafür, dass Mobilisierungsprozesse über das Internet in Thailand und auf den Philippinen auf relativ kleine (und zumeist privilegierte) Bevölkerungskreise begrenzt bleiben und selten über die konventionellen sozialen Bindungen der AkteurInnen hinausreichen. Mit anderen Worten, sie verlaufen zumeist entlang eingespielter *Offline*-Netzwerke und können angesichts staatlicher Repressionen oder anderer Hemmnisse die technischen Möglichkeiten des Mediums kaum ausnutzen.

Wie die vorangehende Studie gezeigt hat, ist der Einfluss der NKT auf die Struktur öffentlicher Räume von komplexen Bedingungskonstellationen – staatlichen Rahmenbedingungen, technischen Infrastrukturen und zivilgesellschaftlichen Organisationsmöglichkeiten – abhängig, die sich in ihrer Singularität nur begrenzt miteinander vergleichen lassen. Am Beispiel der vier ausgewählten Länder konnten dennoch wichtige Faktoren herausgearbeitet werden – etwa im Hinblick auf die Rolle des Staates, alternativer Technologien und zivilgesellschaftlicher Konstellationen –, die für die Wirkung der NKT von maßgeblicher Bedeutung sind. Die Herausforderung für die weitere Forschung wird darin bestehen, die Generalisierbarkeit dieser Ergebnisse in weiteren Vergleichsstudien einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Literatur

- Albritton, Robert B./Bureekul, Thawilwadee (2002): *Civil Society and the Consolidation of Democracy in Thailand*. Working Paper Series No. 4. Taipei: Asian Barometer – A Comparative Survey of Democracy, Governance and Development.
- Alexander, Jeffrey C. (2006): *The Civil Sphere*. Oxford: Oxford University Press.
- Best, Michael L./Wade, Keegan W. (2005): *The Internet and Democracy: Global Catalyst or Democratic Dud?* Research Publication No. 2005. Cambridge: The Berkman Center for Internet & Society at Harvard Law School.
- Best, Michael L./Wade, Keegan W. (2007): *Democratic and Anti-Democratic Regulators of the Internet: A Framework*. In: *Information Society* 23 (5), 405-411.
- Best, Michael L./Wade, Keegan W. (2009): *The Internet and Democracy*. In: *Bulletin of Science, Technology & Society* 29 (4), 255-271.
- Bünthe, Marco (2010): *Demokratie in Südostasien auf dem Rückzug?* In: *ASIEN* 116, 41-63.
- Chang, Eric C. C./Chu, Yun-han (2006): *Corruption and Trust: Exceptionalism in Asian Democracies?* In: *The Journal of Politics* 68 (2), 259-271.
- Choi, Jang Jip (2009): *The Fragility of Liberalism and its Political Consequences in Democratized Korea*. In: *The Journal of Asiatic Studies* 52 (3), 252-272.
- Croissant, Aurel (2003): *Demokratie und Zivilgesellschaft in Ostasien*. In: *Nord-Süd aktuell* 2, 239-260.
- Croissant, Aurel (2008): *Soziale Gruppen, politische Kräfte und die Demokratie. Eine strukturorientierte Analyse der demokratischen Transformation in Thailand*. In: *Südostasien aktuell* 2, 3-41.

- Croissant, Aurel/Kühn, David (2009): Patterns of Civilian Control of the Military in East Asia's New Democracies. In: *Journal of East Asian Studies* 9 (2), 187-217.
- DataGov (o.J.): Governance indicators database. <http://www.iadb.org/datagob>, 23.06.2011.
- Ducke, Isa/Tkach-Kawasaki, Leslie M. (2004): Discussions and Conclusions. In: Ducke, Isa (Hg.): *E-Democracy in East Asia? How the Internet Affects Politics and Civil Society in Japan, South Korea, and Taiwan*. Berlin, Tokyo: Deutsches Institut für Japanstudien, 98-106.
- Groshek, Jacob (2009): The Democratic Effects of the Internet, 1994–2003. A Cross-National Inquiry of 152 Countries. In: *International Communication Gazette* 71 (3), 115-136.
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hofileña, Clay F. (2005): Journalism Values in the Philippine Media. In: *Asia Pacific Media Educator* 16 (7), 49-54.
- Huang, Ching-Lung (2009): The Changing Roles of the Media in Taiwan's Democratization Process. CNAPS Visiting Fellow Working Paper. Washington, DC: The Brookings Institution, Center for Northeast Asian Policy Studies.
- ITU (o.J.): ICT Data and Statistics. <http://www.itu.int/ITU-D/ict/statistics>, 26.6.2011.
- Kern, Thomas (2005): *Südkoreas Pfad zur Demokratie. Modernisierung, Protest, Regimewechsel*. Frankfurt am Main: Campus.
- Kern, Thomas/Nam, Sang-Hui (2009): The Making of a Social Movement: Citizen Journalism in South Korea. In: *Current Sociology* 57 (6), 637-660.
- Kern, Thomas/Nam, Sang-Hui (2011): The Transformation of the Democratic Media Movement. In: Shin, Gi-Wook/Chang, Paul (Hg.): *From Democracy to Civil Society*. London: Routledge, 173-189.
- Lee, Chin-Chuan (1999): State Control, Technology, and Cultural Concerns: The Politics of Cable Television in Taiwan. In: *Studies of Broadcasting* 34, 127-151.
- Lee, Chin-Chuan (2003): Liberalization Without Full Democracy. In: Couldry, Nick/Curran, James (Hg.): *Liberalization without Full Democratization: Guerilla Media and Social Movements in Taiwan*. New York: Roman and Littlefield, 163-175.
- Lessig, Lawrence (1999): *Code and Other Laws of Cyberspace*. New York: Basic Books.
- Loewen, Howard (2005): Zivilgesellschaft und Demokratie auf den Philippinen. In: *Südostasien aktuell* 2, 15-25.
- Luhmann, Niklas (1974): *Grundrechte als Institution. Ein Beitrag zur politischen Soziologie*. Berlin: Duncker & Humblot.
- McCargo, Duncan (2000): *Politics and the Press in Thailand: Media Machinations*. London: Routledge.

- Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation: eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Morozov, Evgeny (2011): *The Net Delusion: How to Not Liberate the World*. London: Penguin.
- Putnam, Robert D. (1994): *What Makes Democracy Work?* In: *IPA Review* 47, 31-34.
- Rafael, Vicente L. (2006): *The Cell Phone and the Crowd. Messianic Politics in the Contemporary Philippines*. In: Chun, Wendy Hui Kyong/Keenan, Thomas (Hg.): *New Media, Old Media: a History and Theory Reader*. New York: Routledge, 297-313.
- Rananand, Pirongrong R. (2003): *Internet and Democracy in Thailand*. In: Banerjee, Indrajit (Hg.): *Rhetoric and Reality: The Internet Challenge for Democracy in Asia*. Singapore: Times Media Academic Publishing, 259-287.
- Roughneen, Simon (2011): *Freedom of Expression on Trial in Thailand*. International Relations and Security Network. <http://www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/ISN-Insights/Detail?lng=en&id=127540&contextid734=127540&contextid735=127102&tabid=127102>, 20.9.2011.
- Sandoval, Raymond V. (2001): *The Removal of President Estrada through People Power: A Threat to Constitutional Democracy*. In: *Philippine Law Journal* 76, 31-55.
- Santos, Vergel (2003): *The Internet and Philippine Democracy: a Frail Connection*. In: Banerjee, Indrajit (Hg.): *Rhetoric and Reality: The Internet Challenge for Democracy in Asia*. Singapore: Times Media Academic Publishing, 235-258.
- Siriyuvasak, Ubonrat (2007): *New Media for Civil Society and Political Censorship in Thailand*. In: *Asia Rights Journal* 8, 1-12.
- Siriluk, Sriprasit (2011): *The Role of Alternative Online Environmental Media in Thailand for Sustainable Development in the Greater Mekong Sub-Region*. <http://www.scribd.com/doc/56219250/3/Internet-Usage-Situation-in-Thailand-after-Coup-2006>, 20.9.2011.
- Sullivan, Jonathan/Cheon, Sehun (2011): *Reconnecting Representatives in Two East Asian Democracies*. In: *East Asia* 28 (1), 21-36.
- Tapia, Andrea H./Ortiz, Julio A. (2010): *Network Hopes*. In: *Social Science Computer Review* 28 (1), 93-117.
- Thompson, Mark (2002): *Die philippinische Demokratie zwischen Populismus und Reform*. In: *ASIEN* 82 (1): 61-78.
- Yujuico, Emmanuel (2010): *Digital Democracy and Voter Mobilisation in the Philippines*. http://www2.lse.ac.uk/IDEAS/publications/reports/pdf/SR005/Phil_Yujuico.pdf, 30.06.2011.

Abstracts

Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung steht die Wirkung neuer Kommunikationstechnologien (NKT) auf die Struktur öffentlicher Räume und den Verlauf zivilgesellschaftlicher Mobilisierungsprozesse. Diese Fragestellung wird am Fallbeispiel von vier ostasiatischen Ländern untersucht: Südkorea, Taiwan, den Philippinen und Thailand. Die Studie zeigt, dass der Einfluss der NKT auf die Struktur öffentlicher Räume von komplexen institutionellen und technischen Bedingungskonstellationen abhängig ist. Von wesentlicher Bedeutung für die Wirkung der NKT sind dabei insbesondere der Staat, das Vorhandensein alternativer Technologien sowie zivilgesellschaftliche Konstellationen.

This study examines the effect of new communication technologies (NCT) on the structure of public space and the dynamics of civic mobilization in the cases of four East Asian countries: South Korea, Taiwan, The Philippines, and Thailand. The study shows that the specific effects of NCT on the structure of public space depend on complex institutional and technical conditions. This public space is particularly shaped by the state, technological alternatives and the organizational constellations of civil society.

Thomas Kern, Sang-Hui Nam
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Max-Weber-Institut für Soziologie
Bergheimer Straße 58
D-69115 Heidelberg
thomas.kern@soziologie.uni-heidelberg.de
sang-hui.nam@soziologie.uni-heidelberg.de

CHRISTOPH AMTHOR

Virtuelle Heimat und reale Chancen:

Online-Mediennutzung der birmanischen Diaspora

In dem vorliegenden Beitrag soll die Situation von BirmanInnen, die aus den unterschiedlichsten Gründen ihr Land verlassen haben, untersucht werden. Dabei soll gezeigt werden, dass das Konzept diasporischer Gemeinschaften gewinnbringend eingesetzt werden kann. In diesem Zusammenhang lassen sich auch die charakteristischen Merkmale bei der Nutzung von Online-Medien durch die Bedingungen einer Diaspora erklären. Die Ausführungen enden mit einigen Thesen, die eine weitere Anwendung des hier untersuchten analytischen Instrumentariums und die zu erwartende Entwicklung des behandelten Gegenstandes darlegen.

I. Hintergrund: Die Lage in Birma

Der Gegenstand dieser Abhandlung lässt sich nur im Kontext von Emigrationsgründen, einer Rückkehrmöglichkeit der MigrantInnen und deren Verbindung mit den Daheimgebliebenen verstehen. Das Land bildet selbst nach Jahrzehnten der Emigration einen beständigen und überragenden Bezugspunkt für die Aktivitäten der MigrantInnen, der Nachhall der in Birma herrschenden Konflikte und soziokulturellen Gegebenheiten ist sehr häufig noch in der Fremde zu spüren. Letztere spielen auch bei der Verwendung von Online-Medien, insbesondere von *Computer Mediated Communication* (computervermittelte Kommunikation, CMC), durch Angehörige der birmanischen Diaspora eine Rolle, da diese ganz entscheidend von AnwenderInnenkenntnissen, finanziellen Möglichkeiten und der verfügbaren technischen Infrastruktur abhängt.

Birma (das Land wurde 1989 von den Militärs im Englischen zu Myanmar umbenannt – ein Schritt, dessen Legitimität genau so ange-

zweifelt wird wie die der Herrschaft seiner Vollzieher) hat 1948, nach einer Kolonialzeit im Schatten Indiens, seine Unabhängigkeit von Großbritannien erlangt und wird seit einem Putsch im Jahr 1962 von wechselnden Militärjunkten regiert, unterbrochen von einigen von Instabilität geprägten Versuchen einer demokratischen Regierungsform. Seit den Wahlen vom 7. November 2010 ist formal eine neue Konstellation eingetreten, indem Regierung und Parlament mit ziviler Beteiligung errichtet wurden. Dennoch ist angesichts der massiven Besetzung von Schlüsselpositionen mit Vertretern des Militärs – entweder ganz offen oder durch sympathisierende Parteien und Zivilisten mit militärischer Laufbahn – anzunehmen, dass die jüngste Entwicklung lediglich dazu dienen sollte, die früheren Machtverhältnisse in einer Form zu konsolidieren, die weniger Angriffsfläche für Kritik aus dem Ausland bietet. Eine zumindest oberflächliche Imagekorrektur käme vor allem den Interessen befreundeter Staaten – zu nennen wären etwa die südostasiatischen Nachbarn, China, Indien und Russland – sowie potenzieller neuer Investoren entgegen.

Viele Ansatzpunkte für Kritik an der Situation nach den Wahlen, wie etwa umfangreiche Sonderbefugnisse des Militärs, sind bereits in der neuen Verfassung von 2008 angelegt. Zudem werden in Birma Opposition und Medien massiv unterdrückt. Kritische Äußerungen über die Politik können empfindliche Strafen nach sich ziehen, bis hin zu jahrzehntelangen Gefängnisaufenthalten. So gesehen darf es nicht verwundern, dass die Wahlen an sich noch keine Änderung der Machtverhältnisse implizieren. Es ist jedoch nicht abzusehen, ob anstatt der vom Regime geplanten Konsolidierung der Macht hinter den Kulissen nicht doch eine Diversifizierung stattfinden könnte. Da eine freie Berichterstattung über die Vorgänge im Parlament unterbunden wird, lässt sich momentan nicht mit Sicherheit feststellen, inwieweit dort eine effiziente oppositionelle Tätigkeit möglich ist.

Birma ist Schauplatz zahlreicher Arten schwerster Menschenrechtsverletzungen (Amnesty International 2010), von denen vor allem Angehörige der ethnischen Minderheiten betroffen sind, deren Anzahl inklusive Untergruppen offiziell mit 135 angegeben wird (Ministry of Hotels and Tourism 2008) und deren sprachliche und kulturelle Vielfalt und langanhaltende Unterdrückung eine besondere Komponente der komplexen Problemlage darstellen. Einige der ethnischen Minder-

heiten, die ihre angestammten Gebiete zumeist nahe der Landesgrenzen haben, besitzen ihre eigenen Armeen. Diese kooperieren teils mit der 400.000 bis 500.000 Mann starken (Cordesman/Kleiber 2006: 4) birmanischen Armee (*Tatmadaw*), teils tragen sie mit dieser jahrzehntelange blutige Konflikte aus. Die Lage verschärft sich zunehmend durch die Modernisierung des birmanischen Waffenarsenals infolge von Waffenlieferungen aus russischer und chinesischer Produktion. Daneben sind im Jahr 2010 ernstzunehmende Hinweise aufgetaucht, denen zufolge das Regime mithilfe Nordkoreas bestrebt ist, sich eigene Nuklearwaffen (oder zumindest sogenannte „schmutzige Bomben“) zu verschaffen (DVB 2010). Einige der lokalen Warlords finanzieren sich nach Berichten des *Golden Triangle*-Experten Bertil Lintner genauso wie die Junta durch Drogenproduktion (Lintner 1999). Als Produzent von Opium rangiert Birma weltweit direkt hinter Afghanistan.

Geschätzte 40 bis 50 Prozent des Staatshaushalts werden für das Militär ausgegeben, während dem International Institute for Strategic Studies zufolge die Ausgaben für Gesundheitswesen und Bildung im Jahr 2007 bei unter einem Prozent der Gesamtausgaben lagen (International Institute for Strategic Studies 2007). Für 2011 dürften sich diese Zahlen nicht wesentlich ändern, wie die Exilzeitung *The Irrawaddy* vermeldet. Daneben hat der Armeechef ein unbegrenztes Sonderbudget (*The Irrawaddy* 2011).

Die extrem repressive Behandlung der Presse im Land führt dazu, dass selbst BirmanInnen kaum über die Verhältnisse im eigenen Land informiert sind. Kritische Berichterstattung wird vor allem durch birmanische Exilmedien geleistet, deren verdeckt operierende KorrespondentInnen und semiprofessionelle *Citizen Journalists* unter großem persönlichen Risiko direkt aus dem Land berichten. Nachrichten werden vor allem mittels Satellitenausstrahlung und von MigrantInnen in das Land gebracht, entweder persönlich im Zuge von Reisen oder bei telefonischen Kontakten mit Familie und FreundInnen. Eine relativ neue Möglichkeit, die allerdings von starken Einschränkungen verschiedenster Art geprägt ist, stellt die Kommunikation über das Internet dar, wobei die Benutzung von E-Mail-Diensten in Birma nur sehr eingeschränkt möglich ist.

2. Die birmanische Migration

Die geschilderte Situation im Land bildet den Hintergrund für die Migration von geschätzt einigen Millionen BirmanInnen. Eine genaue Zahl ist nicht bekannt, da Erhebungen aufgrund des halblegalen Status der MigrantInnen, ihrer Angst vor einer Erfassung und hoher Bevölkerungsfluktuation nicht möglich sind. Aber auch die Mehrheitsbevölkerung der an Birma angrenzenden Aufenthaltsländer zeigt nur wenig Interesse für diese Fremden. In Thailand ist zumeist von etwa ein bis zwei Millionen birmanischen MigrantInnen die Rede (Paisanpanichkul 2001; MAP Foundation 2010), wobei es sich überwiegend um illegale, jedoch als billige und rechtlose Aushilfen geduldete oder sogar willkommene ArbeitsmigrantInnen handelt, die beispielsweise in Fabriken, im Fischereiwesen, im Tourismusgewerbe und nicht zuletzt in der Prostitution tätig sind. In Indien leben etwa 100.000 bis 150.000 BirmanInnen, der größte Teil in der nordöstlichen „Enklave“, zudem bis zu 400.000 in Bangladesch, und etwa 90.000 in Malaysia (Karen Human Rights Group 2009: 2; Human Rights Documentation Unit 2008). Singapur bildet einen besonderen Fall, da hier überdurchschnittlich wohlhabende BirmanInnen leben, die daheim nicht dieselben Möglichkeiten zu qualifizierter Arbeit und Ausbildung hätten. Die Herkunft der EmigrantInnen, die Lebensverhältnisse am neuen Aufenthaltsort sowie die dortige Infrastruktur bilden wichtige Faktoren für die Möglichkeit einer Nutzung von digitalen Medien wie dem Internet.

Neben der Suche nach Arbeit und Ausbildung stellen vor allem Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land einen der Hauptgründe für eine Emigration dar. Die einzelnen Motivationskomponenten sind dabei oft nur schwer voneinander zu trennen und verändern sich im Laufe individueller Migrationsgeschichten. Im Osten des Landes etwa führen bürgerkriegsähnliche Zustände zu zunächst temporären Fluchtwellen nach Thailand. Dort kann sich dann beispielsweise infolge schlechter Rückkehrbedingungen das neue Ziel herausbilden, mit dem Resettlement-Programm der Vereinten Nationen in ein neues Land überzusiedeln, was zu einer Registrierung und langen Wartezeiten im Flüchtlingslager führen kann. Die Gründe für die Migration bestimmen jedoch häufig das Ziel und die verfügbaren Optionen am neuen Aufenthaltsort, und dies vor allem durch Bildung und Sprachkenntnisse, soziale Netzwerke und die finanzielle Ausstattung.

Für die MigrantInnen ergibt sich die Notwendigkeit, Kommunikationsnetzwerke aufrechtzuerhalten, und dies sowohl untereinander als auch mit den Daheimgebliebenen. Eine der Optionen, die in den vergangenen zehn Jahren unter den emigrierten BirmanInnen rasant zugenommen hat, stellt das Internet dar. Dies bezieht sich auf sämtliche Formen und Dienste und steht in direktem kausalem Zusammenhang mit der technischen Entwicklung, die diesen Personenkreis erst verzögert erreicht. Neben den verschiedenen Kommunikationsformen bietet es den MigrantInnen zudem die Möglichkeit, auf andere Weise mit der neuen Lebensumgebung umzugehen, entweder indem ein etwaiger Integrationsdruck dadurch entschärft wird, dass man sich eine alternative Privatsphäre mitbringt und aufrechterhält, oder indem man sich umgekehrt die Integration gemeinsam erleichtert, so etwa durch Erfahrungstransfer, eine gemeinsame Übersetzung der neuen Umgebung in den eigenen kulturellen Erfahrungshorizont und durch das Teilen ermutigender *success stories*.

3. Die birmanische Diaspora

Um die Situation der MigrantInnen und ihre Nutzung des Internets zu beschreiben, benutze ich den Begriff der Diaspora. Ursprünglich durch die speziellen Fälle der jüdischen und armenischen Diaspora geprägt, hat sich dieses Konzept allgemein für ein besseres Verständnis von Bevölkerungsgruppen bewährt, die zum einen über nationalstaatliche Grenzen hinweg verstreut leben, zum anderen aber dennoch durch sie bestimmt sind. Daneben ermöglicht es aber auch, anderen Aspekten, wie z.B. einer inneren Diskontinuität, Fluktuationen und einer unklaren Identifizierung von Individuen mit bestimmten Gruppen, Ideen und dergleichen, hinreichend Rechnung zu tragen. Insbesondere lässt sich eine essenzialistische Fixierung der Definition auf apriorisch gegebene Kriterien vermeiden, da es sich in jedem Fall um eine sehr unklare Abgrenzung handelt, die bereits im Moment ihrer Beschreibung vollzogen wird. Gerade in den vorliegenden Überlegungen wäre es mit anderen Begriffen schwierig, überhaupt von einer „birmanischen Diaspora“ zu sprechen.

Das theoretische Konzept wurde maßgeblich von William Safran (1991) geprägt, der als elementare Säulen seiner Definition (in Form einer Aufzäh-

lung von typischen Kriterien) eine kollektive Erinnerung, eine Vision oder einen Mythos über das ursprüngliche Heimatland sowie einen Rückkehrwillen in das Ursprungsland voraussetzt. Es lässt sich unschwer erkennen, dass in dieses teleologisch bestimmte Verständnis der Fall der jüdischen Diaspora maßgeblich mit eingeflossen ist. Im Anschluss an Safran schlägt James Clifford eine Umgewichtung des Konzepts im Sinne von „*routes*“ statt „*roots*“ vor und die damit einhergehende Neubestimmung des Bewegtseins als Normalfall der *Conditio humana*. Die von Safran angenommene Bezugnahme auf eine zukünftige Rückkehr an einen mythischen Ort hält er für eine ungünstige Voraussetzung, um diesen Begriff analytisch einzusetzen: „It is now widely understood that the old localizing strategies – by bounded communities, by organic culture, by region and periphery – may obscure as much as they reveal“ (Clifford 1997: 245).

Zu recht verweist Clifford auf die Erfahrung eines „Black Atlantic“ (Gilroy 1993), bei dem etwa im Fall der KaribikbewohnerInnen die Frage einer Herkunft nicht eindeutig beantwortet werden kann und zudem eine mögliche Rückkehr in den Hintergrund tritt oder zumindest in einer neuen, weniger geografisch bestimmten Form vorliegt. Mit Blick auf die geschilderten Unzulänglichkeiten schlägt er eine weniger teleologisch bestimmte Lösung vor, für die er die folgenden Merkmale nennt: Die Mitglieder der Diaspora leben dezentralisiert, unterhalten laterale Verbindungen miteinander und teilen eine gemeinsame, fortlaufende Geschichte der Vertreibung, des Leidens, der Anpassung oder des Widerstandes. Wichtig erscheint mir dabei, dass ein Raum zugelassen wird, der sich auf einer virtuellen Ebene über geografische und administrative Beschränkungen hinweg allein auf der Grundlage von sozialer Interaktion formiert. Diasporas bestimmen sich laut Clifford nicht zuletzt *ex negativo* mit Bezug auf die örtliche Mehrheitsgesellschaft: „Diasporas are caught up with and defined against (1) the norms of nation-states and (2) indigenous, and especially autochthonous, claims by ‘tribal’ peoples“ (Clifford 1997: 250).

Auch Robin Cohen geht von Safrans Definition aus. Die Definition wird von ihm erweitert, und zwar kann die Gruppe von einem gemeinsamen traumatischen Ereignis zusammengehalten werden und das angestrebte gemeinsame Ziel muss nicht eine Rückkehr in eine frühere Heimat sein, sondern kann auch in der Schaffung einer solchen bestehen (Cohen 1997). Von besonderer Bedeutung ist seine Feststellung, dass „[i]n the age

of cyberspace, a diaspora can, to some degree, be held together or re-created through the mind, through cultural artefacts and through a shared imagination“ (ebd.: 26). Diese Einbeziehung zeitgenössischer Kommunikationsmedien öffnet den Blick auf eine Konstitution der betreffenden Gemeinschaften mithilfe computervermittelter Interaktionen. Dies deckt sich mit Cliffords Ausführungen, der eine Vernetzung anstelle des Bezugs zum Heimatland als wichtiges Kriterium für denkbar hält.

Was eine willkürlich zusammengewürfelte Gruppe von einer diasporischen Gemeinschaft unterscheidet, kann also, medienwissenschaftlich gesprochen, neben einem teleologischen Moment, einem gemeinsamen Selbstverständnis oder einem geteilten Mythos genauso gut durch das Element des Mediums, des Verbindenden geleistet werden. Diese zunächst nur hypothetische Feststellung klingt vielversprechend angesichts einer globalisierten Welt, in der nicht zuletzt auch Menschen zunehmend mobil sind, sich viele Lebensläufe über mehrere Kontinente erstrecken und verschiedene Generationen nicht selten in völlig unterschiedlichen Ländern aufgewachsen sind, während andererseits Kommunikation und Informationsfluss mehr als in Fällen früherer Migrationsbewegungen aufrechterhalten oder sogar neue soziale Netzwerke geknüpft werden können. Es ist dabei zu beobachten, dass es mit der zunehmenden „Beschleunigung“ der Informationen keinesfalls zu einer Verbindung von allem und jedem kommt, sondern dass sich hier neue Gesetzmäßigkeiten herausbilden, indem sich Gruppen formieren oder festigen oder sich Trennungen vollziehen, die das Konzept von Diasporas besonders geeignet erscheinen lassen.

Medien dienen dabei nicht nur der Konstitution, Aufrechterhaltung und Formierung von Diasporas, sondern spielen auch eine ganz wesentliche Rolle bei deren Diversifizierung und „Hybridisierung“, um der Beschreibung von Stuart Hall Rechnung zu tragen, der zur *Diaspora Experience* maßgeblich die Hybridität zählt. Es bietet sich an dieser Stelle zudem der Hinweis auf Benedict Andersons berühmten Begriff der *Imagined Communities* (Anderson 1983) an, deren Mitglieder sich aufgrund der Größe der Gruppe oder ihrer Ausbreitung nicht mehr persönlich kennen, die aber durch ein Gefühl des schicksalhaften Zusammengehörens verbunden werden, das unaufhörlich reaktiviert werden muss. Diese Aufgabe wird nach Anderson von Massenmedien erfüllt, deren Blüte daher eng mit der Entwicklung von Nationalstaaten einhergeht. Während im Fall von

Printmedien und Fernsehen die Information ganz wesentlich von einem kleinen Kreis von Experten zu einer großen Gruppe von Konsumenten fließt, finden wir im Internet grundlegend andere Verhältnisse vor, da die Grenzen zwischen Produktion und Rezeption sowie zwischen Information und Kommunikation zunehmend verschwimmen. Es lässt sich somit erwarten, dass sich eine etwaige gemeinschaftsbildende *Imagination* hier viel dynamischer und sicher auch unvorhersehbarer entwickelt und dass sie mehr und schneller als im Fall traditioneller Medien auf die reale Situation der NutzerInnen und ihre Bedürfnisse zu reagieren vermag.

Dabei ist jedoch Vorsicht geboten mit Schlussfolgerungen über eine aus Online-Aktivitäten notwendigerweise folgende gesellschaftliche oder politische Entwicklung. Verwiesen sei hier etwa auf die Analysen von Shanthi Kalathil und Taylor C. Boas (2003), die unter anderem explizit den Fall Birmas untersucht haben und dabei der These widersprechen, dass ein Mehr an Internet zwangsläufig zu mehr Demokratie führen müsse. Birma zeichnet sich den AutorInnen zufolge dadurch aus, dass zum einen die Verbreitung von Internet im Land extrem gering ist – geschätzt hat weniger als ein Prozent der Bevölkerung Zugang dazu –, zum anderen aber die vernetzten BirmanInnen und andere interessierte Beteiligte im Ausland eine überragende Rolle spielen: „Few other transnational networks against authoritarian regimes have benefited so extensively, or so publicly, from Internet use“ (ebd.: 148).

Zum Zeitpunkt, als Kalathil und Boas ihre Untersuchungen durchführten, konnten sie jedoch noch nicht wissen, dass das birmanische Regime während der „Safranrevolution“ (2007) zu einer von InternetoptimistInnen oft übersehenen Extremmaßnahme greifen würde, indem es das nationale Internet kurzerhand vom Rest der Welt abtrennte. Dieser radikale Schritt zur Erzwingung einer Nachrichtensperre muss jedoch nicht überraschen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass auch virtuelle Welten irgendwo auf realer Hardware basieren, deren Verfügbarkeit natürlich ganz realweltlichen Machtverhältnissen unterliegt.

Weniger extreme Maßnahmen des Regimes betreffen etwa eine starke Begrenzung der Übertragungsraten, so dass insbesondere der Versand von Bildern und Filmen über die Landesgrenzen hinweg eingeschränkt und somit die journalistische Berichterstattung erschwert wird. Es ist bemerkenswert, dass die OpenNet Initiative in Birma keine solch umfassende, konsequente und kontinuierliche Filterung nach Zieladressen oder Inhalten

feststellen konnte wie in anderen Ländern, was sich auch heute noch aus anekdotischen Berichten belegen lässt (OpenNet Initiative 2010). So etwa ist der Dienst Twitter blockiert, Facebook dagegen frei zugänglich.

Die Exilzeitung *The Irrawaddy* (2010) berichtet davon, dass ihr News-Blog eine überraschend hohe Anzahl an Besuchern vermelden konnte, was als Hinweis gewertet werden könnte, dass hier eine Diversifizierung von Nachrichten- und Medienformaten den Zugang zu kritischen Informationen erleichtern könnte. Die wichtigsten Mittel, mit der die birmanische Regierung eine regimekritische Internetnutzung zu unterbinden versucht und die bereits von Kalathil und Boas (2003) festgestellt wurden, scheinen auch heute noch zwei Hauptmechanismen zu sein: zum einen die Förderung einer Selbstzensur von KonsumentInnen und DienstanbieterInnen durch extrem harte Bestrafung in spektakulären Einzelfällen, zum anderen die Begrenzung der Nutzung auf tendenziell kooperative und unkritische Kreise durch hohe Kosten und einen administrativ erschwerten Zugang (Freedom House 2011).

Noch im Jahr 2005 hat die OpenNet Initiative geschätzt, dass in Birma lediglich 0,6 Prozent der Bevölkerung Zugang zum Internet haben (OpenNet Initiative 2005). Auch wenn dieser Anteil gestiegen sein mag (Reporters without Borders geht von einem unveränderten Anteil aus), so fällt doch der starke Unterschied zu anderen südostasiatischen Staaten ins Auge: Im dicht besiedelten Singapur beträgt er momentan 99 Prozent, in Thailand waren es im Jahr 2007 etwa 26 Prozent (OpenNet Initiative 2007a, 2007b).

Eine wichtige Funktion des Internets für BirmanInnen besteht neben der Pflege sozialer Kontakte in der Übermittlung und Bereitstellung von Nachrichten, Meinungen und eigenen Berichten. Die Organisation Reporters without Borders hat im August 2009 – also zwei Jahre nach der „Safranrevolution“ und ein Jahr nach dem Zyklon Nargis – ermittelt, dass es über 800 aktive birmanische Blogs gibt. 80 Prozent waren auf Birmanisch (die am meisten verbreitete Sprache und zugleich Amtssprache Birmas), acht Prozent auf Englisch und zehn Prozent bilingual. Drei Viertel der Blogger waren zwischen 21 und 35 Jahren alt und hatten eine höhere Schulbildung genossen (Reporters without Borders 2010). Heute schätzt die Organisation die Anzahl der Blogger in Birma auf 1.500, weltweit seien es 3.000 birmanische Blogger (Reporters without Borders 2011).

Die horizontale Verteilung von Informationen in Blogs und die ständige Reproduktion in diversen digitalen Medien bildet dabei eine grundlegende Strategie zur Umgehung staatlicher Kontrolle und von Nachrichtenmonopolen. Birmanische Exilmedien erfüllen eine wichtige Funktion als primäre Nachrichtenquellen, und als solche sind sie insbesondere auch Angriffen ausgesetzt. So fielen mehrere Webseiten von Exilmedien wiederholt massiven Hackerangriffen zum Opfer, indem ein künstlich erzeugter Strom von Besuchern die Überlastung der Server herbeiführte, so dass nur mit deren Abschalten reagiert werden konnte (eine sogenannte DDoS-Attacke, *Distributed Denial of Service*). Zudem wurden Mitte März 2011 von Hackern gefälschte Artikel mit diskreditierenden Inhalten auf den Seiten der Exilzeitung *The Irrawaddy* platziert (DVB 2011).

4. Die birmanische Diaspora im Netz

Karim H. Karim (2003) bezieht sich auf Arjun Appadurais Begriff der *Virtual Landscapes*, wenn er sich zwei ihrer Varianten, *Ethnoscapas* und *Mediascapas*, für eine quasi-räumliche Verortung von diasporischen Gemeinschaften und der von ihnen benutzten Medien zunutze macht. Laut Karim ist die besondere Bedeutung von Online-Medien für diasporische Gemeinschaften nicht zuletzt eine Folge ihrer technischen Eigenschaften: „On-line media allow easier access and are non-linear, largely non-hierarchical, and relatively cheap“ (Karim 1998). Dem möchte ich noch weitere relevante Punkte hinzufügen, die gerade einer Nutzung durch MigrantInnen entgegenkommen: So ermöglichen sie eine schnelle Übertragung, ähnlich wie traditionelle Telefonie. Die Kosten sind relativ unabhängig von der Menge der übermittelten Daten und der Dauer der Nutzung, weshalb sich gerade für MigrantInnen eine gemeinsame Nutzung von Ausstattung und Infrastruktur anbietet. Online-Medien lassen sich zudem stark personalisieren, ohne dabei an einen Ort gebunden zu sein, so dass etwa derselbe E-Mail-Account über mehrere Wohnorte hinweg beibehalten werden kann und der Empfänger sehr viel mobiler ist als mit einem traditionellen Briefkasten. Und nicht zuletzt bieten sie einen hohen Grad an Anonymität, falls die technischen Kenntnisse der BenutzerInnen dafür vorliegen, so dass im einfachsten Fall die Notwendigkeit hinfällig wird, eine reale Postadresse vorweisen zu müssen.

David Morley (2007) beschreibt in seinem Buch *Media, modernity and technology* das durch technische Geräte möglich gemachte Verweilen von Individuen in einem portablen privaten Raum selbst in den klassischen öffentlichen Räumen: Autoradio, Walkman und Mobiltelefon generieren so etwas wie „Blasen“, in denen der Mensch sein Stück Zuhause mitnehmen kann – wenn auch oft nicht real, so doch in dieser Art empfunden –, man denke nur an Leute, die beim Telefonieren mit dem Handy in der Öffentlichkeit völlig ihre Umgebung vergessen und die Nähe des Gesprächspartners als viel unmittelbarer empfinden als ihre physische Umgebung. Ähnlich lässt sich auch im Fall der Nutzung von Online-Medien feststellen, dass sich diasporische Gemeinschaften in dieser Weise eigene mobile Sphären eines privaten Raumes schaffen, der eine Bewahrung der Kultur und sozialer Netzwerke erleichtern kann. Dies geht aus der Schaffung eigener virtueller Räume in Medienformen wie etwa Webseiten, Foren, Newslettern und Chats hervor, in denen durch soziale Netzwerke, eigene Sprachverwendung und die Reproduktion und Re-Interpretation extern verfügbarer Themen und Inhalte ein „virtuelles Zuhause“ geschaffen wird, das online stattfindet und somit die Anforderung der Mobilität erfüllt, das aber auch durch seine Unabhängigkeit vom jeweiligen Aufenthaltsort der TeilnehmerInnen flexibel eine früher erlebte soziokulturelle Umgebung zu verlängern oder zu simulieren vermag.

Mitglieder der birmanischen Diaspora knüpfen dabei ihre Netzwerke, ähnlich wie daheim, nach bestimmten Kriterien, zu denen an erster Stelle sicherlich ethnische Zugehörigkeit und damit die verwendete Sprache gehört. Desweiteren bildet der ursächliche Hintergrund der Migration (etwa Arbeit für ein internationales Unternehmen, Studium im Rahmen eines Stipendiums oder Asyl) ein oft beobachtetes trennendes Merkmal, das in der Diaspora ähnlich wirkt wie soziale Klassenunterschiede. Es lassen sich daneben noch mehr Merkmale ausmachen, die eine innere Heterogenität der birmanischen Diaspora aufrechterhalten und eine scharfe Abgrenzung von Gruppen unmöglich machen.

Eine der Besonderheiten von Diasporas im modernen Verständnis besteht darin, dass ihre sozialen Kontakte nicht auf den geografischen Raum der MigrantInnen beschränkt sind, sondern ebenso in ihr Ursprungsland hinein aufrechterhalten werden können. Beispiele sind etwa die indische oder chinesische Diaspora, und die Resultate reichen über *Remittances*,

über bestimmte charakteristische Formen von Patriotismus bis hin zu einer wesentlichen Mitgestaltung der Migrationsströme, etwa durch – sachliche oder verklärte – Informationen über Zielländer, die an NachzüglerInnen weitergereicht werden. Im Fall von Online-Medien ist die Einbeziehung des Ursprungslandes ganz wesentlich von technischen Voraussetzungen und den Möglichkeiten der Bevölkerung daheim abhängig. So etwa hat das Regime in Birma im März dieses Jahres verkündet, dass Internetcafés keine Sprachübertragung per Internet (VoIP) mehr anbieten dürften (Htet Aung 2011). Die Durchsetzung dieser Anweisung steht momentan noch aus. Betroffen ist davon ganz direkt die Frage, auf welche Weise die birmanische Diaspora soziale Kontakte nach Birma wird aufrechterhalten können. Politische Erwägungen, wirtschaftliche Anreize und die Findigkeit technisch begabter AnwenderInnen, die die Restriktionen zu umgehen versuchen, werden sich wohl auch weiterhin einen Wettlauf liefern, nicht zuletzt begünstigt von einem gewissen Laisser-faire der Behörden und Dienstleister und bereichert um viele aus Ineffizienz entstandene Spielräume.

Im Beispiel der birmanischen Diaspora befinden sich sowohl *Ethnoscapas* als auch *Mediascapas* in steter Wechselwirkung miteinander und zugleich jeweils mit den lokalen realweltlichen Bedingungen im Raum der Migration und der Herkunft. Dies findet seinen Ausdruck darin, dass die globale Zerstreung der birmanischen MigrantInnen (*Ethnoscapas*) in diasporischen Gemeinschaften eine bestimmte und diesen Bedingungen entsprechende Form der Nutzung globaler Informations- und Kommunikationsnetzwerke (*Mediascapas*) entwickelt hat. Als Beispiel ist etwa die kommentierte Weitersendung von Nachrichten in E-Mails und Newsgroups zu nennen, in denen journalistische Inhalte, die auf Vorgänge in Birma und im Bereich der Diaspora Bezug nehmen, mit persönlichen Mitteilungen vermischt werden. Die „mass-mediated imaginary“ (Appadurai 1996: 6) erweist sich durch online aufrechterhaltene soziale Netzwerke und die Übermittlung von Informationen aller Art auf digitalem Weg als eine diese transnationale Gemeinschaft hauptsächlich formierende Kraft, deren Reichweite das gesamte von den Migrationsbewegungen der BirmanInnen betroffene geografische Gebiet zu umfassen vermag. Wenn jedoch Appadurai feststellt, dass „[d]iasporic public spheres, diverse among themselves, [...] the crucibles of a postnational political order“ (ebd.: 22) seien, so muss im Fall der BirmanInnen doch eingewandt werden, dass

dieser utopische Zustand noch lange nicht erreicht ist und dass traditionelle politische Machtstrukturen ihren Einfluss selbst über Landesgrenzen hinweg und in den Bereich von Online-Medien hinein ausüben.

5. Schlussfolgerungen und Ausblick

Vor dem geschilderten Hintergrund ist zu erwarten, dass die Nutzung von Online-Medien durch Mitglieder der birmanischen Diaspora sich von derjenigen im Globalen Norden unterscheidet, und dies selbst dort, wo sie in wohlhabenderen Staaten leben. Die digitale Spaltung (*Digital Divide*) ist aufgrund der oben beschriebenen Beschränkungen durch die Lage daheim in Birma und in der Diaspora selbst dort noch nicht überwunden, wo die NutzerInnen längst online sind, und der gegenwärtige Raum der Möglichkeiten ist stets noch ein Produkt der individuellen Vorgeschichte. Betroffen sind davon nicht zuletzt *Capacity Building*-Programme, mit denen international tätige NGOs birmanische zivilgesellschaftliche Strukturen unterstützen wollen und bei denen der weitere Hintergrund der Empfänger unbekannt bleibt oder nicht berücksichtigt wird. Blogs, Online-Foren und Facebook etwa können für Birmanen etwas völlig anderes bedeuten als für Europäer oder Amerikaner, auch wenn äquivalente technische Kenntnisse keine großen Unterschiede vermuten lassen. Dieser Unterschied besteht beispielsweise allein darin, dass Facebook die einzige soziale Plattform ist, die in Birma offen zugänglich ist, oder dass ein Beitrag in einem Blog zu langen Gefängnisstrafen in Birma führen kann (OpenNet Initiative 2010).

Verwiesen sei in dem Zusammenhang auch auf den in einer OECD-Studie festgestellten *Second Digital Divide* (Trucano 2010), der einen bei benachteiligten Bevölkerungsgruppen festgestellten Mangel an Computerkenntnissen bezeichnet, der selbst bei gegebenen technischen Voraussetzungen immer noch die Nutzung des Internets erschwert. Dieses Defizit lässt sich sogar noch weiter fassen, wenn nicht nur die Technik und deren Beherrschung betrachtet wird, sondern die soziokulturelle Umgebung im Ursprungsland sowie die individuellen MigrantInnengeschichten mit einbezogen werden. Diese halte ich für wichtige Faktoren, die die Mediennutzung grundlegend mitbestimmen. Es ist demnach zu erwarten, dass sich ein besseres Verständnis der Nutzung von Online-

Medien durch diasporische Gemeinschaften als hilfreich erweisen würde, um angemessen auf die Komplexität der Ursachen reagieren zu können, die zu Benachteiligung oder Ausgrenzung von MigrantInnen bei der Nutzung des Internets führen können.

Spielräume, Möglichkeiten und Beschränkungen der Vernetzung diasporischer Gemeinschaften online sind zudem nicht nur eng verzahnt mit der realweltlichen Umgebung der MigrantInnen, sondern auch mit den Bedingungen am Ort ihrer Herkunft. Dies betrifft zum einen Gewohnheiten, die bereits im Zuge der Migration mitgebracht und weiter gepflegt und entwickelt werden, zum anderen aber auch die Möglichkeiten einer Vernetzung und eines Informationstransfers über die birmanischen Landesgrenzen hinweg. Insbesondere ist es wahrscheinlich, dass die Möglichkeiten einer politischen und gesellschaftlichen Partizipation der MigrantInnen in der Fremde über das für unsere Augen unsichtbare und für unsere Begriffe unverständliche diasporische Kommunikationsnetzwerk auch die daheim angebundene birmanische Bevölkerung betreffen und beeinflussen, und dies sowohl in ihrem Mediennutzungsverhalten, als auch in ihrer Auffassung von gesellschaftlicher und politischer „Normalität“, online wie offline.

Mit Blick auf die jüngsten Unruhen in Tunesien, Ägypten, Libyen und anderen Staaten und auf die Rolle, die dabei die computervermittelte Kommunikation gespielt hat oder die ihr zugesprochen wurde, lässt sich von diesen Überlegungen ausgehend vermuten, dass selbst bei einer hinreichenden Vernetzung der BirmanInnen im Land noch nicht zwingend alle Bedingungen für eine politische Mobilisierung der Massen durch digitale Medien gegeben wären. Die vorherrschende Resignation und Passivität infolge ihres MigrantInnenenschicksals kann zwar hier und dort, und insbesondere inspiriert durch Ereignisse in anderen Ländern, in Kampfgeist umschlagen, eine entscheidende Rolle würde aber auf jeden Fall der Frage zukommen, wie Angehörige der birmanischen Diaspora, die bereits etliche Jahre lang mit dem Phänomen Internet experimentieren konnten, mit diesem umzugehen gelernt haben. Dies betrifft das Begreifen seines politischen Potenzials, aber auch einfach die Überwindung der Schüchternheit, sich von MedienkonsumentInnen zu MedienproduzentInnen zu wandeln. Es betrifft die Frage, wie Frauen und ethnische Minderheiten das Internet nutzen können, ob die vornehmlichen NutzerInnen überhaupt an politischen Änderungen interessiert sind und inwiefern sich im Internet neben traditionellen Respekts-

personen neue Individuen Gehör verschaffen. Es betrifft ganz entschieden die gesellschaftliche Stellung und die finanziellen Möglichkeiten, die jede oder jeder Einzelne in der Migration hat und die über eine Partizipation entscheiden. Gerade für die daheimgebliebene Bevölkerung läuft es auf die Frage grundlegender Medienkompetenz hinaus.

Zwar wird die zunehmende Präsenz von BirmanInnen im Internet nicht zwangsläufig zu einer Demokratisierung des Landes und einer Verbesserung der Menschenrechtslage führen, da gerade die Infrastruktur in Birma der etablierten inneren Logik zufolge im Besitz tendenziell regierungstreuer Kreise bleiben wird und die nötige Medienkompetenz nicht so ohne weiteres gegeben ist. Jedoch bietet sich gerade in der Nutzung des Internets durch die Diaspora eine Chance, um demokratische, rechtsstaatliche und zivilgesellschaftliche Prinzipien – genannt seien etwa der Umgang mit Differenzen, ein Bekenntnis zu Egalität, gewaltfreie Konfliktbewältigung und Verantwortung für das Gemeinwohl – online zu üben und somit stärker verfügbar zu haben, sobald sich in Birma die Möglichkeit eines wirklichen Regimewechsels bietet. Für das Szenario einer politischen Transformation könnte somit die Last einer beträchtlichen Rückreisewelle von MigrantInnen, die oft jahrzehntelang unsichtbar am Rande anderer Gesellschaften in reichen Staaten gelebt haben, umgekehrt werden in die Chance eines nützlichen Erfahrungstransfers zurück nach Birma.

Somit kann zum einen eine Vernetzung, die den Verbindungslinien der diasporischen Gemeinschaft folgt, ein gewisses Potenzial für politische Veränderungen bereitstellen. Zum anderen kann aber auch das Engagement ihrer Mitglieder in einer online-organisierten Gemeinschaft, die in vielen Zügen von den Bedingungen und Problemen daheim geprägt ist, wichtige Kompetenzen anbieten, die für Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und Frieden im realweltlichen Birma notwendig sein werden.

Während ich in den vorliegenden Ausführungen vor allem von einer Internetanbindung über Kabel ausgegangen bin, so ist bereits heute festzustellen, dass junge und wohlhabende Mitglieder der birmanischen Diaspora mobiles Internet benutzen. Angesichts eines verzögerten Hineinsickerns mobiler Geräte vor allem aus Südostasien und China nach Birma und ihrer allmählichen Erschwinglichkeit vor allem für die städtische Bevölkerung ist davon auszugehen, dass sich die Kommunikationsnetzwerke der BirmanInnen in den nächsten zehn Jahren auch innerhalb des Landes zuneh-

mend über Mobiltelefone aufspannen werden. Dies wird sicher auch – allerdings mit bedeutender Verspätung – die Möglichkeit mobilen Internets und anderer mobiler Techniken, wie etwa das in vielen Ländern Afrikas verbreitete SMS-Banking, mit einschließen. Der birmanischen Diaspora könnte dabei eine Katalysatorfunktion zukommen, da ihre Vernetzung mit den daheim im Land Verbliebenen eine wichtige Motivation darstellt.

Wie auch in anderen Ländern, wo sich eine digitale Kommunikationsinfrastruktur erst verspätet zu entwickeln begann, ist es wahrscheinlich, dass in Birma eine umfassende landesinterne Vernetzung per Kabel übersprungen wird zugunsten einer billigeren Vernetzung durch Mobilfunk. Aber auch hier besteht kein Anhalt für die Annahme, dass allein die technische Entwicklung im derzeitigen Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse und der gesellschaftlichen Gegebenheiten bereits zu deren Umwälzung führen würde.

Es liegt auf der Hand, dass die Mobilisierung des Internets – mit Auswirkung auf die Gestaltung und Nutzung von Medieninhalten, die Relevanz der Position des Nutzers im physischen Raum und letztendlich einer wachsenden Rolle des mobilen Geräts als digitaler Identität des Individuums – auch die BirmanInnen nicht unberührt lassen wird. Unklar bleibt jedoch, ob es sich dabei um eine weitere, noch anspruchsvollere Stufe der Medienkompetenz handelt oder ob eine mobile Vernetzung den soziokulturellen Gepflogenheiten und Möglichkeiten in Birma nicht umgekehrt sogar mehr entspricht als das ältere ortsgebundene Internet. Es käme der Mobilität innerhalb des Landes entgegen und wäre unabhängiger von Behörden, die den Zugang zu Telefonleitungen und damit den Modemzugang kontrollieren, was die Einführung und Nutzung der neuen Technologie vereinfachen würde.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die spezifische Situation der birmanischen Diaspora, die vor allem durch die Bedingungen der Emigration und des Lebens in der Fremde sowie die Möglichkeiten einer Rückkehr und einer sozialen Vernetzung mit den Zuhausegebliebenen bestimmt wird, eine bestimmte Form der Online-Mediennutzung durch deren Mitglieder fördert. Vor allem die stetige technische Entwicklung der Online-Medien in Verbindung mit einer zunehmenden Durchdringung Birmas durch das Internet, bei der das Land im Vergleich zu seinen Nachbarn noch viel aufzuholen hat, und einer damit einhergehenden und gerade unter der jüngeren Generation wachsenden digitalen Medienkom-

petenz lassen erwarten, dass zum einen die hier anzutreffende Wechselwirkung von *Ethnoscapes* und *Mediascapes* weiter zunehmen wird, zum anderen aber auch mehr als zuvor die daheimgebliebene Bevölkerung mit einbezogen werden wird.

Literatur

- Amnesty International (2010): Myanmar – Amnesty International Report 2010. <http://www.amnesty.org/en/region/myanmar/report-2010>, 17.4.2011.
- Anderson (1983): *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London: Verso.
- Appadurai, Arjun (1996): *Modernity at Large: Cultural Dimensions of Globalization*. Minneapolis: University of Minnesota.
- Clifford, James (1997): *Diasporas*. In: Clifford, James (Hg.): *Routes. Travel and Translation in the Late Twentieth Century*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 244-277.
- Cohen, Robin (1997): *Global Diasporas. An Introduction*. London: Routledge.
- Cordesman, Anthony H./Kleiber, Martin (2006): *The Asian Conventional Military Balance in 2006: The South Asian Military Balance*. Washington, DC: Center for Strategic and International Studies. http://csis.org/files/media/csis/pubs/060626_asia_balance_south.pdf, 17.4.2011.
- DVB – Democratic Voice of Burma (2010): Expert says Burma ‘planning nuclear bomb’. <http://www.dvb.no/news/expert-says-burma-%E2%80%99planning-nuclear-bomb%E2%80%99/9527>, 31.3.2011.
- DVB – Democratic Voice of Burma (2011): Cyber war breaks new ground. <http://www.dvb.no/news/cyber-war-breaks-new-ground/14727>, 20.4.2011.
- Freedom House (2011): *Freedom on the Net 2011. Burma*. <http://www.freedomhouse.org/images/File/FotN/Burma2011.pdf>, 20.4.2011.
- Gilroy, Paul (1993): *The Black Atlantic: Modernity and Double Consciousness*. London/New York: Verso.
- Htet Aung (2011): Junta Makes Internet Phones Illegal. http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=20949. In: *The Irrawaddy*, 2.4.2011.
- International Institute for Strategic Studies (2007): *The Military Balance 2007*. <http://www.iiss.org/whats-new/iiss-in-the-press/press-coverage-2007/december-2007/fighter-planes-crashing-common-in-burma/?locale=en>, 2.4.2011.
- Kalathil, Shanthi/Boas, Taylor C. (2003): *Open networks, closed regimes. The impact of the internet on authoritarian rule*. Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace.
- Karen Human Rights Group (2009): *Abuse, Poverty and Migration. Investigating migrants’ motivations to leave home in Burma*. <http://www.khrg.org/khrg2009/khrg0903.html>, 17.4.2011.

- Karim, Karim H. (1998): From Ethnic Media to Global Media: Transnational Communication Networks Among Diasporic Communities. <http://www.transcomm.ox.ac.uk/working%20papers/karim.pdf>, 2.4.2011.
- Karim, Karim H. (2003): Mapping diasporic mediascapes. In: Karim, Karim H. (Hg.): The media of Diaspora. Mapping the globe. New York: Routledge, 1-17.
- Lintner, Bertil (1999): Burma in Revolt: Opium and Insurgency since 1948. Washington, DC: University of Washington Press.
- MAP Foundation (2010): Background. http://www.mapfoundationcm.org/map_2010/map-foundation/background.html, 17.4.2011.
- Ministry of Hotels and Tourism (2008): The 8 Major National Ethnic Races in Myanmar. <http://www.myanmar.gov.mm/ministry/hotel/fact/race.htm>, 27.9.2008.
- Morley, David (2007): Media, modernity and technology. The geography of the new. Abingdon: Routledge.
- Human Rights Documentation Unit (2008): Burma. Human Rights Yearbook 2007. Violations Against the Dignity, Livelihoods and Fundamental Rights of the People of Burma. National Coalition Government of the Union of Burma. <http://www.ncgub.net/NCGUB/BHRY/2007/index.html>, 8.8.2011.
- OpenNet Initiative (2005): Internet Filtering in Burma in 2005: A Country Study. <http://opennet.net/studies/burma>, 30.3.2011.
- OpenNet Initiative (2007a): Singapore. <http://opennet.net/research/profiles/singapore>, 31.3.2011.
- OpenNet Initiative (2007b): Thailand. <http://opennet.net/research/profiles/thailand>, 31.3.2011.
- OpenNet Initiative (2010): Burma (Myanmar). <http://opennet.net/research/profiles/burma>, 17.4.2011.
- Paisanpanichkul, Darunee (2001): Burmese Migrant Workers in Thailand: Policy and Protection. In: Legal Issues On Burma Journal No. 10. <http://www.ibiblio.org/obl/docs/LIOBIO-darunee.htm>, 17.4.2011.
- Reporters without Borders (2010): Enemies of the Internet. Countries under surveillance. http://en.rsf.org/IMG/pdf/Internet_enemies.pdf, 2.4.2011.
- Reporters without Borders (2011): Burma. <http://en.rsf.org/burma-burma-11-03-2011,39754.html>, 30.3.2011.
- Safran, Wiliam (1991): Diasporas in Modern Societies: Myths of Homeland and Return. In: Diaspora 1 (1), 83-99.
- The Irrawaddy (2010): The Irrawaddy Blog Strikes Home. http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=19884, 31.3.2011.
- The Irrawaddy (2011): Burma Allocates 1/4 of New Budget to Military. http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=20856, 31.3.2011.
- Trucano, Michael (2010): The Second Digital Divide. <http://blogs.worldbank.org/edutech/the-second-digital-divide>, 18.4.2011.

Abstracts

Die Leben birmanischer MigrantInnen und ihre Nutzung von Online-Medien wird ganz wesentlich von der Situation daheim in Birma beeinflusst, und dies sowohl Politik als auch Gesellschaft und technische Infrastruktur betreffend. Der vorliegende Artikel behandelt die wichtigsten Punkte, die zum Verständnis dieser komplexen Thematik notwendig sind, und verwendet das Konzept der Diaspora, um die durch BirmanInnen im Ausland geformten Räume zu beschreiben, wobei besonders Bezug darauf genommen wird, wie diese diasporischen Gemeinschaften durch Online-Medien ausgeformt werden.

The lives of Burmese migrants and their use of online media are significantly shaped, in terms of politics, society, and technical infrastructure, by the conditions inside Burma. This article highlights the most relevant points needed to assess this complex situation and furthermore attempts to describe the spaces formed by Burmese abroad with the help of the concept of diasporas, while seeking to understand how this diasporic community is informed or even constituted by online media.

Christoph Amthor
c/o Burma Center Prague
Dělnická 54, 170 00 Praha
Czech Republic
amthor@burmablog.net

WOLFRAM SCHAFFAR

Der Staat im Internet:

Nutzung und Kontrolle des Internets in Singapur

Seit seiner Einführung vor zwei Jahrzehnten befeuert das Internet die Erwartung, dass mit der Ausbreitung des Netzes und dem Zugang zu erweiterten und verbilligten Kommunikationsmöglichkeiten eine weitreichende Demokratisierung einhergeht. Diese Erwartung stützt sich zunächst auf Einschätzungen, die mit den technischen Eigenschaften des Internets zu tun haben: Wegen seines dezentralen Aufbaus könnten die Datenströme im Internet nicht mehr zensiert werden. Eine Kontrolle des Mediums sei nicht mehr möglich, und autoritäre Regime, die sich bislang auf diese Kontrolle stützen konnten, würden unter dem Druck des freien Zugangs zu unzensierten Informationen zusammenbrechen (in Bezug auf China vgl. Taubman 1998; Yang 2003; Zhou 2006).

Diese Gedankenfigur folgt einer besonders in den USA verbreiteten Erzählung, dass die sozialistischen Länder in Mittel- und Osteuropa durch die Sendungen von Radio Free Europe und die Sowjetunion durch das Schmuggeln von Kopier- und Faxgeräten zu Fall gebracht wurden (Morozov/Meyers 2011). Beim Internet wird jedoch eine weitere technische Komponente als demokratiefördernd angenommen: Durch seinen dezentralen und un-hierarchischen Aufbau würde durch die Benutzung des Netzes das Verhalten der NutzerInnen selbst demokratisiert. Es wird also angenommen, dass politische Debatten im Internet nicht nur den Radar der Zensur umgehen können, sondern aufgrund der Netzstruktur auch einen anderen Charakter annehmen und partizipativer, weniger hierarchisch etc. werden (Faris/Etling 2008: 74; Zaw Oo 2006).

Diese Art von technischem Dezisionismus prägte lange Zeit nicht nur die (populär-)wissenschaftlichen Einschätzungen, sondern auch die Erwartungen ranghoher PolitikerInnen – und damit die Außenpolitik der USA,

die sich als Exporteur von Demokratie versteht und dabei auf Technologieexport setzt. Vor diesem Hintergrund ist eine Rede von Bill Clinton zu verstehen, die zum geflügelten Wort wurde: „In the new century, liberty will spread by cell phone and cable modem [...]. Now, there’s no question China has been trying to crack down on the Internet – good luck. That’s sort of like trying to nail Jello to the wall“ (Clinton 2000).

Neben Argumenten, die sich allein auf die technischen Eigenschaften des Netzes beziehen, gibt es auch solche, die der Wirtschaft eine zentrale Rolle bei der Entfaltung der demokratisierenden Wirkung zusprechen. Als „Diktatorenndilemma“ wurde die Gedankenfigur bekannt, die vor den Zeiten des Internets von George Shultz (1985) geprägt und später auf die neuen Kommunikationsmedien übertragen wurde. In der wissensbasierten Ökonomie nehme Internetkommunikation einen immer zentraleren Stellenwert für die wirtschaftliche Entwicklung ein. Ohne Internet könnten internationale Finanztransaktionen, Geschäftsabwicklung etc. nicht mehr geleistet werden. Daher befänden sich autoritäre Regierungen in der dilemmatischen Situation, dass sie entweder das Internet beschneiden könnten, was aber die wirtschaftliche Entwicklung behindern und ihre Legitimationsgrundlage aufs Spiel setzen würde. Oder aber sie ließen das Internet zu, verlören aber durch die sich ausbreitenden Informationen und die Informationsfreiheit ebenfalls ihre Legitimationsgrundlage. In ihrer Grundsatzrede anlässlich der beginnenden Umbrüche in der arabischen Welt bekräftigte auch die derzeitige US-Außenministerin, Hillary Clinton, die klassische Position der US-Regierung: „When countries curtail internet freedom, they place limits on their economic future. [...] They will face a dictator’s dilemma [...]“ (Clinton 2011).

Sowohl die rein technik-dezisionistische, als auch die komplexere Gedankenfigur des Diktatorenndilemmas können als Varianten einer Art informationeller Modernisierungstheorie charakterisiert werden: Der Grundgedanke ist, dass eine alternativlose, zielgerichtete technische Entwicklung sowie die wirtschaftliche Integration in die Weltmärkte zur Verbreitung des Internets führt und damit eine Art neue Mittelschicht entsteht. Diese Schicht definiert sich jedoch nicht materiell, sondern über ihre Kommunikationspraktiken: Angeregt von der frei verfügbaren und unzensierten Information aus aller Welt und geprägt von der Praxis nichthierarchischer partizipativer Kommunikation fordert sie Demokratie und Freiheit.

Auch wenn besonders die frühen technik-dezisionistischen Einlassungen aus heutiger Sicht recht pauschal klingen, scheinen die gleichen Gedanken bis heute reflexartig in politischen Kommentaren auf, wenn es in einem Ort der Welt zu politischen Protesten kommt. Die Umbrüche in Nordafrika stellen den gegenwärtigen Höhepunkt dieser Einschätzungen dar und schlagen sich nicht nur in der Verwendung der Bezeichnung „Facebook-Revolution“ in den Zeitungen nieder, sondern werden auch durch Veranstaltungen von politischen Stiftungen und anderen Akteuren reproduziert¹.

Im Zuge der Debatten zur arabischen Welt haben sich jedoch mehr und mehr Stimmen gemeldet, die die Interpretation als „Facebook-Revolution“ anzweifeln: Barkawi (2011) übt deutliche Kritik an der eurozentrischen Implikation und der westlichen Vereinnahmung der Revolutionen, die durch diesen Begriff transportiert wird. Ähnlich der Erzählung von den in die Sowjetunion geschmuggelten Kopiergeräten wird durch den Begriff „Facebook-Revolution“ suggeriert, der Westen liefere erneut die Idee und die Technologie für die Revolution in die betreffenden Länder. „To listen to the hype about social networking websites and the Egyptian revolution, one would think it was Silicon Valley and not the Egyptian people who overthrew Mubarak“ (Barkawi 2011).

Andere AutorInnen gehen noch weiter und stellen heraus, dass gerade das Ausschalten des Internets zur entscheidenden Form von Organisation führte, da dadurch ein Verharren hinter dem Bildschirm nicht mehr möglich war und zur Selbstverteidigung gegen die Schlägertrupps und Polizeieinheiten Nachbarschaftsgarden gebildet wurden (Barkawi 2011; Hassanpour 2011). Selbst von der Seite derer, die professionell Demokratieförderung über die Verbreitung des Internets betreiben, kommen in letzter Zeit kritische Stimmen: Evgenij Morozov, Mitarbeiter der US-amerikanischen Stiftung *Endowment for Democracy*, wurde in der jüngsten Debatte zu einem prominenten Kritiker des „Internet-Utopismus“ (Morozov 2009; Morozov/Myers 2011)

Jenseits der Arbeiten, die aus Anlass aktueller politischer Umbrüche entstehen, kamen Studien, die den Zusammenhang zwischen Internet und Demokratie über einen längeren Zeitraum betrachten, schon seit langem zu einem nüchterneren Ergebnis (z.B. Khalatil/Boas 2003). An vergleichenden statistischen Arbeiten, die den Zusammenhang zwischen der Verbreitung des Internets und der demokratischen Entwicklung anhand großer Länder-Samples untersuchen, sind die Arbeiten von Best und Wade (2009) und

Groshek (2009) zu nennen, die die Internetdurchdringung an Parametern wie Internetanschlüssen pro 1000 EinwohnerInnen sowie das Demokratieniveau eines Landes anhand einiger ausgewählter Variablen der gängigen Demokratieindizes messen. So finden Best und Wade für den Zeitraum zwischen 1992 und 2002 einen statistisch relevanten Zusammenhang zwischen beiden Variablen, der so weit reicht, dass die Autoren konstatieren, „in this time period an extra 131 Internet users per 1,000 people corresponds to a one point jump on the 14 point democracy index“ (Best/Wade 2009: 255).

Wenn die Autoren allerdings die Wirtschaftsleistung herausrechnen, die sowohl mit der Verbreitung der Internetanschlüsse als auch mit dem Demokratieniveau korreliert, ergibt sich eine charakteristische Verzerrung, die sie als regionalen Effekt interpretieren: Die eurasische Demokratie habe eine stärkere Korrelation zum BIP und zur Internetdurchdringung als jede andere Region. In Asien und dem Nahen Osten jedoch zeige sich kaum ein relevanter Zusammenhang zwischen Internet und Demokratie. „This lends credit to the theory that the Internet may only affect democracy in certain situations. Put plainly, this leaves us with an extremely important question: Has the Internet served as an agent for democratic change in some parts of the world (e.g. Africa) but not in others (e.g. the Middle East)?“ (Best/Wade 2009: 263).

Für solche anhand großer Länder-Samples durchgeführte Untersuchungen stellen Staaten wie Singapur Ausreißer dar, da hier eine hohe Internetdurchdringung mit einer Fortdauer oder sogar Konsolidierung autoritärer Strukturen einhergeht. George (2005) spricht in diesem Zusammenhang von einem *penetration/participation paradox*. Als Ausreißer erscheinen sie jedoch nur aufgrund einer Reihe von bestimmten, nicht explizit gemachten Prämissen.

1. Defizite der dargestellten Ansätze

Fast allen Texten zum Verhältnis von Internet und Demokratie liegt ein liberales Weltbild US-amerikanischer Prägung zugrunde, in dem als Bedrohung von Freiheit vor allem der Staat gesehen wird². Das Internet dagegen wird als Hort der Selbstorganisation und Freiheit konzeptualisiert. Nach dieser Logik wird mit der Ausbreitung des Netzes der Zivilgesellschaft ein

Mittel an die Hand gegeben, den Staat noch besser zu bekämpfen bzw. ihn in seine Schranken zu weisen. Der demokratisierende Effekt des Internets wird als Folge der Reduzierung des Staats gesehen (z.B. Faris/Etling 2008).

Die Fälle, in denen autoritäre Regime trotz Verbreitung des Internets an der Macht bleiben, werden als Fälle analysiert, in denen der Staat es geschafft hat ins Internet vorzudringen, zum Beispiel in Form von Zensur (vgl. Khalatil/Boas 2003). Anstelle der automatischen Aushebelung des Staats tritt das Bild, dass sich im Internet Staat und Zivilgesellschaft ein Gefecht liefern. Die Zuschreibung, dass staatliches Handeln autoritär und zivilgesellschaftliches freiheitlich und demokratiefördernd ist, bleibt jedoch erhalten.

Diese Perspektive, die in den meisten Arbeiten vorherrscht, zeichnet sich durch eine Reihe von Defiziten aus: Demokratie wird reduziert auf die Geltung einiger formaler Anforderungen wie (Rede-)Freiheit, Wahlen und Rechtsstaatlichkeit. Dass mit diesem System liberaler Demokratie ein charakteristisches staatliches Engagement einhergeht, beispielsweise in Form eines Sicherheits- und Justizapparats, wird ausgeblendet. Dagegen wird jede Form von Regulierung – ohne Unterscheidung, ob es sich um eine auf demokratischen Entscheidungen beruhende Form von Regulierung handelt oder nicht – als tendenziell freiheitsberaubender staatlicher Eingriff gesehen. Darüber hinaus werden wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure vom Staat unterschieden, denen in der gleichen undifferenzierten Art eine Orientierung auf freiheits- und demokratieförderndes Handeln zugesprochen wird. Dieses geschieht ungeachtet der Tatsache, dass – wie das Beispiel der Selbstzensur von Google in China gezeigt hat – wirtschaftliche Akteure um des Marktzugangs willen bereit sind, mit autoritären Regierungen Verträge zu schließen und weitreichende Eingriffe zu akzeptieren, solange es sich im Gesamtgeschäft rechnet. Ebenso unbeachtet bleibt, dass die EntwicklerInnen von Zensursoftware etc. private Unternehmen sind, die ihre Zensurtechnologie als Ware verkaufen (z.B. Morozov/Myers 2011). Bezüglich der Einschätzung der Zivilgesellschaft wird übersehen, dass zahlreiche Beispiele für die Nutzung des Internets durch rechte und nationalistische Bewegungen bekannt sind.

Ebenso schwer wie diese demokratietheoretischen Defizite, die mit dem Weltbild einer liberalen Demokratie US-amerikanischer Prägung einhergehen, wiegt das verkürzte Verständnis des Staats, der als gegebene Struktur, als äußerlicher Apparat mit einer bestimmten Eigendynamik

erscheint. Dieses Staatsverständnis fällt hinter Arbeiten zurück, die in der Folge von Nicos Poulantzas den Staat als soziales Verhältnis konzeptualisieren und damit die Dynamik der Transformation des Staates unter den Bedingungen von Globalisierung erfassen können (Brand et al. 2007; Brand 2010; Demirović 2007, 2010).

Schließlich verbindet die meisten Texte zum Verhältnis von Internet und Demokratie der Bezug auf eine bestimmte Raummetapher. Das Internet wird konzeptualisiert als ein neu entstandener Raum – wie eine Art neu entdecktes Land, bei dessen Eroberung nun die Zivilgesellschaft gegen den Staat kämpft. Sehr deutlich wird diese Metapher in Manifesten der InternetaktivistInnen selbst, wie der Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace: „Governments of the Industrial World, [...] I come from Cyberspace, the new home of Mind. [...] You are not welcome among us. You have no sovereignty where we gather“ (Barlow 1996).

Bei dieser Vorstellung erscheint der Raum jedoch als ein von der Informationstechnologie hergestellter Raum, der – wenn auch nicht im gleichen physikalischen Sinn wie der kartesische Raum – wegen seiner mathematisch-technischen Fundierung eine Art Container-Raum darstellt. Diese Vorstellung fällt hinter Theorien zurück, die Raum als sozial konstruiert analysieren und damit unter anderem erklären können, wie Machtkonstellationen, Herrschafts- und Produktionsverhältnisse den Raum nicht nur strukturieren, sondern erst entstehen lassen (Belina/Michel 2007; Wissen 2007).

In den folgenden Abschnitten werde ich die Genese und die Spezifika der Internetregulierung in Singapur darstellen. Bezüglich der historischen Ereignisse beziehe mich hauptsächlich auf die Darstellungen von Terence Lee (2010) und Cherian George (2007). Auf dieser Grundlage werde ich diskutieren, welches Verständnis von Staat und Raum ange setzt werden muss, wenn man den Zusammenhang zwischen Internet und Demokratie untersuchen möchte.

2. Singapur und das Regierungssystem des austarierten Zwangs

Der Stadtstaat Singapur liegt an der äußersten Spitze der malaiischen Halbinsel und zählt gegenwärtig etwas über 5 Millionen Einwohner, die zu 75 Prozent chinesischer, 14 Prozent malaiischer und 9 Prozent indischer

Abstammung sind (die restlichen BewohnerInnen werden als AusländerInnen oder „andere“ klassifiziert) (Wijeysingha 2006). Hervorgegangen aus einem komplizierten Prozess der Loslösung von Großbritannien ab dem Jahr 1959 und einem gescheiterten Prozess der gemeinsamen Staatsbildung in der malaiischen Föderation, zeichnet die Regierung Singapurs das Bild einer permanenten existenziellen Bedrohung: Als chinesische Enklave sei man in einer mehrheitlich von muslimischen MalaiInnen und IndonesierInnen bewohnten Umgebung von außen bedroht, und – seit den gewaltvollen Unruhen Ende der 1960er Jahre – von innen einer ständigen Gefahr ethnischer Konflikte ausgesetzt. Wirtschaftlich ist das Land wegen seines Mangels an Bodenschätzen und seiner geringen Fläche auf Handel bzw. auf den Weltmarkt ausgerichtete arbeits- und wissensintensive Produktion angewiesen.

Unter diesen Bedingungen entstand ein paranoides autoritäres Regimes, das das gesamte Regierungshandeln auf die eine Logik des *survivalism* gründet und innere und äußere Gefahren bekämpft, um Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung als oberstes Staatsziel zu verfolgen (Lee 2010: 3). Gemessen an diesem Ziel ist die Regierung äußerst erfolgreich: Singapur wurde wegen seiner zentralen Lage und seiner Stabilität als Brückenkopf zahlreicher international agierender Firmen gewählt, die von hier aus ihre Geschäfte in den unruhigeren Nachbarländern unternehmen. Die Stadt zählt als *Global City*, deren Bedeutung auf ihrer Funktion als regionales und internationales Zentrum beruht.

Die politische Kraft hinter diesem Erfolg ist die People's Action Party (PAP), die Singapur ununterbrochen seit 1959 regiert und erst bei der letzten Wahl im Mai 2011 mit einer Mehrheit von 81 von 87 Sitzen im Parlament in ihrer Rolle bestätigt wurde. Der charismatische Führer Lee Kwan Yew war von 1959 bis 1990 Premierminister und hat das Amt an seinen Sohn Lee Hsein Loong vererbt, der seit 2004 die Regierung führt. Diese Kontinuität erreichte die PAP durch ihren wirtschaftlichen Erfolg und eine subtile soziale Kontrolle. Öffentliche Wohnungsbauprojekte, in denen zur Verhinderung von ethnischen Unruhen die Zusammensetzung der BewohnerInnen staatlich geplant wird, sowie ein Sozialversicherungssystem, das der staatlichen Verwaltung über Renten- und Krankenversicherung Zugriff auf die Bevölkerung ermöglicht, sind Elemente eines umfassenden *social engineering* (Wijeysingha 2006).

Gleichzeitig sorgen im Hintergrund drakonische Strafandrohungen für Disziplin in der Bevölkerung: Singapur kennt körperliche Züchtigung als Strafe für einige Vergehen, und gemessen an der Größe der Bevölkerung werden hier die meisten Todesurteile weltweit vollstreckt. Konkret relevant für die Einhegung politischer Opposition ist jedoch der *Internal Security Act*, ein Gesetz, das noch zur Zeit der britischen Kolonialzeit zur Bekämpfung von kommunistischen Aufständen erlassen wurde und das der Regierung erlaubt, unter bestimmten Umständen Menschen ohne Gerichtsverhandlung für viele Jahre ins Gefängnis zu werfen. In den Jahren 1963 und 1987 wurden in spektakulären Operationen mehrere Dutzend Oppositionelle, GewerkschafterInnen und AktivistInnen verhaftet und ohne Verhandlung interniert (Jordan 2009).

Das herausstechendste Merkmal dieses Systems ist jedoch gerade nicht eine offene Zwangsherrschaft. Singapur ist wegen seiner wirtschaftlichen Voraussetzungen darauf angewiesen, im Inneren eine berechenbare Rechtssprechung zu pflegen und nach außen als verlässlicher Vertragspartner in internationalen Abkommen zu gelten. Eine willkürliche Justiz und unberechenbare politische Gewaltanwendung kann sich Singapur daher nicht leisten (bzw. glaubt es sich nach der Logik des Diktatordilemmas nicht leisten zu können). Ebenso achtet die Regierung in Singapur darauf, sich in regelmäßigen Wahlen zu legitimieren und sich mit allen anderen Attributen einer Demokratie, wie zum Beispiel einer differenzierten Presselandschaft, zu schmücken.

Was in Singapur herrscht, ist vielmehr ein fein austarierter Zwang (*calibrated coercion*, George 2007), der die Bevölkerung zur Selbstdisziplinierung erzieht und die Anwendung von offenen Zwangsmaßnahmen weitgehend unnötig macht. Dieses System wiederum zeichnet sich dadurch aus, dass es keinem Masterplan folgt, sondern vielmehr in einem evolutionären Prozess entstand, bei dem die Partei weniger einer zusammenhängenden Ideologie als vielmehr einem radikalen Pragmatismus folgte: „Pragmatism is governed by ad hoc contextual rationality that seeks to achieve specific gains at particular points in time and pays scant attention to systematicity and coherence as necessary rational criteria for action“ (Chua Beng Huat 1995: 58).

Dieser Pragmatismus prägt die Entscheidungen und Reaktionen der Regierung bei wichtigen Weichenstellungen, an denen die Machtposition der Partei neu verhandelt wird, wie etwa bei Wahlen und bei der Einführung neuer Kommunikationstechnologien wie dem Internet.

3. Die Architektur der Kontrolle: OB-Marker, Diskurs der Öffnung und Speakers' Corner

3.1 OB-Marker als Bausteine des Kontrollsystems

Am Beispiel der Beherrschung traditioneller Medien wie Zeitungen wird die Art und die Genese des Kontrollsystems deutlich: Singapur verfügt traditionell über eine reiche Zeitungslandschaft. Ebenso wie gegen die OppositionspolitikerInnen in den 1960er und Ende der 1980er Jahre schritt die Regierung 1971 gegen drei Zeitungen ein und übte mit voller Gewalt Zensur aus: Nach einem kritischen Artikel gegen die Regierungspolitik verschwanden die Herausgeber unter dem *Internal Security Act* hinter Gittern, und die Lizenz wurde den Zeitungen entzogen (George 2007: 133f). Nachdem sich jedoch internationale KorrespondentenInnen über die „willkürlichen Eingriffe der Regierung in den privaten Geschäftssektor“ (ebd.: 134) beschwert hatten, schwenkte die Regierung um und tarierte die Beherrschung der Zeitungen in anderer Weise aus: Mit dem *Newspaper and Printing Press Act* von 1974 führte die Regierung sogenannte Management-Aktien ein, deren HalterInnen ein 200-faches Stimmrecht im Aufsichtsrat haben. Diese Aktien wurden Banken und verdienten Mitgliedern des Establishments zugeteilt; so sicherte sich die Regierung eine indirekte Kontrolle über die grundlegende Ausrichtung der Zeitungen, ohne in die privatwirtschaftlichen Zusammenhänge zu sehr einzugreifen (George 2007: 135; Lee 2010: 131).

Im Hintergrund bleiben jedoch drakonische Strafanrohungen weiter bestehen und können bei Bedarf jederzeit von der Regierung aktiviert werden: Neben der allgegenwärtigen Bedrohung durch den *Internal Security Act*, dessen Nutzung seit dem 11. September 2001 einen Aufschwung erfahren hat und international weniger geächtet ist, setzte die Regierung zum Beispiel den *Official Secrets Act* – ein Gesetz gegen Spionage aus dem Jahre 1935 – ein, um JournalistInnen abzuschrecken, vertrauliche Informationen aus der politischen Welt zu verwerten (Lee 2010: 131).

Die Grenzen, bis zu denen ein Journalist bei der Berichterstattung gehen kann, werden von sogenannten OB-Markern gesteckt. Das Wort steht für *out-of-boundary marker* und ist aus dem Golfsport übernommen. Damit ist die Regel gemeint, dass ethnische, religiöse und politische Probleme nicht öffentlich thematisiert werden dürfen. Es handelt sich dabei jedoch um informelle Regeln, die nie in einem administrativen oder legis-

lativen Vorgang festgelegt wurden, sondern anhand von gelegentlichen öffentlichen Einlassungen ranghoher RegierungsvertreterInnen zu wichtigen Präzedenzfällen ableitbar sind. Durch solche „Warnschüsse“ macht die Regierung klar, dass sie eine Grenze verletzt sieht, bei deren wiederholter Übertretung mit dem Einsatz offener Zwangsmaßnahmen gerechnet werden muss. Die besondere Wirkung der OB-Marker hängt mit ihrer Ambiguität zusammen (Raymond Lim 2003, zit. nach Lee 2010: 97): Die Grenzen des Sagbaren sind nirgendwo genau definiert und bewirken so eine weitreichende vorausseilende Selbstzensur. Die Regierung bestreitet die Existenz solcher Marker nicht – vielmehr deutet sie sie in Orwell’scher Manier um: Die Marker dienen dazu, so der Regierungssprecher, „die Grenzen des Bereichs zu markieren, den der Premierminister gerade im Begriff ist, zu erweitern“ (Chan 1994, zit. nach Lee 2010: 97).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Kontrollregime auf mehreren Säulen beruht: Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen der Regierungspartei und den Zeitungsverlagen ist die materielle Grundlage für langfristige Interessenüberschneidungen. Darüber hinaus sichert die Regierung ihren Zugriff über eine institutionell abgesicherte überproportionale Stimmenmehrheit in den Aufsichtsräten. Auf der Ebene der JournalistInnen greifen Techniken, die mit Foucaults Konzept der Gouvernamentalität erfasst werden können: Eine Kombination aus unklar definierten Regeln und drakonischen Strafen, die faktisch selten exekutiert, jedoch real sind, stimuliert ein hohes Maß an Selbstzensur (für eine ausführliche Diskussion entlang der Konzepte Foucaults vgl. Lee 2010).

3.2 Diskurs der Öffnung und Speakers’ Corner

Die Erkenntnis, dass die Wirtschaft Singapurs nur dann konkurrenzfähig bleiben kann, wenn sie sich ganz nach außen öffnet, führte in den 1990er Jahren zu einem Diskurs der Öffnung. Neben der Fundierung der Wirtschaft auf Handel und arbeitsintensive Produktion beschloss die Regierung ein Programm, um wissensbasierte Ökonomie zu fördern. Die durch die indirekten Zensurmaßnahmen ausgelöste Apathie der Menschen in Singapur erschien hierbei zunehmend als Hindernis, und die Regierung entschloss sich, Kreativität durch größere Meinungsvielfalt zu stimulieren. Ein Wechsel an der Regierungsspitze wurde zum Anlass genommen, eine breit angelegte Debatte zur Rolle der Zivilgesellschaft anzustoßen; mit dem

1999 lancierten Programm *Singapore 21: Together, We make the difference*. proklamierte der damalige Premier Goh Chok Tong eine neue politische Kultur der Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Orientierung an Prinzipien von Good Governance (Lee 2010: 89ff).

Ein symbolischer Akt dieses Aufbruchs war im Jahr 2000 die Einrichtung einer Speakers' Corner im Hong Lim Park, der eine lange Geschichte als Ort von Demonstrationen hat. Dem Speakers' Corner im Londoner Hyde Park nachgebildet, wurde eine Ecke als Ort der freien Rede ausgewiesen, und über eine Novelle des *Public Entertainments Act* (dabei umbenannt in *Public Entertainments and Meetings Act*) wurde das Abhalten von Reden, die sonst unter dem *Public Entertainments Act* registriert werden müssen, an dieser Stelle erlaubt. So entstand – ganz konkret – ein geografisch abgegrenzter neuer Raum, der für die freie Rede ausgewiesen wurde.

Seine faktische Nutzung verdeutlicht jedoch die sozialen Mechanismen und Strategien der Regierung: Eine Auflage war, dass sich RednerInnen 30 Tage im Voraus bei der benachbarten Polizeistelle anmelden, wo sie unter anderem darüber belehrt wurden, dass alle Gesetze Singapurs ohne Abstriche gelten (2008 wurden die Bestimmungen gelockert und eine Onlineregistrierung ermöglicht). Dieser Hinweis machte klar, dass alle OB-Marker gelten und die üblichen Tabuthemen nicht angesprochen werden dürfen (Gomez 2002: 85). Der neue Raum wurde innerhalb dieses Rahmens von zahlreichen RednerInnen genutzt (Kurlantzick 2000; William 2009), und nur bei wenigen Anlässen kam es zu Zwischenfällen, bei denen die Staatsgewalt einschritt und sich genötigt sah, die Verhaltensregeln genauer zu definieren: So versuchte zum Beispiel im Jahr 2000 die NGO *Think Centre* bei einer Rede ein Megaphon zu benutzen, was jedoch von der Polizei untersagt wurde. Eine spätere Veranstaltung von NGOs am Internationalen Tag der Menschenrechte im Dezember 2000 unter dem Titel „Abolish ISA (Internal Security Act)“ wurde als Demonstration gewertet, und ein Teilnehmer bekam eine Verwarnung, da die Veranstaltung als solche hätte genehmigt werden müssen (Gomez 2002: 66, 86f). Als 2002 ein Oppositionspolitiker über das von der PAP erlassene Verbot von muslimischen Schleiern in Schulen sprach, wurde er offiziell verwarnt und polizeilich verhört, was klar machte, dass die OB-Marker auch für diesen Bereich gelten.

Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass an der Speakers' Corner keine massiven Kämpfe zwischen der Regierung und oppositionellen Kräften

ausgetragen werden mussten, es mussten keine Machtverhältnisse neu ausgefochten werden und kein neues Kontrollsystem erfunden werden. Die Regierung musste nur in wenigen Fällen ihre Muskeln spielen lassen, als sie von oppositionellen Gruppen herausgefordert wurde, deren Ziel es gerade war, die Grenzen auszutesten. Kleinere Präzedenzfälle genügten, um die Geltung der Regeln zu bekräftigen. Eine mögliche Erklärung für dieses reibungslose Funktionieren der Kontrolle ist die Annahme, dass die geltenden Regeln, das gesamte Verhalten der Menschen als Voreinstellung (*default*) in den neu ausgewiesenen Raum übertragen wurde. Mit der Gesamtheit der sozialen Beziehungen, in die die Menschen eingebunden sind, wurde auch der Staat – verstanden als soziales Verhältnis im Sinne Poulantzas' – in diesen neuen Raum hineingetragen.

Hier soll jedoch eine weiterreichende Interpretation vertreten und die Raummetapher als solche angezweifelt werden: Mit dem Abstecken des Grundstücks im Park war kein neuer Raum entstanden, den es auf neue Weise zu befüllen galt, sondern der Akt des Absteckens selbst, als Regierungsakt, konstituiert einen Raum mit einer bestimmten Struktur. In der gleichen Art, in der die Existenz von OB-Markern vom Regierungssprecher als Akt der Öffnung umgedeutet wird, bedeutet auch die Einrichtung einer Speakers' Corner zunächst nichts anderes als eine Bestätigung der Kontrollkompetenz der Regierung.

3.3 Internetkontrolle und der Diskurs der Öffnung

In Bezug auf das Internet lassen sich vergleichbare Prozesse erkennen. Bereits 1986 wurde ein erster *National IT Plan* zur Profilierung Singapurs als kreatives intelligentes Mediendrehkreuz und als Wissensökonomie verabschiedet (Lee 2010: 108). Umgesetzt wurde der Plan von der staatlichen Agentur Infocomm Development Authority (IDA) und der Media Development Authority (MDA). Dieser Plan wurde später ausgeweitet und 2000 unter dem Namen *A Vision of an Intelligent Island: IT2000Report* ein noch ehrgeizigeres Programm aufgelegt. Den bisherigen Höhepunkt staatlicher Förderung des Internets stellt das im Juni 2006 veröffentlichte Programm *Intelligent Nation 2015 (iN2015)* dar, das gegenwärtig von der IDA umgesetzt wird und die Integration aller bisherigen Anschlüsse in ein einziges allumfassendes, ultraschnelles Breitbandnetz leisten soll. So entsteht nach dem Plan der Regierung mit einer Übertragungsrate von

einem Gbit/s³, 90Prozent Breitbandanschluss in allen Wohnungen und 100 Prozent Computerzugang für Kinder das voraussichtlich leistungsstärkste Netz der Welt.

Die Regierung sah sich bei ihren Plänen vor der Herausforderung, das Netz zwar ökonomisch nutzbar zu machen, die politische Kontrolle jedoch nicht zu gefährden. Dazu führte man bereits sehr früh ein originelles System der Internetkontrolle ein: Anstatt jede/n einzelne/n HomepagebetreiberIn zur Registrierung zu zwingen, wurde mit dem *Class Licence Scheme* gesetzlich festgelegt, dass jede/r BetreiberIn automatisch als Internet-Content-Provider registriert ist und damit den Gesetzen des Rundfunks zur Selbstkontrolle unterliegt (Lee 2010: 113ff). Nur AnbieterInnen von politischen oder religiösen Inhalten müssen sich extra registrieren lassen.

Eine Liste mit 100 Webseiten wurde definiert, deren Zugang in Singapur gesperrt ist (Lee 2010: 116). Technisch wird diese Sperre umgesetzt, indem der gesamte Internetverkehr verpflichtend über Proxy-Server geleitet wird, die in Singapur angesiedelt sind und in denen die Sperrungen registriert sind. Bei den Internet-Providern wiederum handelt es sich um eine begrenzte Zahl von Firmen, die in der Hand der Regierung sind, oder bei denen die Regierung hinreichend große Mehrheiten hält.

Die Liste der 100 gesperrten Seiten ist keine erschöpfende Liste. Sie entfaltet ihre Wirkung auf symbolischer Ebene und über Mechanismen der Selbstzensur: Die Kanalisierung über Proxy-Server gewährleistet, dass die Regierung im Prinzip die gesamte Internetkommunikation abhören kann. Diese Zugriffsmöglichkeit, gekoppelt mit der Tatsache, dass die Liste ständig aktualisiert wird, hat den gleichen Effekt wie die OB-Marker: Sie macht deutlich, dass die Regierung die Frage, was im Internet abrufbar ist, für relevant hält und stimuliert eine weitreichende Selbstzensur der InternetnutzerInnen.

Ähnlich wie bei der Einrichtung der Speakers' Corner kam es zu kleineren Zwischenfällen: Der Akteur, der die Grenzen neu herausforderte und die Regierung zum pragmatischen Einschreiten bewog, war wiederum die NGO *Think Centre*, die aus Anlass der Parlamentswahlen von 2001 versuchte, über das Internet eine offene politische Debatte zu stimulieren.

Über die Webseite von *Think Centre* bildete sich eine Gruppe mit dem Namen *Politics 21* – in Anspielung auf das Regierungsprogramm zur politischen und zivilgesellschaftlichen Öffnung des singapurianischen Systems

Singapore 21 –, die direkt über politische Fragen debattieren wollte (Gomez 2002: 58f). Nach dem ersten Treffen wurden jedoch die OrganisatorInnen von der Polizei mit dem Vorwurf verhört, sie hätten eine öffentliche Veranstaltung organisiert, ohne sie gemäß des *Public Entertainment and Meetings Act* bei den Behörden genehmigen zu lassen. Bei den Verhören wurden ausgedruckte Listen mit den Namen derer vorgelegt, die sich über den URL des *Think Centre* angemeldet hatten (Gomez 2002: 60). Die Botschaft war eine zweifache: Zum einen wurde klar gemacht, dass die Regierung das Netz nicht als Privatraum, sondern als öffentlichen Raum sieht, in dem dessen Gesetze gelten. Zum anderen zeigte die Regierung, dass sie in der Lage ist, alle Informationen, die über das Netz verschickt werden, zu scannen.

Think Centre richtete daraufhin eine interaktive Funktion ein, die sie *Speakers' Corner Online* nannten, mit der sie die *Speakers' Corner* im Hong Lim Park ergänzen und die freie Rede im Internet fördern wollten. Die Regierung antwortete jedoch im Juli 2001 mit einer Novelle des *Parliamentary Elections Act* (PEA) (Lee 2010: 125): Neben der bereits existierenden Bestimmung, dass Webseiten mit politischem Inhalt bei der Singapore Broadcasting Authority registriert werden müssen, wurde spezifiziert, dass die BetreiberInnen einer Plattform verantwortlich für alle dort publizierten Inhalte sind. Nach zwei Aufforderungen vom Election Department zur Löschung von Inhalten stellte *Think Centre* daraufhin die *Speakers' Corner* online ein (Lee 2010: 127).

Die Regulierung des Netzes folgte also der gleichen Logik wie die Kontrolle der Printmedien: Wirtschaftlich sind die Provider mit der Regierung eng verflochten und eine unterspezifizierte Liste von gesperrten Seiten stimuliert als OB-Marker die Selbstzensur.

Damit stellt die Internetregulierung ein weiteres Beispiel für die pragmatische Vorgehensweise der Regierung dar, die sich nicht mit grundsätzlichen Fragen der Beherrschbarkeit des Internets aufhält und versucht, über einen Masterplan die Kontrolle im Netz zu behalten, sondern am konkreten „Problemfall“ bewährte Regulierungstechniken in kleinen Schritten weiterentwickelt. Sie verlässt sich dabei implizit auf die Wirkmächtigkeit der bereits existierenden Kontrollstrukturen, die die Selbstzensur stimulieren und die es unwahrscheinlich machen, dass es zu einem massenhaften Aufbegehren kommt. Anders als die von liberaler Demokratietheorie inspirierten Arbeiten zum Verhältnis von Internet und Demo-

kratie es erwarten lassen, lässt sich nicht beobachten, dass sich Zivilgesellschaft und Staat im neuen Raum *cyberspace* ein Gefecht liefern, bei dem der Staat als Waffe Zensurmaßnahmen und die Zivilgesellschaft neue, durch die Internettechnik bereitgestellte Formen zivilen Ungehorsams und freier Meinungsäußerung ins Feld führen.

Mit Bezug auf die Raummetapher lässt sich die effiziente Internetkontrolle im Sinne von Gomez (2002) und George (2005, 2007) so interpretieren, dass Gesetze und Regeln aus der Offlinewelt in den neu eröffneten Cyberspace übertragen wurden. Die sozialen Kräfteverhältnisse, und mit ihnen die staatlichen Strukturen mit all ihren Prozessen des Regierens und Regiert-Werdens, wirken fort.

Im Fall Singapurs liegt jedoch eine weitreichendere Interpretation nahe, die vom Regierungsdiskurs der Öffnung ausgeht und die die Metapher des Cyberspace als neuen, zu erobernden Raum in Zweifel zieht: Dadurch, dass das Internet im Zuge der ehrgeizigen Infrastrukturprogramme der Regierung eingerichtet und sukzessive ausgebaut wird, wird dieser Raum bereits in einer spezifisch vorstrukturierten Art erzeugt – nicht nur auf materieller Ebene, dadurch, dass die Regierung über die Server verfügt und die Mehrheiten in den Providerfirmen hält, sondern auch auf symbolischer Ebene, dadurch, dass sie sich als AkteurInnen der Öffnung profilieren.

3.4 Die Kontrolle der Blogosphäre

Die erfolgreiche Ausweitung des Einflussbereichs der Regierung durch Schaffung und Regulierung des Cyberspace wurde allerdings seit Mitte der 2000er Jahre herausgefordert: Das Web 2.0, Blogs und andere interaktive Formen des Informationsaustauschs bekamen eine immer größere Bedeutung und entfalteten im Zusammenhang mit der Parlamentswahl von 2006 eine eigene Dynamik, die die Grenzen der Selbstzensur zu sprengen drohte. Die Reaktion auf diese Herausforderung führte im Umgang mit dem Netz zu einer neuerlichen Umorientierung der Regierung, deren Erfolg in den Parlamentswahlen von Mai 2011 zumindest teilweise bestätigt wurde.

Blogging war im Prinzip abgedeckt von den Regelungen, die bereits im Zuge der Wahl 2001 spezifiziert worden waren. Ebenso wie auf einzelnen Webseiten ist Wahlwerbung und die Diskussion politischer Themen verboten bzw. unterliegt den Regelungen zur Registrierung politischer Webseiten und führt nach dem bekannten Muster zu einer weitreichenden

Selbstzensur. Die Regierung versuchte zunächst, den Regeln anhand von Präzedenzfällen zur Geltung zu verhelfen. 2005 wurde der Blogger AcidFlask wegen übler Nachrede angeklagt, nachdem er einen kritischen Artikel zur Wissenschaftsplanung der Regierung veröffentlicht hatte. Ein Filmmacher und Blogger, Marty Sen, dessen kontroverser Film *Singapore Rebel* schließlich verboten wurde, wurde verhört, und drei weitere Blogger wurden unter dem seit 1966 nicht mehr angewendeten Gesetz wegen Volksverhetzung angeklagt, nachdem sie rassistische Bemerkungen veröffentlicht hatten (Lee 2010: 134f). Auf diese Weise rahmten die Regierung und die Mainstream-Medien die Blogs als Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Der Informationsminister Lee Boon Yang bezeichnete die Blogosphäre als „chaotic and disorganized, with many half-truths and untruths masquerading as fact“ (Lee Boon Yang 2006). Lee Hsien Loong, der Premierminister, unterstrich 2007, dass Stimmen im Internet, besonders solche, die anonym auftreten, nicht das gleiche Gehör finden dürften, da sie in einer Umgebung operierten, in der auch TerroristInnen und Pädophile auftreten können (Lee Hsien Loong 2007: 11).

Während des Wahlkampfs zur Wahl 2006 wurden die Regelungen jedoch nicht strikt verfolgt, obwohl sich mehr und mehr BloggerInnen zu politischen Themen äußerten. Lee (2010: 134) interpretiert die Zurückhaltung der Regierung als Furcht, dass bei einer Verfolgung der BloggerInnen die zu erwartende schlechte Presse der Regierung mehr schaden als nützen könnte. BloggerInnen luden ihre eigenen Berichte von Wahlkampfveranstaltungen ins Netz, kommentierten Veranstaltungen und gaben damit sogar zum Teil den Mainstream-Medien die Themen vor, über die diese berichten mussten. James Gomez bezeichnete die Wahlen später als die ersten Internetwahlen Singapurs (Lee 2010: 136). Insgesamt verlor die PAP zwar 8,7 Prozent der Stimmen und rutschte von 75,3 Prozent auf 66,6 Prozent ab. Sie konnte jedoch wegen des Mehrheitswahlrechts mit 82 von 84 Sitzen ihre überwältigende Stimmenmehrheit im Parlament verteidigen. Dennoch setzte bei der PAP eine kritische Reflexion und ein Prozess der Neuorientierung ein. „The Government has to adopt to the digital age. [...] We will use the media – multimedia, podcasts, vodcasts – all these things which you get in the Internet or somebody sends to you by e-mail“ (Lee Hsien Loong 2006).

Fortan engagierte sich die PAP offensiv in der Blogosphäre: Die wichtigste Mainstream-Tageszeitung *Straits Times*, der durch die BloggerInnen

der Rang als Leitmedium streitig gemacht wurde, richtete ein Format des *citizen journalism* mit dem Titel STOMP „Straits Times Online Mobile Print“ ein und beauftragte eine Gruppe bunt zusammengewürfelter Celebrities, Nachrichten zu kommentieren (Lee 2010: 136).

Die ParlamentarierInnen der PAP begannen, offensiv in Blogs zu publizieren – allen voran George Yeo, der Außenminister, der in den späten 1990er Jahren Minister für Kommunikation und Kultur war und für die Architektur des Systems des ausbalancierten Zwangs verantwortlich ist. Diese Aktionen waren Teil einer groß angelegten Kampagne, die die PAP im Sinne einer Aufstandsbekämpfungsstrategie (*counter-insurgency*) aufgelegt hatte: Verschiedene Komitees, denen ParlamentarierInnen, InternetspezialistInnen und junge engagierte PAP-AnhängerInnen angehörten, bearbeiteten die Aufgabe, die Meinung im Netz in Richtung Establishment zu beeinflussen. Dazu wurden BloggerInnen engagiert, die auf kritische Äußerungen in Blogs reagieren sollten. Interessanterweise war ein bewusst gewähltes Mittel der Meinungspflege, dass diese Pro-Establishment-Blogger anonym auftraten. „The identity is not important. It is the message that is important“ zitiert Li (2006) die Meinung des Regierungskomitees.

Ein weiteres Ereignis war entscheidend für einen Umschwung im Umgang mit Blogs: 2007 kam es zu einer erneuten Auseinandersetzung zwischen dem Blogger AcidFlask und dem Leiter der Regierungsstelle für Forschungsförderung A*STAR. Diesmal veröffentlichte der Leiter der Stelle die Bemerkungen, wegen derer er AcidFlask verklagt hatte. Die öffentliche Meinung schwenkte um und richtete sich nun gegen den Blogger, dessen Einlassungen tatsächlich als diffamierend wahrgenommen wurden (Ng 2007).

Durch ihre Aktionen änderte sich die Wahrnehmung von Blogs in der öffentlichen Meinung grundlegend: Anstatt Blogs weiterhin als Hort der freien und ungehinderten Meinungsäußerung anzusehen, entstand eine kontroverse Debatte unter den BloggerInnen über die Frage, welchen Stellenwert die Anonymität im Netz hat, wenn auch die Regierungspartei dort unter Pseudonymen bloggt und systematisch in die Meinungsbildung eingreift. Im Nachklang zum Diffamierungsvorfall wurde in Blogs die Frage diskutiert, ob BloggerInnen sich selbst regulieren sollten, was die BloggerInnen-Gemeinschaft in BefürworterInnen und GegnerInnen einer solchen Selbstregulierung spaltete (Lee/Kan 2009).

Interessanterweise nahmen die Vorfälle Debatten vorweg, die in der westlichen Welt später ebenso geführt wurden: Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der US-amerikanischen Botschaftsdepeschen durch die Enthüllungsplattform *Wikileaks* spaltete sich die öffentliche Meinung, und in einigen Umfragen sprach sich sogar die Mehrheit um der staatlichen Sicherheit willen gegen eine Veröffentlichung geheimer Dokumente aus (Tageschau 2010). Nach den Anschlägen in Norwegen entstand eine Kontroverse über die Frage, ob im Internet Klarnamen vorgeschrieben werden sollten, um illegale Handlungen im Bedarfsfall verfolgen zu können (Lüke/Füller 2011).

Hier zeigt sich, dass die Zuschreibungen an bestimmte technische Eigenschaften des Netzes, wie sie von den VerfechterInnen einer liberalen Demokratietheorie vorgetragen werden, nicht zutreffend sind. Anonymität und die Möglichkeiten einer freien und unregulierten Veröffentlichung stehen in keinem intrinsischen Zusammenhang mit dem progressiven demokratischen Charakter des veröffentlichten Inhalts. Die singapurianische Regierung hat das erkannt und – in gewohnt pragmatischer Art – auf der Grundlage dieser Erkenntnis ihre Kontrolle umorganisiert. Sie hat damit einen genialen Schachzug getätigt: Indem sie die neuen Medien nicht mehr als Konkurrenz behandelte und nicht mehr versuchte, über offene Zensur oder die Herbeiführung von Selbstzensur Stimmen zum Schweigen zu bringen, sondern indem sie das Netz einfach in allen Aspekten nutzte, wie es auch regierungskritische NutzerInnen tun, hat sie es geschafft, die Blogosphäre als das erscheinen zu lassen, was sie ist: ein Teil der singapurianischen Gesellschaft, in der der Staat sich nicht neu erfinden und durchsetzen muss, sondern in der die PAP auf ihren Vorsprung an Ressourcen vertrauen kann, um die Herrschaftstechniken anzuwenden, denen sie auch offline vertraut.

Im Mai 2011 wurde in Singapur erneut gewählt und die PAP konnte mit 81 von 87 Stimmen ihre Mehrheit im Parlament verteidigen. Dass bei diesem Wahlkampf auf der Seite von *The Online Citizen* (TOC) kontrovers über politische Themen diskutiert werden konnte und etwa auch offen über Fragen von Selbstzensur und die subtilen Techniken der Angst gebloggt wurde, hat zu keiner erdrutschartigen Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse geführt. Die PAP hat Stimmenverluste und den Verlust eines Wahlkreises hinnehmen müssen – ihre Macht ist angegriffen, aber nicht gebrochen. Zentrale AktivistInnen wie James Gomez, die seinerzeit das Internet als Werkzeug für eine Demokratisierung stark machen wollten,

konzentrieren sich heute auf Fragen des Wahlrechts und der Menschenrechte, wenn sie nach Ansatzpunkten für eine politische Strategie für eine Demokratisierung in Singapur suchen (Gomez 2008, 2011).

4. Schluss

Arbeiten zur Frage, ob eine Durchdringung des Internets in einem Land zu mehr Demokratie führt, behandeln Singapur und andere autoritäre Staaten wie China, Vietnam, mit Einschränkung auch Malaysia und Thailand, als regionale Besonderheiten. Am Beispiel der Genese der Internetregulierung in Singapur habe ich diskutiert, inwieweit diese Sichtweise mit bestimmten Grundannahmen einer liberalen Demokratietheorie und einem verkürzten Konzept von Staat zusammenhängen.

Auf der Grundlage einer kritischen Staatstheorie in der Folge von Poulantzas, die den Staat als soziales Kräfteverhältnis sieht, und einer kritischen Raumtheorie werden die Entwicklungen in Singapur systematisch erklärbar. Indem sie nicht mehr als Ausnahme erscheinen, werden sie als Erfahrung für eine realistische Einschätzung der demokratisierenden Potenziale des Internets für NetzaktivistInnen nutzbar.

Literatur

- Barkawi, Tarak (2011): The Globalisation of Revolution. In: Al Jazeera, 21.3.2011. <http://english.aljazeera.net/indepth/opinion/2011/03/2011320131934568573.html>, 10.8.2011.
- Barlow, John Perry (1996): A Declaration of the Independence of Cyberspace. Davos, 8.2.1996. http://w2.eff.org/Censorship/Internet_censorship_bills/barlow_0296.declaration, 28.9.2011.
- Baumgartner, Christof (2011): Im Schneckentempo zur Datenautobahn. In: Computerwelt 11.03.2011, S. 6.
- Belina, Bernd/Michel, Boris (Hg., 2007): Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography – eine Zwischenbilanz. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Best, Michael/Wade, Keegan (2009): The Internet and Democracy: Global Catalyst or Democratic Dud? In: Bulletin of Science, Technology & Society 29 (4), 255-271.
- Brand, Ulrich (2010): Globalisierung als Krise des Fordismus und ihrer Überwindung. Poulantzas' Überlegungen zur Internationalisierung von Politik und

- Ökonomie. In: Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayalı, Serhat (Hg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als soziales Verhältnis. Baden-Baden: Nomos, 97-114.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2007): Verdichtung zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive. In: PROKLA 147, 37 (2), 217-234.
- Castells, Manuel (2001): The Internet galaxy: reflections on the Internet, business, and society. Oxford: Oxford University Press.
- Chua, Beng Huat (1995): Communitarian Ideology and Democracy in Singapore. London: Routledge.
- Clinton, Hillary (2011): Internet Rights and Wrongs: Choices & Challenges in a Networked World. Transcript of Secretary of State Clinton at George Washington University, 15.2.2011. Washington, DC: US Department of State. <http://www.state.gov/secretary/rm/2011/02/156619.htm>, 26.10.2011.
- Clinton, William (2000): America Has a Profound Stake in what Happens in China. Transcript of President Clinton speech on US-Chinese Trade Relations. Washington, DC: White House/Office of the Press Secretary, 8.3.2000. <http://www.usinfo.org/wf-archive/2000/000308/epf302.htm>, 15.11.2011
- Demirović, Alex (2007): Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Demirović, Alex (2010): Materialistische Staatstheorie und die Transnationalisierung des kapitalistischen Staates. In: Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayalı, Serhat (Hg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als soziales Verhältnis. Baden-Baden: Nomos, 53-80.
- Deutsche Welle (2011): Global Media Forum: Programme Brochure. Bonn: Deutsche Welle. <http://www.dw-world.de/>, 26.11.2011.
- Europäische Kommission (2010): A Digital Agenda for Europe. COM(2010) 245 final/2, 26.8.2010. Brüssel: Europäische Kommission.
- Faris, Robert/Etling, Bruce (2008): Madison and the Smart Mob: The Promise and Limitations of the Internet for Democracy. In: The fletcher forum of world affairs 32 (2), 65-85.
- George, Cherian (2005): The Internet's Political Impact and the Penetration/Participation Paradox in Malaysia and Singapore. In: Media, Culture and Society 27 (6), 903-920.
- George, Cherian (2007): Consolidating Authoritarian Rule. Calibrated Coercion in Singapore. In: The Pacific Review 20 (2), 127-145.
- Gomez, James (2002): Internet Politics. Surveillance and Intimidation in Singapore. Bangkok/Singapore: Think Centre.
- Gomez, James (2008): Online Opposition in Singapore: Communications Outreach Without Electoral Gain. In: Journal of Contemporary Asia 38 (4), 591-612.
- Gomez, James (2011): Electoral Democracy and Human Rights: Civil Society Engagement in Political Reform in Singapore.

- Vortrag im Rahmen der 1st International Conference on International Relations and Development (ICIRD) on „Governance, Human Rights and Development: Challenges for Southeast Asia and Beyond“, 19.–20.5.2011, Thammasat University, Bangkok, Thailand.
- Groshek, Jacob (2009): The Democratic Effects of the Internet, 1994–2003 – A Cross-National Inquiry of 152 Countries. In: The International Communication Gazette 71 (3), 115-136.
- Hassanpour, Navid (2011): Media Disruption Exacerbates Revolutionary Unrest: Evidence from Mubarak’s Natural Experiment. In: American Political Science Association (APSA) 2011 Annual Meeting Paper. <http://ssrn.com/abstract=1903351>, 10.9.2011.
- Jordan, Rolf (2009): Gegen Kommunisten und Terroristen. Repression und eingeschränkte Bürgerrechte in Malaysia und Singapur vor und nach dem 11. September 2001. In: Grabowski, Maike/Herold, Heiko/Jordan, Rolf (Hg.): Sicherheit kontra Menschenrechte. Antiterrorpolitik in Asien. Bad Honnef: Horlemann, 127-143.
- Kalathil, Shanthi/Boas, Taylor C. (Hg., 2003): Open Networks, Closed Regimes: The Impact of the Internet on Authoritarian Rule. China, Cuba and the Counterrevolution. Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace.
- Kurlantzick, Joshua (2000): Love My Nanny: Singapore’s Tongue-Tied Populace. In: World Policy Journal 17 (4), 69-74.
- Lee, Boon Yang (2006): New Media, Same Rules. E-mail interview with Minister for Information, Communications and the Arts Lee Boon Yang. In: The Straits Times, 15. April 2006. http://www.asiaone.com/st/st_20060415_385386.html, 10.8.2011.
- Lee, Hsien Loong (2007): Singapore’s Role in View of the New Powers to be in Asia. In: Werner vom Busch und Tobias Rettig, eds., 7th Asian-European Editors’ Forum, Singapore: Konrad Adenauer Foundation, 2007.
- Lee, Terence/Kan, Cornelius (2009): Blogospheric pressures in Singapore: Internet discourses and the 2006 general election. In: Continuum 23 (6), 871-886.
- Lee, Terence (2010): The Media, Cultural Control and Government in Singapore. London/New York: Routledge.
- Li Xueying (2006): PAP moves to counter criticism of party, Govt in cyberspace. In: The Straits Times 3.2.2006. http://www.spp.nus.edu.sg/ips/docs/media/yr2007/ST_PAP%20moves%20to%20counter%20criticism%20of%20party%20Govt%20in%20cyberspace_030207.pdf, 10.8.2011.
- Lüke, Falk/Füller, Christian (2011): Pro & Kontra Anonymität im Netz. In: Die taz, 11.8.2011.
- Morozov, Evgeny (2009): The Internet: A Room of Our Own? In: Dissent 2/2009, 80-85.
- Morozov, Evgeny/Myers, Joanne (2011): The Net Delusion. The Dark Side of Internet Freedom. Podiumsdiskussion, Carnegie Council, New York, 25.1.2011.

- <http://www.carnegiecouncil.org/resources/transcripts/0349.html>, 10.9.2011.
- Ng, Aaron (2007): Clarification from A*Star over AcidFlask incident. <http://aaron-ng.info/blog/clarification-from-astar-over-acidflask-incident.html>, 20.8.2011.
- Shultz, George (1985): Shaping American Foreign Policy: New Realities and New Ways of Thinking. In: *Foreign Affairs* 63 (4), 705-721.
- Tagesschau (2010): Deutschlandtrend: Umfragen zu den Veröffentlichungen bei WikiLeaks. Tagesschau, 2.12.2010. http://www.tagesschau.de/multimedia/video/ondemand100_id-video0818524.html, 2.11.2011.
- Taubman, Geoffrey (1998): A not-so world wide web: the Internet, China and the challenges to non-democratic rule. In: *Political Communication* 15, 255-272.
- Wijeyesingha, Vincent (2006): *Social Engineering in Singapore: Social Policy, State Making and the Quest for Economic Success*. London/New York: Routledge.
- William, Ramesh (2009): „Speak or (and?) be damned“. In: *I-S*, 8.9.2009. <http://www.webcitation.org/5sliKB5GY>, 10.9.2011.
- Wissen, Markus (2007): Politics of Scale. Multi-Level-Governance aus der Perspektive kritischer (Raum-)Theorien. In: Brunnengräber, Achim/Walk, Heike (Hg.): *Multi-Level-Governance. Klima-, Umwelt- und Sozialpolitik in einer interdependenten Welt*. Baden-Baden: Nomos, 229-249
- Yang, Guobin (2003): The Internet and civil society in China: A preliminary assessment. In: *Journal of Contemporary China* 12 (36), 453-475.
- Zaw Oo (2006): Exit, Voice and Loyalty in Burma: The Role of Overseas Burmese in Democratising Their Homeland. In: Wilson, Trevor (Hg.): *Myanmar's Long Road to National Reconciliation*. Singapore: Institute of Southeast Asian Studies, 231-259.
- Zhou, Yongming (2006): *Historicizing online politics: Telegraphy, the Internet, and Political Participation in China*. Stanford: Stanford University Press.

Abstracts

Der Artikel widmet sich der Frage, wie der Zusammenhang zwischen der Internetverbreitung und dem Demokratieniveau in einem Land konzeptualisiert werden kann. Während zahlreiche WissenschaftlerInnen und EZA-PraktikerInnen aufgrund seiner technischen Eigenschaften von einer demokratiestimulierenden Wirkung des Internets ausgehen, verweisen jüngere quantitative und qualitative Studien immer wieder auf Fälle wie Singapur, wo eine weitreichende Internetverbreitung mit einer Konsolidierung autoritärer Herrschaft einhergeht. Eine Analyse der Genese und Struktur der Internetkontrolle in Singapur zeigt, dass die zugrunde liegenden Prozesse

nur mithilfe einer kritischen Staatstheorie zu erfassen sind, die sich von einer Dichotomie zwischen Staat und Zivilgesellschaft verabschiedet und den Staat als gesellschaftliches Verhältnis konzeptualisiert.

The paper deals with the question of how to conceptualise the connection between the spread of the internet and democracy. Many scholars as well as practitioners of development cooperation have taken for granted the democratising effect of the internet because of its technical particularities. However, more recent quantitative and qualitative studies have pointed to exceptions like Singapore, where a high internet penetration coincides with a consolidation of authoritarianism. An analysis of the genesis and the structure of internet control in Singapore shows that the underlying processes can only be captured with the help of a critical state theory that overcomes a simple dichotomy of state versus civil society and instead conceptualises the state as a societal relation.

Wolfram Schaffar
Institut für Internationale Entwicklung
Universität Wien
Sensengasse 3, A-1090 Wien
wolfram.schaffar@gmx.de

- 1 So zum Beispiel das Global Media Forum der Deutschen Welle, in dessen Rahmen die Facebook-Seite „We are all Khaled Said“ von Wael Ghonim (www.facebook.com/ElShaheed) als Best Social Activism Campaign und Lina Ben Mhenni mit dem Blog-Award ausgezeichnet wurde (Deutsche Welle 2011).
- 2 Castells weist 2001 bereits auf diese charakteristische Verzerrung hin, wenn er die unterschiedliche Bedeutung des Begriffs „libertär“ in Europa und den USA herausstellt (Castells 2001: 33).
- 3 Das ambitionierte Programm Singapurs ist nur vergleichbar mit dem Japans und Südkoreas. In Deutschland ist lediglich geplant, 75 Prozent der Haushalte bis 2014 mit mindestens 50 MBit/s auszurüsten (ein Zwanzigstel der Übertragungsrates von Singapur). Der letzte IK-Plan der österreichischen Regierung stammt aus dem Jahr 2005. Seither überlässt die Regierung den Ausbau der Infrastruktur dem Marktgeschehen (Europäische Kommission 2010; Baumgartner 2011).

EVA EICHENAUER

Alternative Realitäten im Internet: Eine vergleichende Analyse malaysischer Print- und Onlinemedien

Malaysia wird zwar oft für seine kulturelle und religiöse Toleranz gelobt, das Land ist jedoch nicht gefeit vor interreligiösen Konflikten, die nicht selten an machtpolitische Interessen geknüpft sind. Nach zweijähriger Debatte wurde der katholischen Wochenzeitschrift *Herald – The Catholic Weekly* am 31. Dezember 2009 vom Obersten Gerichtshof die Erlaubnis erteilt, in ihrer malaysischsprachigen Ausgabe das Wort *Allah* zu benutzen, um den christlichen Gott zu adressieren. Weder in arabischsprachigen noch in muslimischen Ländern gibt es darüber größere Diskussionen. Auch im benachbarten Indonesien, dem Land mit der weltweit größten muslimischen Bevölkerung, benutzen ChristInnen das Wort *Allah* unbehelligt.¹ In Malaysia hingegen löste diese Entscheidung im Januar 2010 massive Proteste aus. Dies würde Verwirrung unter den MuslimInnen stiften, der Islam im Allgemeinen und die malaysischen MuslimInnen im Besonderen würden beleidigt und schließlich die nationale Sicherheit in Gefahr gebracht. In den darauffolgenden Wochen kam es zu einer heftigen Debatte, in der immer wieder die Gefahr betont wurde, die von einer Freigabe des Wortes *Allah* ausginge. Zahlreiche Demonstrationen rechtsgerichteter muslimischer und malaiischer² Gruppierungen folgten. Einen ersten traurigen Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung schließlich, als am 9. Januar 2010 Brandanschläge auf mehrere Kirchen verübt wurden.

Malaysias multiethnische und multireligiöse Bevölkerung setzt sich aus etwa 60 Prozent malaiisch und indigen sowie 30 Prozent chinesisch und 10 Prozent indisch abstammenden MalaysierInnen zusammen. Per Definition sind alle malaiischstämmigen MalaysierInnen Muslime, nicht malaiischstämmigen MalaysierInnen hingegen steht es frei, ihre Religion zu wählen. Während also die religiöse Zugehörigkeit nicht malaiischstäm-

miger MalaysierInnen oft uneindeutig ist, werden die Begriffe „malaiisch“ und „muslimisch“ häufig synonym verwendet, was religiösen Debatten automatisch eine ethnische Komponente zuweist und vice versa.

Muslimen sind nicht nur zahlenmäßig die größte Religionsgemeinschaft, der Islam ist auch offizielle Religion des Landes und verfassungsrechtlich geschützt. Andere Religionen dürfen jedoch frei praktiziert werden. Diese kulturelle, religiöse und ethnische Mischung Malaysias wird je nach Bedarf als Bereicherung (vor allem in Kampagnen zur Förderung des Tourismus) oder Gefahr dargestellt. Letztere gilt es, glaubt man der offiziellen Darstellung, durch geschicktes politisches Handeln einzudämmen, um die nationale Einheit zu bewahren. Seit den Unruhen vom 13. Mai 1969, bei denen MalaysierInnen chinesischer und malaiischer Herkunft gewaltsam aufeinander losgingen, ist die Angst vor ethnisch motivierten Gewalttaten tief in der nationalen Psyche verankert. Dabei werden vor allem religiöse und ethnische Harmonie und nationale Sicherheit immer wieder in Bezug zu den genannten Ausschreitungen gebracht, die von offizieller Seite konsequent als ethnisch motivierte Gewalttaten konstruiert werden. Debatten um Religions-, Rede- und Pressefreiheit finden in den offiziellen Medien kaum ohne einen Verweis auf die Gefährdung der nationalen Einheit statt.

Die malaysische Regierung ist in der komfortablen Position, massiven Einfluss auf die Printmedien ausüben zu können. Seit der Unabhängigkeit 1957 regiert sie als Koalition (Barisan Nasional, BN), deren drei größte Parteien UMNO (United Malays National Organisation), MCA (Malaysian Chinese Association) und MIC (Malaysian Indian Council) ethnisch basiert sind. UMNO nimmt dabei als Vertreterin der größten ethnischen Gruppierung, der MalaiInnen, die unangefochtene Spitzenposition ein und dominiert seit jeher das politische Geschehen des Landes. Durch Eigentumsverhältnisse und restriktive Pressegesetze sichert sich die Regierung eine ihren politischen Ambitionen entgegenkommende oder ihnen zumindest nicht im Weg stehende mediale Berichterstattung. Seit der Verbreitung des Internets Ende der 1990er Jahre entwickelt sich allerdings eine neue Form des Journalismus. Mit der zumeist englischsprachigen Online-Tageszeitung *Malaysia-Kini*, die durch die ausschließliche Verbreitung im Internet zu einem nicht unerheblichen Teil der rechtlichen Kontrolle entzogen ist, entstand 1999 eine ernstzunehmende Konkurrenz für die Printmedien.

Anhand der Berichterstattung in der ersten Woche nach der oben erwähnten Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, in der die Regierung eine Aufschiebung der Urteilstvollstreckung erwirkte, möchte ich zeigen, welche Unterschiede sich in der Bearbeitung der Themen „nationale Sicherheit“ und „nationale Einheit“ durch die führende malaysischsprachige gedruckte Tageszeitung *Utusan Malaysia* und die Onlinezeitung *MalaysiaKini* ergeben. Als Analyseverfahren wurde ein systemtheoretischer Ansatz nach Niklas Luhmann gewählt, der einen Blick auf die strukturellen Faktoren wirft, die der journalistischen Arbeit zugrunde liegen. Damit kann auch gezeigt werden, welchen Beitrag Massenmedien zur Demokratisierung einer Gesellschaft leisten können.

1. Systemtheoretische Erläuterungen zur massenmedialen Konstruktion von Realität

Ein systemtheoretischer Zugang erweist sich als interessantes Instrument, Medien und Demokratisierungsprozesse zu analysieren, spricht er doch massenmedialen Verbreitungsmedien und einer durch sie konstituierten öffentlichen Meinung einen zentralen Stellenwert zu. „Ohne öffentliche Meinung wäre [...] keine Oppositionskultur und damit keine Demokratie möglich“ (Luhmann 2000: 302), denn erst sie fördert die Bildung von individuellen Meinungen und die Freisetzung von Handlungsoptionen. Konstituierend für demokratische Systeme ist für Luhmann nämlich „[d]ie Freiheit, [...] sowohl Konsens als auch Dissens zu ermöglichen“ (ebd.: 300), und zwar für alle Gesellschaftsmitglieder öffentlich zugänglich. In einer Demokratie muss also die Möglichkeit gegeben sein, das politische System zu beobachten und diese Beobachtungen anderen Beobachtern³ öffentlich zu kommunizieren. Damit werden Massenmedien zu einer Instanz erhoben, die – ob intentional oder nicht (ebd.: 303) – elementar für die Ausdifferenzierung eines demokratischen Systems ist.

Massenmedien beobachten nach Luhmann die Gesellschaft und ihre Teilsysteme entlang der Differenz von Information und Nichtinformation und kommunizieren diese als Information kodierte beobachteten Operationen mittels Zeitungen, TV-Shows etc. Als Beobachter zweiter Ordnung beobachten Massenmedien also die Gesellschaft und konstruieren

ieren ein kollektives gesellschaftliches Gedächtnis, auf dessen Grundlage andere soziale Systeme kommunizieren – sie erzeugen eine gesellschaftlich geteilte und massenmedial vermittelte Realität (Luhmann 2004: 175). Damit weist Luhmann dem Selektionsprozess durch die Massenmedien – also welche Informationen es in welcher Form in eine Zeitung schaffen, sei sie virtuell oder physisch – eine elementare Bedeutung für die Konstruktion von Realität zu. Luhmann geht dabei von zehn Selektoren (ebd.: 58-72) aus, anhand derer Informationen als Nachrichten oder Berichte ausgewählt werden, merkt aber an, dass die Organisationen innerhalb des Mediensystems, also die jeweiligen Redaktionen, in ihrer Entscheidungsfreiheit häufig stark eingeschränkt sind. Bedingt ist das durch die Koppelung von Medienorganisationen an andere Funktionssysteme, wie Recht und Wirtschaft, die erhebliche Einwirkungen auf die Auswahl der Informationen und damit auf den Inhalt der Zeitungen haben können, wie ich weiter unten noch näher ausführen werde.

Um die operative Geschlossenheit des Systems der Massenmedien zu wahren, führt Luhmann den Begriff der Tendenzpresse ein, um diese – als Subsystem der Politik – von der Operationsweise der Massenmedien abzugrenzen: Erfolgt die Auswahl von Informationen, die öffentlich kommuniziert werden, nicht um der Information willen, sondern um politische Effekte zu erzielen – kollektiv bindende Entscheidungen vorzubereiten, wie Luhmann die Funktion des politischen Systems definiert –, handelt es sich um politische Presse bzw. Tendenzpresse. Diese Art der Berichterstattung bedient sich zwar massenmedialer Verbreitungstechniken, ist aber qua ihrer operativen Logik im politischen System verankert (Luhmann 2000: 311). Entscheidend für die Abgrenzung von Presse (ob gedruckt, online oder in anderer medialer Form), die im System der Massenmedien operiert, und einer im politischen System operierenden Presse ist das Kriterium der Informationsweitergabe. Ist sie Selbstzweck, so ist sie Teil der Massenmedien, dient sie der Vorbereitung kollektiv bindender Entscheidungen, ist sie im politischen System verortet.

Hier allerdings werden die Schwächen von Luhmanns Zugang deutlich: Eine empirische Abgrenzung von massenmedial vermittelter politischer Kommunikation (z.B. Parteizeitungen) und Kommunikation über Politik, die nicht Teil der Kommunikation des politischen Systems ist, lässt sich kaum aufrechterhalten und ist auch nur begrenzt sinnvoll. Auch Partei-

und Bewegungszeitungen, die direkt dem politischen System zugeordnet werden, konstruieren massenmedial vermittelte Realität und stellen Beobachtungsschemata bereit, die von den LeserInnen abgelehnt oder angenommen werden können. Auch sie konstruieren gesellschaftlich geteilte Realität. Wichtig für die Analyse von Demokratisierungsprozessen scheint hier vor allem Luhmanns Aussage, dass unterschiedliche Beobachtungen des politischen Systems möglich sein müssen: „Eine Tendenzpresse kann es geben – wenn es nicht nur sie gibt, sondern man sich auch unabhängig informieren kann“ (Luhmann 2004: 51). Luhmann weist selbst darauf hin, dass „Tendenzpresse“ und „normale“ Massenmedien sich nicht in ihrer Kommunikation unterscheiden bzw. sich nicht unterscheiden dürfen, wenn politische Presse sich im System der Massenmedien behaupten muss (Luhmann 2004: 51). Das impliziert auch, dass allzu tendenziöse Berichterstattung, die sich als politisch unabhängig darstellt, zum Verlust von Glaubwürdigkeit führt und zur Folge hat, dass sich LeserInnen an alternativen Informationsquellen orientieren, die dem Auftrag nach Informationsweitergabe um ihrer selbst willen statt zum Erzielen politischer Effekte besser nachkommen.

Demokratie bedeutet bei Luhmann eine „*Recodierung der politischen Macht* [...]“. Für die Spitze des Systems wird ein neuer Code bereitgestellt: der von Regierung und Opposition“ (Luhmann 2000: 97, Hervorh. i.O.). Das heißt, die Unterscheidung Machtüberlegenheit/Machtunterlegenheit, nach der jedes ausdifferenzierte politische System operiert, wird in einer Demokratie durch die Unterscheidung Regierung/Opposition spezifiziert. Nach diesem sehr formalen Kriterium ließen sich neben Malaysia auch zahlreiche weitere „autoritäre“ oder „formale“ Demokratien, wie z.B. Singapur, problemlos in Luhmanns Demokratieverständnis einpassen. Er geht jedoch weiter und spricht von einer realen Chance, die für die Opposition gegeben sein muss, selbst in die Regierung zu wechseln (ebd.: 101). Eben hier setzt die gewichtige Rolle von Massenmedien ein, denn eine reelle Chance von der Opposition in die Regierung zu wechseln besteht nur, wenn es eine öffentliche Meinung gibt, die, wie oben angemerkt, erst Oppositionskultur ermöglicht. Erst die Möglichkeit zum öffentlich geäußerten Dissens verleiht einer Opposition die Möglichkeit, Eingang in eine gesellschaftlich geteilte Realität zu bekommen und diese mitzugestalten.

Doch auch hier stößt man an die Grenzen der empirischen Verwertbarkeit systemtheoretischer Zugänge. Wimmer (2002: 242) weist auf empiri-

sche Schwachstellen in Luhmanns Herleitung des Staatsbegriffs und seiner Evolution des politischen Systems hin, die schon im europäischen Kontext deutlich werden. Seine Annahmen einer Evolution des politischen Systems bis hin zu einer Demokratie bedürfen also empirischer Prüfung, besonders in postkolonialen Staaten. Die politische Bedeutung von öffentlich geäußertem Dissens und Öffentlichkeit, sei sie anwesenheitsbasiert oder medial vermittelt, kann aber auch im südostasiatischen Raum kaum bezweifelt werden, blickt man auf die Entstehung und die Verbreitung von Massenmedien und ihre politische Bedeutung im kolonialen British Malaya zurück (Milner 1995). Für unser Anliegen, die strukturellen Zusammenhänge von Massenmedien und Demokratisierung zu untersuchen, ist diese Herangehensweise eben aufgrund dieses Fokus dennoch vielversprechend. Im Folgenden soll also die Möglichkeit zum öffentlich geäußerten Dissens als Konstitutionsbedingung für Demokratisierungsprozesse im malaysischen Kontext analysiert werden.

2. Malaysias Massenmedien systemtheoretisch gefasst

Malysias Medienlandschaft gilt weithin als stark kontrolliert. Im aktuellen Press Freedom Index von „Reporter ohne Grenzen“ steht Malaysia auf Platz 141 von 178 (Reporters without Borders 2010). Zwar findet keine direkte Zensur statt und das Recht auf freie Meinungsäußerung ist verfassungsrechtlich verankert (Art.10.1), jedoch erlaubt die Verfassung Einschränkungen der Redefreiheit durch das Parlament im Falle einer Gefährdung der nationalen Sicherheit, der freundschaftlichen Beziehung zu anderen Staaten, der öffentlichen Ordnung oder der Moral (Art. 10.2). Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Gesetzen, die – unter den gleichen Prämissen – die Rede- und Pressefreiheit massiv beschneiden und deren Verstoß mit hohen Geld- und/oder Gefängnisstrafen geahndet werden kann.

So erlaubt der Internal Security Act (ISA) Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren für bis zu zwei Jahre, der Sediton Act stellt Verleumdung und die Anstiftung zu ethnischen und religiösen Unruhen unter Strafe. Der Official Secrets Act (OSA) verbietet es, Regierungsdokumente, die nicht explizit zur Veröffentlichung freigegeben wurden, zu verbreiten. Die Veröffentlichenden müssen stets nachweisen können, dass die Informationen auf

legalem Weg bezogen wurden und nicht „geheim“ sind bzw. waren. Da jedeR malaysische BeamtIn dazu befugt ist, Dokumente als „geheim“ zu klassifizieren, kann praktisch jeder Versuch, investigativen Journalismus zu betreiben, kriminalisiert werden (Rodan 2005: 24). Die enge personelle Verknüpfung von Parteien der Regierungskoalition und Medienunternehmen macht aber eine Anwendung der Gesetze auf die Printmedien kaum notwendig. So sind praktisch alle Tageszeitungen direkt oder indirekt in der Hand der Regierungskoalition (Mustafa 2002: 145-148). Nicht regierungsloyale RedakteurInnen werden abgesetzt und ausgetauscht. Erst Anfang 2011 wurde der ehemalige Chefredakteur von *Utusan Malaysia*, Hata Wahari, aufgrund seiner kritischen Äußerungen bezüglich der engen Verbindung der Zeitung mit der Regierungspartei UMNO suspendiert und wegen Diffamierung angeklagt (MalaysiaKini 2011c).

Ausgangspunkt für die im Laufe der Jahre immer weitere Einschränkung der Rede- und Pressefreiheit waren die Ausschreitungen nach den Wahlen 1969. Nachdem bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen malaiisch- und chinesischstämmigen MalaysierInnen mehr als tausend Menschen umkamen, wurde zunächst eine mehrtägige Nachrichtensperre verhängt, die später unter der Bedingung aufgehoben wurde, dass der Regierung das Recht vorbehalten blieb, Beiträge, die die nationale Sicherheit gefährden könnten, zu zensieren (Zaharom 2002: 123f). In der Folge wurde 1971 die Redefreiheit in Bezug auf sogenannte *sensitive issues* stark beschnitten. Für die die Regierungskoalition dominierende Partei UMNO fiel darunter die Sicherung der Sonderstellung der MalaiInnen und Sultane, der Nationalsprache Bahasa Malaysia und des Islam sowie alles, was ethnische Spannungen hervorrufen könnte. Diese Themen sollten mit Hilfe von Verfassung und Gesetzgebung aus der öffentlichen Diskussion verbannt werden (ebd.: 124f). Mohd Azizuddin (2004: 347) folgert hieraus: „The media role as a ‚watchdog‘ of the government’s activities has been non-existent in post 13 May 1969“, denn die für die Regierungspartei wichtigsten politischen Prämissen wurden mit Hilfe von Verfassung und Gesetzgebung aus der öffentlichen Diskussion verbannt.

Außerdem unterliegen Printmedien seit 1984 dem Printing Presses and Publications Act (PPPA). Das Gesetz verpflichtet die InhaberInnen von Druckerpressen und Zeitungen dazu, jährlich eine Publikationslizenz vom Innenministerium einzuholen, die allerdings jederzeit ohne gerichtliche

Prüfung wieder entzogen werden kann. Damit sind die Organisationen, die im System der Massenmedien operieren oder sich auch „nur“ massenmedialer Verbreitungstechniken bedienen, massiven Irritationen seitens des Rechtssystems ausgesetzt. Um ihr Fortbestehen zu sichern, sind die Zeitungen darauf angewiesen, die Kommunikation ihrer Beobachtungen, also ihre Berichte und Nachrichten, in Abstimmung mit den rechtlichen Vorgaben zu publizieren. Die Möglichkeiten, Dissens mit der Regierung öffentlich zu kommunizieren und damit einen Beitrag zur öffentlichen Meinung zu leisten, der eine Alternative zu einer politisch motivierten Berichterstattung liefert, sind dadurch für malaysische Printmedien stark eingeschränkt.

Onlinepublikationen wie *MalaysiaKini* fallen jedoch aus der Lizenzpflicht heraus, da sich das PPPA ausschließlich auf Printmedien bezieht, die in der Präambel folgendermaßen definiert werden: „[...] any publication [...] *printed* in any language, for sale or free distribution at regular or irregular intervals, but does not include any publication published by or for the Federal or any State Government or the Government of Singapore“ (PPPA 1984, Teil I, Absatz 2, Hervorh. E.E.). Das wirkt sich massiv auf die Einflussmöglichkeiten der Politik auf Onlinemedien aus, denn im Vergleich zu dem restriktiven PPPA unterliegt das Internet relativ wenigen rechtlichen Einschränkungen.

Geschuldet ist das nicht zuletzt dem 1996 errichteten Multimedia Super Corridor (MSC), einer Art informationellen Freihandelszone, die die Region um Kuala Lumpur zu einem Silicon Valley Südostasiens machen soll. Um internationale InvestorInnen anzuziehen wird von staatlicher Seite in einer zehn Punkte umfassenden Bill of Guarantees unter anderem eine Nichtzensur des Internets garantiert. Seit das Internet jedoch auch in Regierungskreisen als politisches Kommunikationsmedium erkannt und von Regierungspolitikern und UnterstützerInnen der Regierungskoalition sich angeeignet wurde (siehe Holst in dieser Ausgabe), fallen immer mehr regierungskritische BloggerInnen Gesetzen wie dem oben erwähnten OSA oder dem Sedition Act zum Opfer (Tan/Zawawi 2008). Ein Lizenzierungsverfahren für Onlinepublikationen gibt es aber trotz der seit Jahren wiederkehrenden Androhungen, den PPPA auch auf das Internet auszuweiten (Rodan 2005: 156; MalaysiaKini 2011a), nicht. Das Internet liefert damit (noch) eine Plattform für massenmediale Kommunikation und Wirklichkeitskonstruktion, die weit größere operationale Freiräume bereitstellt als Printmedien.

Dass Onlineberichterstattung auch als glaubwürdige Informationsquelle angenommen wird, zeigen die Entwicklungen seit der Verhaftung des damaligen Vizepremierministers Anwar Ibrahim 1998 und die darauf folgende politische Reformbewegung *reformasi*. Ende 1998 sanken die Absatzzahlen von *Utusan Malaysia* rapide, denn trotz ihrer Selbstdarstellung als unabhängiges Medium gilt die Tageszeitung doch weithin als Sprachrohr der Regierungspartei UMNO (Chin 2003: 131; Rodan 2005: 154). Im Zuge der stark tendenziösen Berichterstattung, die sich unverhohlen gegen den plötzlich abgesetzten, aber in der malaysischen Bevölkerung weiterhin sehr beliebten Politiker richtete, wendete sich die malaysische LeserInnenschaft vermehrt alternativen Nachrichtenquellen zu. Vor allem das Internet, aber auch Printmedien der Opposition, die wiederum ebenfalls auf Onlineaktivitäten auswichen, wenn ihnen die Lizenz entzogen wurde (Rodan 2005: 156), gewannen stark an Zuspruch. Sie übernahmen auf diese Weise die Aufgabe, das politische System zu beobachten und kommunizierten diese Beobachtungen einer virtuellen Öffentlichkeit.

So entstehen vor allem im virtuellen Raum seit Ende der 1990er Jahre alternative Realitätskonstruktionen und Beobachtungsschemata, die offensichtlich angenommen werden und Eingang in einen öffentlich geteilten Wissenskörper finden. Spätestens mit *MalaysiaKini* etablierte sich dann eine feste Größe des Onlinejournalismus, dessen Berichterstattung zunehmend auch die Themenauswahl der Printmedien mitbestimmt (Chin 2003: 133). Mit dem Internet wurde also ein Verbreitungsmedium gefunden und von den RezipientInnen angenommen, in dem andere Meinungen, andere Themen und Beiträge als in den stark kontrollierten Printmedien öffentlich kommuniziert werden können. Nach Luhmann wäre hier also ein Ort, in dem alternative Beobachtungsschemata angeboten werden können, in dem die Möglichkeit zum öffentlichen Dissens besteht und Demokratie sich entfalten kann.

3. *MalaysiaKini* und *Utusan Malaysia* in Aktion: Die Konstruktion unterschiedlicher Realitäten anhand der Allah-Debatte

Es fällt auf, dass die Gesetze zur Einschränkung der Redefreiheit und auch das Pressegesetz regelmäßig nach gravierenden innenpolitischen Ereignissen geändert und verschärft werden und so die Möglich-

keiten öffentlichen Ausdrucks Stück für Stück und auf bestimmte Themen konzentriert beschnitten werden. Dabei, so scheint es, dient die Wahrung nationaler Sicherheit als passendes Motiv, diese Entscheidungen zu legitimieren. Im Folgenden möchte ich anhand der Bearbeitung nationaler Einheit (als Sicherheitsfaktor) zeigen, wie *MalaysiaKini* alternative Beobachtungsschemata entwickelt, die die von *Utusan Malaysia* konstruierte Realitätskonstruktion infrage stellen.

Utusan Malaysia gilt als führende malaysischsprachige Tageszeitung, die seit der Übernahme durch UMNO 1961 fest in der Hand der Regierungspartei ist (Mustafa 2002: 145f), offiziell aber als unabhängige Tageszeitung agiert. Trotz stetig sinkender Absatzzahlen (MalaysiaKini 2011b) und einer handfesten Legitimationskrise durch die stark tendenziöse Berichterstattung im Zuge der Absetzung und Verhaftung des damaligen Vizepremierministers Anwar Ibrahim 1998 gilt *Utusan Malaysia* nach wie vor als „agenda-setter“ (Kessler 2011) der malaysischsprachigen Printmedien und der malaysischen Medienlandschaft allgemein. *MalaysiaKini* hingegen begann seine Arbeit als Onlinezeitung mit dem Anspruch, hochwertige alternative Berichterstattung jenseits staatlicher Kontrolle zu liefern. Sie ging im November 1999 online, zu einer Zeit, in der der Hunger nach alternativen Nachrichtenquellen im Internet besonders groß war (Mustafa 2002: 163). Die Redaktion und einzelne JournalistInnen sind regelmäßig von staatlichen Repressionen bedroht (George 2006: 169).

Im Fokus der *Utusan*-Berichterstattung zum Streit um die Adressierung des abrahamitischen Gottes als *Allah* durch Nichtmuslime, insbesondere ChristInnen, stehen vier Grundthemenbereiche, die schon in einem der ersten veröffentlichten Artikel dargelegt werden. Erstens sei Malaysia ein Rechtsstaat, zweitens könne religiöse Vielfalt eine Gefahr für die Nation darstellen, drittens seien die MuslimInnen und vor allem ethnische MalaiInnen Opfer der Gerichtsentscheidung und schließlich setze sich die Regierung stets für nationale Einheit und Sicherheit ein (Utusan Malaysia 2010a). Dabei fällt auf, dass Angst ein hervorstechendes Motiv ist, auf das in den folgenden Tagen immer wieder zurückgegriffen wird. UMNO-VertreterInnen plädieren für die unbedingte Einhaltung der Gesetze und betonen, dass der Rechtsweg der einzig gangbare sei, um politische Stabilität weiterhin garantieren zu können. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes hingegen gefährde die Sicherheit, deswegen gehe

die Regierung – „um religiöse und ethnische Unruhen hier im Land abzuwenden“ (Utusan Malaysia 2010b, Übers. E.E.) – gegen das Urteil in Revision. Dabei gehen offene Schuldzuweisungen an die HerausgeberInnen von *Herald – The Catholic Weekly* und die christliche Gemeinschaft im Allgemeinen. Man solle es nicht dazu kommen lassen, den Gesellschaftsvertrag⁴ in Zweifel zu ziehen, nämlich dass der Islam Staatsreligion sei und dass das Wort *Allah* zu ehren sei (Utusan Malaysia 2010f). Stimmen von ChristInnen finden sich in diesem Zusammenhang nicht.

Bereits zu Anfang der Debatte wird ein Diskussionsstopp in der Öffentlichkeit gefordert. Schließlich widersetze sich die christliche Gemeinde dem Gebot der Unantastbarkeit des Islam und gefährde damit die nationale Sicherheit. Der Minister für Information, Kommunikation und Kultur rät davon ab, Meinungen öffentlich zu äußern, um die Debatte nicht weiter aufzuheizen (Utusan Malaysia 2010c). *Utusan* scheut sich jedoch nicht, nahezu täglich Stimmen von radikalen Gruppierungen zu drucken, die direkte Drohungen an die christliche Gemeinschaft enthalten, sollten sie „mit dem Feuer spielen“ und von ihrem Recht bzw. nach ihrer Lesart Unrecht, Gebrauch machen, das Wort *Allah* in ihren Gottesdiensten zu verwenden (Utusan Malaysia 2010e). Muslimische Gegenpositionen werden ausschließlich von VertreterInnen der Oppositionsparteien dargestellt. Sie werden als SpalterInnen der islamischen Gemeinschaft bezeichnet, die aus politischen Beweggründen einen eigenen Standpunkt einnehmen: „Während die muslimische Gemeinschaft dieses Landes jenseits politischer Differenzen vereint ist gegen die Verwendung des Wortes „Allah“ durch andere Religionen, nimmt die Parti Keadilan Rakyat (PKR) [eine der führenden Oppositionsparteien] einen abweichenden Standpunkt ein, nämlich einen, der die Entscheidung des obersten Gerichtshofes in Kuala Lumpur unterstützt“ (Utusan Malaysia 2010h, Übers. E.E.). MuslimInnen, die die Entscheidung des obersten Gerichtshofes unterstützten, verstießen nicht nur gegen das religiöse Gebot, seine/ihre Religion zu verteidigen, sondern im Falle der Oppositionsparteien täten sie dies außerdem aus niederen Beweggründen, nämlich aus machtpolitischen Überlegungen. So wird UMNO als Bewahrerin der Einheit der muslimischen Gemeinschaft und Verteidigerin des Islam stilisiert während gegenläufige Meinungen sich aus politischer Motivation speisten, die die Einheit der muslimischen Gemeinschaft und das interreligiöse Zusammenleben gefährdeten.

Konsequent werden UMNO- und NGO-Stimmen zitiert und Hintergrundberichte verfasst, die ein scheinbar kohärentes Bild des Sachverhalts ergeben. Gegenpositionen werden entweder ausgespart oder abwertend kommentiert. Die *Allah*-Debatte wird zunächst ausschließlich unter dem religiösen Gesichtspunkt, der keinen Widerspruch zulässt ohne die islamische Gemeinschaft zu spalten, und dem Sicherheitsaspekt, der Malaysia als Nation in den Blick nimmt, verhandelt. Die Rechtfertigungslogik gleicht damit derselben, die schon in der Vergangenheit, wie beispielsweise nach 1969 und 1987, Gründe für die Einschränkung von Redefreiheit lieferte. Gewaltandrohungen und „eindeutige“ religiöse Auslegungen des Sachverhalts bieten den von *Utusan* gestellten Rahmen für die Regierung, ihr Handeln als alternativlos im Hinblick auf nationale Sicherheit, Einheit und Harmonie darzustellen. Die einzige Möglichkeit sei die Revision des Urteils, für die sich die Regierung mit allen Mitteln einsetze. Das dabei geschaffene Szenario der Unsicherheit und Angst liefert eine wirksame Legitimationsgrundlage für die Einschränkung von Rede- und Religionsfreiheit, schließlich spielen neben Kultur und Tradition Gesetze eine wichtige Rolle, die interethnische Harmonie zu sichern (Utusan Malaysia 2010a). Religiöse und/oder ethnische Vielfalt ist damit keine Bereicherung, sondern ein Sicherheitsrisiko, hinter denen individuelle Freiheiten wie Religions- oder Redefreiheit zurückstehen müssen.

MalaysiaKini entzaubert die stark aufgebauschte Debatte um die Verwendung des Wortes *Allah* (MalaysiaKini 2010b), indem sie ihre eigenen Beobachtungen, die stark von denen *Utusans* abweichen, kommuniziert und dadurch Leerstellen in der Bearbeitung von *Utusan* sichtbar macht. Zwar werden auch hier vermittels Pressemeldungen der staatlichen Nachrichtenagentur Zitate von Regierungsmitgliedern veröffentlicht, die eine gerichtliche Klärung des Vorfalls wünschen (MalaysiaKini 2010a), jedoch werden auch immer wieder Gegenpositionen aus unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Lagern dargestellt. Dabei wird zunächst die Rechtsstaatlichkeit, auf die sich die UMNO-VertreterInnen so stark beziehen, in erhebliche Zweifel gezogen. Offen wird die Polizei durch ein Mitglied der Opposition der Parteilichkeit bezichtigt, die nicht einschreitet, wenn durch rechtsextreme DemonstrantInnen die Gerichtsbarkeit missachtet wird (MalaysiaKini 2010e). Beleidigende Angriffe auf christliche Internetseiten werden als Information öffentlich weitergegeben (MalaysiaKini 2010d). Diese Geschehnisse werden von

Utusan Malaysia ignoriert und finden keinen Eingang in ihre Konstruktion von Realität. So wird der Regierungsschritt, den Rechtsweg als faire, für alle MalaysierInnen bestmögliche Lösung einzuschlagen, den *Utusan* als unabdingbar in Szene setzt, stark hinterfragt. Anders herum wird ein Vertreter der Kirche zitiert, der die Bewertung des Urteils als Anerkennung des in der Verfassung verbrieften Rechtes auf Religions- und Redefreiheit (MalaysiaKini 2010f) bezeichnet. Bestehende Schemata zur Beobachtung des malaysischen Rechtssystems und des politischen Systems werden damit aufgegriffen und umgestaltet und lassen einen anderen Blick auf Realität zu. Auch der politische Nutzen der Debatte für UMNO, der ihr in *Utusan Malaysia* völlig abgesprochen wird, wird ausgiebig besprochen (MalaysiaKini 2010b) und öffnet so Möglichkeiten, UMNOs Operationen als Regierungspartei jenseits ihrer durch *Utusan* vermittelten Selbstdarstellung zu beobachten.

Am deutlichsten wird der Unterschied sichtbar, wenn man betrachtet, wie die von *Utusan Malaysia* so stark bearbeitete Schematisierung von Angst und innerer Sicherheit von *MalaysiaKini* aufgegriffen und in gänzlich anderen Formen re-produziert wird. *Utusan* konstruiert ein Szenario der Angst, das auf einer Bedrohung der nationalen Sicherheit durch die Missachtung des Islam durch die christliche Gemeinschaft aufbaut. *MalaysiaKini* hingegen stellt viel eher die Befürworter des Gerichtsurteils heraus und bettet das Urteil in einen Kontext ein, der *Utusans* Argumente in Gegenbeispielen auflöst, Religions- und Redefreiheit betont und, anstatt nationale Einheit in Sicherheits- und Kontrolltermini zu verhandeln, individuelle Freiheit und interreligiöse Gemeinsamkeiten hervorhebt.

Dabei fällt zunächst auf, dass sich unter jedem der untersuchten Artikel ein Hinweis befindet, der die Nutzung des Wortes *Allah* von ChristInnen in den Provinzen Sabah und Sarawakin in Ostmalaysia aufgreift: „The Herald, which is printed in four languages, has been using the word ‚Allah‘ as a translation for ‚God‘ in its Malay-language section, but the government then argued that the word should be used only by Muslims. The term ‚Allah‘ is widely used among indigenous Christian tribes in Sabah and Sarawak, many of whom speak Bahasa Malaysia“ (MalaysiaKini 2010b). Damit wird in jedem der untersuchten Artikel die eigentliche Nichtigkeit der Debatte wiederholt. Die Verwendung des Wortes *Allah* in christlichen Zusammenhängen sei seit langem Teil der malaysischen Alltagspraxis – offensichtlich ohne interreligiöse Konflikte. Im Verlauf publiziert *MalaysiaKini* eine Reihe von Artikeln

zur langjährigen Verwendung des Wortes und macht es damit zu einem Nichtproblem, während in *Utusan* der Sachverhalt, mit einer Ausnahme am Ende des Artikels zum Auftakt des Revisionsverfahrens (*Utusan Malaysia* 2010g), keinerlei mediale Beachtung findet. *Utusan* konstruiert eine Realität, in der die Anmaßung der christlichen Gemeinde betont und die Benutzung von *Allah* als eine Neuheit dargestellt wird (*Utusan Malaysia* 2010d). *MalaysiaKini* hingegen selektiert ganz andere Informationen und bietet ein gänzlich anderes Beobachtungsschema an: Während für *Utusan* die Anmaßung vor allem darin besteht, dass ganz plötzlich die malaysischen ChristInnen sich das Wort *Allah* aneignen, zeigt *MalaysiaKini* auf, dass es schon lange Teil der Lebenswelt von MalaysierInnen ist.

Auch das von der Malaysian Chinese Association (MCA), dem Koalitionspartner von UMNO, angeführte Argument, dass *Allah* in den Hymnen der Bundesstaaten vorkommt und von allen MalaysierInnen, unabhängig von ihrer Religion, gesungen wird, findet sich in *Utusans* Beobachtung der Realität und seiner Kommunikation darüber nicht (*MalaysiaKini* 2010c). Bereits bestehende Gemeinsamkeiten werden von *Utusan* konsequent ausgeklammert, während *MalaysiaKini* sie zum zentralen Motiv ihrer Beobachtung macht. Die Darstellung einer Gefahr für nationale Einheit und Sicherheit verläuft hier völlig unterschiedlich. Sieht *Utusan* die Gefahr in der Hybris und Verantwortungslosigkeit der christlichen Gemeinschaft, die durch die Einschränkung der Religions- und Redefreiheit bzw. durch die konsequente Durchsetzung des Schutzes der Vorherrschaft der ethnischen MalaiInnen und des Islam als Staatsreligion gewahrt werden muss, liegt bei der von *MalaysiaKini* kommunizierten Realität genau hierin die Gefahr: „Noor Sulastry [Politikwissenschaftlerin an der University of Malaya] added that, while appealing the decision may win BN political support from some, it is not necessarily a step that aids national unity. ‚We are already politically and racially divided. This issue will feed into the internal conflicts of the nation and become a cancer which will further segregate the people,‘ she added“ (*MalaysiaKini* 2010b).

Durch ein Verbot des Wortes für Nichtmuslime sei die religiöse und ethnische Toleranz in Gefahr, es sei ein massiver Rückschritt (*MalaysiaKini* 2010f) – was deutlich wird durch die fortwährende Betonung der gelebten Praxis. Religiöse Harmonie und nationale Einheit und Sicherheit sind also erst gefährdet, wenn religiösen Minderheiten bzw. Ange-

hörigen anderer Glaubensrichtungen als der Staatsreligion die Möglichkeit zur freien Ausübung ihrer Religion in der nationalen Sprache gewährt wird. Schließlich wird eine Definition nationaler Einheit angeboten, die jenseits der Unabdingbarkeit von Restriktionen der Rede- und Religionsfreiheit liegt: „He [Dominique Ng, Mitglied der Oppositionspartei PKR] described the fact that Muslim clerics and many Malay-Muslims have expressed support for sharing the term ‚Allah‘ as ‚heart-warming‘ and a ‚defining moment in communal relations‘. ‚This is a most positive national unity development which BN would be well advised to embrace rather than resist through another court challenge, and thus seem to encourage other acts stoking social tension,‘ he said“ (MalaysiaKini 2010e, Hervorh. E.E.).

Durch die Berichterstattung *MalaysiaKinis*, die sich klar von der *Utusans* unterscheidet, wird der malaysischen Gesellschaft eine alternative, sogar völlig gegensätzliche Perspektive angeboten. Das Thema wird nun in der öffentlichen Meinung nicht mehr vorwiegend durch die Beobachtungsschemata „Sicherheit durch Einschränkung“, „Religiöse Vielfalt als Gefahr“, „Freiheit als Gefahr“ behandelt, sondern es werden gegenläufige Schematisierungen konstruiert. Die Gefährdung nationaler Sicherheit als bekanntes Beobachtungsschema, allerdings unter dem Gesichtspunkt, dass ethnische und religiöse Vielfalt durch rechtliche und politische Eingriffe kontrolliert werden müssen, damit kein Chaos entsteht, wird neu formuliert und umgedeutet. Sicherheit und religiöse Harmonie ist hier das Ergebnis von öffentlichem Dialog und Toleranz, die von *Utusan* propagierten Mittel zur Wahrung der Sicherheit hingegen werden als Sicherheitsrisiko dargestellt.

4. Schlussbetrachtung

Wir haben gesehen, dass die Wahl des Verbreitungsmediums, also Druckerzeugnisse oder das Internet, eine tragende Rolle spielt für die Irritationen, die Gesetze bei Zeitungsorganisationen hervorrufen können. Zwar operieren Onlinezeitungen nicht in einem restriktionsfreien Raum, ihnen drohen jedoch weit weniger Sanktionen als den Printmedien, die auf vielfältige Weise eng an Gesetze und politische Interessen gebunden sind. Die kurze Analyse der Berichterstattung von *Utusan Malaysia* und

MalaysiaKini macht deutlich, wie im Internet bestehende Beobachtungsschemata benutzt und re-interpretiert werden und so alternative Realitäten entstehen können, die den politischen Interessen der Regierung entgegenstehen. So kann das „Realitätsmonopol“ der Printmedien unterlaufen werden und die von Luhmann geforderten Möglichkeiten zum öffentlichen Dissens als Voraussetzung für Demokratie können sich im virtuellen Raum entfalten. Schließlich ist es die massenmedial konstruierte Realität und die repräsentierte öffentliche Meinung, auf deren Grundlage sich persönliche politische Einstellungen entwickeln und politische Entscheidungen, zum Beispiel bei Wahlen, getroffen werden.

Luhmanns systemtheoretischer Ansatz liefert uns einen umfassenden analytischen Rahmen, gesellschaftliche Entwicklungen zu beschreiben. Die enge Verschränkung von Massenmedien, öffentlicher Meinung und Demokratie liefert einen theoretischen Ansatz, um Demokratisierungspotenziale von Massenmedien strukturell zu analysieren und legt damit einen Zugang zur politischen Rolle von Massenmedien im Allgemeinen und virtuellen Verbreitungstechniken im Speziellen frei. Dennoch soll abschließend auf einige Problematiken eines systemtheoretischen Ansatzes aufmerksam gemacht werden. Nicht nur ist seine analytische Trennung von politischer Tendenzpresse und Presse, die im massenmedialen System operiert, empirisch weder haltbar noch sinnvoll, auch sein Demokratiebegriff ist nur schwer empirisch nachvollziehbar und mit der Unterscheidung Regierung/Opposition stark auf ein auf Dissens beruhendes politisches System begrenzt. Damit werden Entscheidungsfindungsprozesse, die auf Beratung und Konsens basieren, wie sie historisch im malaiischen Archipel vorherrschten, konsequent ausgeklammert.

Mindestens diese Prämisse für Demokratie muss infrage gestellt werden, damit eine systemtheoretische Analyse auch in nichteuropäischen Kontexten einen Beitrag leisten kann ohne sich den Vorwurf einer eurozentristischen Sichtweise gefallen lassen zu müssen. Und auch wenn Luhmann zwar stets bemüht ist, Theoriebildung jenseits normativer Zuschreibungen zu betreiben, kommt er nicht umhin, Rede- und Pressefreiheit als unabdingbares Element demokratischer Evolution zu postulieren. Es bleibt doch mit Recht zu fragen, inwieweit Massenmedien und speziell dem Internet demokratisches Potenzial inhärent sind oder ob nicht vielmehr die Art ihres Einsatzes und ihre Rezeption verantwortlich sind für die Entwicklung von Demokratie.

Literatur

- Chin, James (2003): Malaysiakini.com and its impact on journalism and politics in Malaysia. In: Ho, K.C./Kluver, Randolph/Yang, Kenneth C.C. (Hg.): Asia.com. Asia encounters the Internet. London: Routledge Courzon, 129-142.
- Ding, Jo-Ann (2010): Islam's special position. <http://www.thenutgraph.com/islams-special-position/>, 15.4.2011.
- George, Cherian (2006): Contentious Journalism and the Internet. Towards Democratic Discourse in Malaysia and Singapore. Singapore: Singapore University Press.
- Kessler, Clive (2011): Language and national patriotism: What Datuk Ahmad Rejal Arbee forgets. <http://www.themalaysianinsider.com/breakingviews/article/language-and-national-patriotism-what-datuk-ahmad-rejal-arbee-forgets-clive-kessler/>, 23.3.2011.
- Luhmann, Niklas (2000): Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2004): Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden: VS Verlag.
- MalaysiaKini (2010a): Umno Wanita waits for ‚Allah‘ appeal. In: MalaysiaKini, 2.1.2010.
- MalaysiaKini (2010b): ‚Allah ruling crucial test for BN‘. In: MalaysiaKini, 4.1.2010.
- MalaysiaKini (2010c): ‚Allah‘ for everyone, insists MCA. In: MalaysiaKini, 5.1.2010.
- MalaysiaKini (2010d): Fair hearing ‚difficult‘, says Herald editor. In: MalaysiaKini, 5.1.2010.
- MalaysiaKini (2010e): Lau: Act against ‚Allah‘ protestors. In: MalaysiaKini, 5.1.2010.
- MalaysiaKini (2010f): Dompok fears backlash from ‚Allah‘ row. In: MalaysiaKini, 6.1.2010.
- MalaysiaKini (2011a): Hisham: Online sedition guidelines almost ready. In: MalaysiaKini, 12.1.2011.
- MalaysiaKini (2011b): Media reforms from ground up. In: MalaysiaKini, 12.1.2011.
- MalaysiaKini (2011c): ‚Hata has bad intentions against‘. In: MalaysiaKini, 1.3.2011.
- Milner, Anthony (1995): The Invention of Politics in Colonial Malaysia. Contesting Nationalism and the Expansion of the Public Sphere. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mohd Azizuddin Mohd (2004): Media Freedom in Malaysia. In: Journal of Contemporary Asia 35 (3), 341-367.
- Mustafa K. Anuar (2002): Defining Democratic Discourses. The Mainstream Press. In: Loh Kok Wah, Francis/Khoo Boo Teik (Hg.): Democracy in Malaysia. Discourses and Practises. Richmond: Curzon Press, 138-164.
- PPPA (1984): Printing Presses and Publications Act of 1984. Laws of Malaysia. Act 301. <http://www.agc.gov.my/Akta/Vol.%207/Act%20301.pdf>, 25.10.2011.
- Reporters without Borders (2010): Press Freedom Index 2010. <http://en.rsf.org/press-freedom-index-2010,1034.html>, 27.3.2011.

- Rodan, Garry (2005): *Transparency and authoritarian rule in Southeast Asia. Singapore and Malaysia*. London: Routledge Curzon.
- Tan, Jun-E/Zawawi, Ibrahim (2008): *Blogging and Democratization in Malaysia. A New Civil Society in the Making*. Petaling Jaya: The Strategic Information and Research Development Center.
- Utusan Malaysia (2010a): Perlu bijaksana bagi menjamin keharmonian kaum. (Besonnenheit nötig, um ethnische Harmonie zu wahren). In: *Utusan Malaysia*, 2.1.2010.
- Utusan Malaysia (2010b): AG diminta bertindak segera. (Oberster Staatsanwalt soll sofort in Aktion treten). In: *Utusan Malaysia*, 3.1.2010.
- Utusan Malaysia (2010c): Jangan ghairah beri pandangan – Rais. (Seid nicht zu scharf darauf, eure Meinung zu sagen – Rais). In: *Utusan Malaysia*, 3.1.2010.
- Utusan Malaysia (2010d): Boleh mengelirukan umat Islam (Islamische Gemeinschaft kann verwirrt werden). In: *Utusan Malaysia*, 4.1.2010.
- Utusan Malaysia (2010e): Kalimah Allah: Uji tahap kesabaran Melayu?. (Wort Allah: Prüfung für malaiische Geduld?). In: *Utusan Malaysia*, 4.1.2010.
- Utusan Malaysia (2010f): NGO Islam tanpa mengira fahaman politik terus berkumpul buat bantahan. (Islamische NGOs ohne politischen Hintergrund versammeln sich weiter, um zu protestieren.). In: *Utusan Malaysia*, 4.1.2010.
- Utusan Malaysia (2010g): KDN kemuka rayuan. (Innenministerium eröffnet Revisionsverfahren). In: *Utusan Malaysia*, 5.1.2010.
- Utusan Malaysia (2010h): PKR rela kalimah Allah diguna penganut agama lain. (PKR bleibt dabei: Allah kann von Andersgläubigen benutzt werden). In: *Utusan Malaysia*, 6.1.2010
- Wimmer, Hannes (2002): Demokratie als Resultat politischer Evolution. In: Hellmann, Kai-Uwe/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): *Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 223-261.
- Zaharom Nain (2002): *The Structure of the Media Industry. Implications for Democracy*. In: Loh Kok Wah, Francis/Khoo Boo Teik (Hg.): *Democracy in Malaysia. Discourses and Practises*. Richmond: Curzon Press, 111-137.

Abstracts

Vermittels einer systemtheoretischen Analyse werden die Realitätskonstruktionen von Malaysias führender malaysischsprachiger Printzeitung *Utusan Malaysia* und der vorwiegend englischsprachigen Onlinezeitung *MalaysiaKini* verglichen. Während Printmedien starker Kontrolle unterliegen, können Onlinemedien weit größere Freiräume ausschöpfen und regierungskritische Berichte veröffentlichen, ohne in vergleichbarem

Maße sanktioniert zu werden. Davon ausgehend, dass Massenmedien für die Entstehung öffentlicher Meinung elementar sind und dass öffentliche Meinung wiederum ein Grundpfeiler einer Demokratie ist, analysiert der Artikel die Berichterstattung der beiden Zeitungen über die *Allah*-Debatte, die Anfang 2010 die malaysische Öffentlichkeit dominierte. Dabei wird gezeigt, wie online eine alternative Realität konstruiert wird, die die „offizielle“, printmediale Darstellung in Frage stellt.

A system-theoretical approach is used to explore how Malaysian online and print media construct reality. Knowing that the print media are highly controlled, while legal sanctions and control are much less severe in cyberspace, online newspapers such as MalaysiaKini have far more space to offer alternative reporting and can therefore create alternative realities that challenge the rather uncritical and pro-government coverage offered by the print media. Based on the assumption that a diversity of mass media plays a crucial role in creating a public opinion and that public opinion is a defining element of democracy, the article compares the coverage of the ‘Allah-Debate’ that dominated the Malaysian public in early 2010 and shows how online reporting can challenge the ‘official reality’ print media are creating.

Eva Eichenauer
Humboldt-Universität zu Berlin, Seminar für Südostasienstudien
Unter den Linden 6, D-10099 Berlin
eva.eichenauer@hu-berlin.de

- 1 Malaysisch und Indonesisch sind Dialekte der malaiischen Sprache. Ihr Wortschatz speist sich aus unzähligen Lehnwörtern, deren Herkunft die jahrtausendealte Geschichte von politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Asien, der arabischen Welt und Europa in der Straße von Malakka widerspiegelt. Wörter arabischen Ursprungs sind omnipräsent und finden sich seit Jahrhunderten insbesondere in politischen, rechtlichen und religiösen Terminologien.
- 2 Das Adjektiv „malaysisch“ bezieht sich auf den Nationalstaat Malaysia, „malaiisch“ hingegen bezeichnet die Ethnie der Malaien. Die beiden Wörter sind nicht synonym zu verstehen.
- 3 Da der Begriff „Beobachter“ ein theoretisches Konzept darstellt, wird er im Folgenden in seiner männlichen Form verwendet.
- 4 Der sogenannte „kontrak sosial“, der malaysische Gesellschaftsvertrag, bezieht sich nicht auf Rousseau, sondern ist ein politisch aufgeladenes und stark umstrittenes Konstrukt zur Stellung der malaiischen und indigenen Bevölkerung sowie des Islam im malaysischen Staat. Im Wortlaut der Verfassung wird zwar der Islam als Religion der Föderation erwähnt, eine spezielle Position, die ihn über andere in Malaysia praktizierte Religionen stellt, wird ihm dort allerdings, entgegen der Behauptung vieler RegierungspolitikerInnen und regierungsnaher muslimischer Gruppierungen, nicht zugeschrieben. Lediglich die besondere Position der *bumiputera*, der malaiischstämmigen und indigenen Bevölkerung, unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit, ist dort verankert (Ding 2010).

FREDERIK HOLST

Cyberspace – A Better Place?

Ethnicization in Malaysia's Online Media

Long gone are the optimistic days when the Internet was seen as a haven of all things good – a place where, in the process of exchanging ideas and arguments, the most rational would prevail and where empowering access to information would eventually bring down authoritarian regimes. Cyberspace – a ‘better place’? A sphere where people would be free from the constraints that the ‘offline’ world imposes, especially in authoritarian societies?

Nowadays, the Internet doesn't look quite so utopian at all, when, for example, censorship measures are becoming more and more en vogue even in countries that are deemed rather liberal, such as Germany; indeed, the Internet does not really seem to constitute the ‘killer app’ to tackle authoritarianism. As early as a decade ago Kalathil and Boas (2001: 2) noted that “authoritarian regimes are finding ways to control and counter the political impact of Internet use”.

Nevertheless, it has to be acknowledged that communication and – maybe equally important in the light of the recent protests in the Arab world – the coordination of large groups has become significantly easier with more widespread access to Information and Communication Technologies (ICT). Over the years, a number of these services, from e-mail and mailing lists to Short Message Services (SMS) and the more recent developments of Facebook and Twitter, have made an impact in this respect. However, the regimes that came under this kind of pressure were not only pushed towards adjusting their overall actions and policies, but also did so in regard to the ways and means in which they themselves made use of ICT.

In this respect, Malaysia makes for a rewarding case study: for one thing, the state shows significant authoritarian features, such as a strong executive combined with a weakened legislative and judiciary. Never-

theless, a limited space for political competition exists and allows for controversial debates to a certain extent, for example on the World Wide Web (WWW), which the government has so far not subjected to direct censorship. Levitsky and Way have termed this configuration a “competitive authoritarian regime” (Levitsky/Way 2002). However, what is in my opinion an even more important aspect are developments in which the government itself has recently been making more and more use of electronic media in order to advance one of its core ideologies: ethnicization. So far, analyses of the role of ICT in Malaysia have been characterized by a rather optimistic perspective on the impact of ICT (Abbot 2004; Tan/Zawawi 2008); thus, a critical inquiry is required that stresses the interconnectedness of the ‘online’ and the ‘offline’ world, a relation that has so far been given little attention, at least regarding Malaysia. More specifically, in the context of this paper, I argue that Malaysian cyberspace, after a decent honeymoon period, now reveals the same kind of ethnicized contestations that can also be found in the offline world, possibly even to a larger extent, for reasons that I shall discuss below.

1. Ethnicization in Malaysia

Eder et al. (2002: 17) define ethnicization as “chain[s] of events through which objective conditions of economic or political grievances become the basis of political claims justified by reference to a collective identity”. In this definition, a process character becomes evident that constitutes an important distinction to other models: ethnicized identities are no longer seen as something inherent, but rather as based on an external ascription that can be used in political, cultural and economic contestations. This perspective provides a viable framework for the analysis of the configurations of ethnicization in Malaysia, as these contestations are a fundamental characteristic of the country’s socio-political system.

In a nutshell, the origins of this configuration can be found in British colonial policies that implemented a *divide-et-impera* system by advancing ethnicized stratification, reinforced by group-defining processes such as censuses. However, after independence the government made no attempts to dismantle this structure: The Alliance Party (later transformed and

renamed as Barisan Nasional, BN), an elite-based coalition of ethnicized parties reflecting more or less the stereotypical ethnicized groups of Malays, Chinese and Indians, instead did all it could to maintain these stratifications.¹ An important and for long time convenient self-ascribed *raison-d'être* of this coalition is to negotiate ethnicized contestations on an elite level, thereby supposedly preventing large-scale ethnicized conflicts. This is often done by raising and subsequently blacking out so-called 'sensitive issues' – ethnicized discourses rather than issues connected with identity politics, for example ethnicized affirmative action policies, language policy decisions or matters of religious freedom. All these are used not only to negotiate and define relations between majorities and minorities, but also to maintain a level of tension and unease that is aimed at reinforcing a sense of belonging to the respective ethnicized groups.

In the context of a competitive authoritarian system, this model of government has worked well, at least for the ruling coalition, which has governed the country since independence in 1957. The only setback so far was the election in 2008, where the electorate denied it a two-thirds majority for the first time in history. This success for the opposition has been partly accredited to the emergence of alternative media in the Internet as well as a growing discontent with ethnicized policies (Saravanamuttu 2008; Tan/Zawawi 2008).

When analyzing the configurations of ethnicization in Malaysia, I argue that it is important not to limit the approach to a perspective of instrumentalization. This perspective may have a bias towards a central or dominant power which is not only seen to have a clear-cut goal, but also to know the ways stringently leading to it. As I have laid out in greater detail elsewhere (Holst 2012) and based on Eder et al. (2002), a more refined approach is necessary in order to also capture the ambiguities that result from processes of ethnicization, by taking into account different layers of ethnicization, most notably the layers of manifestation and implementation. In short, manifestations of ethnicization shall hereby comprise the fields where ethnicized identities have become dominant reference points and constitute core pillars of a societal sub-system which in turn provide fertile grounds for implementations of ethnicization which shall be defined as the modes and circumstances under which ethnicization is put into practice.

Taking into account these distinct yet interconnected layers of ethnicization facilitates identifying actors and actions beyond a centre-focused perspective. This is necessary as ethnicization has become so manifest and condensed in a number of societal sub-systems that it is impossible to 'remove' it by simply identifying and getting rid of a central power that may control certain instruments of ethnicization. It is rather a multitude of actors that incorporate ethnicized policies in their agendas while their immediate aims and goals might not even appear to be clearly ethnicized. They realize that ethnicity is a major reference point in the context of achieving or remaining in positions of power – and power again not in terms of any kind of central power, but widespread across societal sub-systems. Therefore, these actors implement policies based upon ethnicization, partly knowing that there are solid manifestations to build upon, but also at times unaware of the extent. With numerous actors and various levels of ideological fervor, the impact and direction of these policies is often unclear. In the Malaysian case, this has often led to contradictory approaches and flip-flop policies that need to be topped with layer after layer of reinforced ethnicized policies in order to conceal the inherent inconsistencies.

A perspective on manifestations and implementations of ethnicization therefore takes into account the obvious as well as the subtle occurrences of ethnicization, and analyzes actions that intend to secure positions of power on the basis of ethnicization while noting the fields and circumstances in which they are implemented and localized. This multi-layered perspective on ethnicization is important for the analysis of this paper as it will help to explain occurrences of ethnicization in the Malaysian cyberspace that do not always clearly benefit the well-known proponents of ethnicization in Malaysia.

2. (New) media policies

In the 1990s, the boom years of ICT, their policy role was mainly seen as a catalyst for growth. The most well-known case is one of former Prime Minister Mahathir's (1981–2003) brainchild, the so-called Multimedia Super Corridor (MSC) project that started in 1996. Its aim was to provide the technical and educational framework in order to leapfrog Malaysia into leadership in a knowledge-based economy by the year 2020. Although

it can be conceded that the relatively early focus on a knowledge-based society was a visionary approach at a time when many western countries didn't pay much attention to this matter, economic requirements were the central motivating factors. In advertising this 50 x 15 km sized area of former palm oil plantations near the capital, Kuala Lumpur, "advantages" like "[c]ompetitive costs of doing business", "[r]eady access to Asia-Pacific markets" or "[f]irm commitment from the Malaysian Government" (Ronchi 2009: 297) were emphasized. In addition to this, an investor-friendly environment was provided, and, apart from modern IT infrastructure, the government also offered "secure cyberlaws, strategic policies; and a range of financial and non-financial incentives for investors" in order to woo foreign and multinational companies. To a certain extent this has been achieved, as companies like Intel, AMD, DHL and Infineon have either set up their regional headquarters or major factories to make use of these benefits, and the government hopes that, through spill-over effects and cooperation, local companies will be able to strengthen their position.

The side effect of this mega project was a distinct change in the way electronic media were regulated: while investors do not necessarily care about the level of freedom of expression as long as the investment climate is not adversely affected, they do worry about the confidentiality, integrity and reliability of their own communication streams and worldwide access to relevant data. Therefore, any censorship measure or interference would be detrimental to investor interests and could thus amount to a locational disadvantage.

In the Malaysian context, the media system and policy is more complex than in fully authoritarian states, where it is evident what can be printed and transmitted and what not. Malaysia does not have a censorship agency that controls newspapers on a daily basis or the TV news before transmission. It is rather a combination of several measures that allows the government to claim to guarantee freedom of speech and press (at least formally) and still have effective control over what is published and transmitted through the press and TV. Almost all major TV stations and publishers are – directly or indirectly – owned by government parties (Wong 2000). The law requires companies to obtain a license from the Home Ministry before publishing anything and have it renewed every year. Since the risk of not having the license renewed poses a substantial economic risk, most media companies won't dare to cross the invisible line of what can and cannot be said. From

time to time someone will inevitably cross this line and the subsequent repercussions in the form of temporary or permanent revocation of licenses are meant to serve as a lesson for others. For a long time, this licensing system and the resulting self-censorship have ensured that the mainstream media do not publish anything that runs contrary to the government's interest.

This, however, does not apply to publications on the WWW; in the 'Bill of Guarantees' – a commitment given by the government to ICT-investment companies – it is clearly stated that there will be no Internet censorship (MSC 2011). Although it is quite possible to implement censorship measures through Internet Service Providers (ISPs) in order to limit access to unwanted content (as practised in China, with Google and Yahoo being the most prominent examples), to do so would damage the government's credibility in international business matters and therefore reduce Malaysia's attractiveness as an IT-hub.

One reason why the government did not push for the same restrictions on the WWW as in the print media and on TV may have been the limited impact the WWW had in the mid-nineties. With few people owning PCs and having Internet access at that time, this was hardly seen as a threat. Discussion forums, like the famous 'Sang Kancil' mailing list created by one of Malaysia's first online journalists, the late MGG Pillai, were limited to an interested intellectual elite.

The first significant example of the impact of ICT on political developments was the *reformasi* movement in combination with the sacking and arrest of then Deputy Prime Minister Anwar Ibrahim for alleged corruption and homosexuality. In an unprecedented move, media reports swung from praising Anwar to denouncing him within 48 hours and an almost complete blackout of statements defending him soon followed (for a more detailed account on the impact of online information exchange on the *reformasi* movement see Abbott 2004).

3. The impact of ICT

During the height of the Anwar trial in 1999, *MalaysiaKini* became the first non-partisan online newspaper to enter cyberspace. It managed to publish a daily set of news articles which covered topics neglected or

blacked out by mainstream media. The shift towards a subscription-based system provided the company with the necessary resources to also hire full-time journalists. Adhering to journalistic principles such as the separation of news and comment, it gained credibility beyond those *reformasi* sites, which had their own limited scope and agenda.

With *MalaysiaKini's* popularity rising, the BN government thought about ways to counter its influence. The dilemma was that any technological measures would have run counter to the Bill of Guarantees, so 'offline' laws were used to bring down the site and the company: in the early days, readers' letters were used as a reason to confiscate servers and PCs. However, this turned out not to serve the purpose as, after a short interruption, mirror servers in several locations around the world brought the service online again. The government realized that this would not be beneficial for its reputation – especially with such little effectiveness – and so similar actions have not occurred since then. This does not mean that government interference in general has stopped; rather, it is happening in a more indirect way: on the one hand, actions are now targeted against outspoken individuals who are sued for leaking 'official secrets', sedition or defamation. In this context, the Malaysian Communications and Multimedia Commission (MCMC) – which was designed to be more of a media regulatory body – has also been given the task of monitoring "blogs and websites that touch on the people's sensitivities" in cooperation with the Home Ministry and the Information, Communication and Culture Ministry (see *MalaysiaKini* 2010). According to a ministry official, the monitoring of issues and postings that contain "seditious contents on sensitive issues to incite anger and hatred" had been going on long before the existence of blogs (*New Straits Times* 2010). On the other hand however, there are indications that funded hacker attacks are being used to bring down undesirable websites: Clare Rewcastle Brown, who is running the news portal *sarawakreport.org*, had to face serious attacks on her site in the wake of the Sarawak state elections in April 2011. Due to her strong criticism and accusations of corrupt practices carried out by Chief Minister Abdul Taib Mahmud, several counter measures were deployed to limit the impact of her investigative journalism. In the beginning, look-alike sites praising the current government came up under similar names (formed, for example, by adding an extra 's' to the domain name). This was followed by paid advertisements on Google

to support these sites in order to divert potential readers. Finally, a full blown distributed denial of service attack was launched against the site (and others, such as *MalaysiaKini*) in the last days before the election. All this stopped the day after the election took place, which is an indication for Rewcastle Brown that the ruling coalition was involved in this matter, as a full-blown attack from various parts of the world would require substantial financial resources (SarawakReport 2011). This accusation is supported by BN's own stated aim to "come up with an aggressive strategy to counter baseless allegations which might be posted over the internet" in the wake of the Sarawak elections (Malay Mail 2010). While the attacks were aggressively carried out, their success in terms of silencing these online media was limited, as once more alternative forms of dissemination were found, this time through Facebook or Wordpress. While this still meant financial pressure for the publishers and inconvenience for the readers, the incriminated content was reproduced in numerous blogs, thus creating even greater awareness of the issues that BN would have liked to be silenced.

Despite such intimidation, it can be argued that the growing importance of online media has to a certain extent counterbalanced the previous dominance of the traditional print and broadcasting media. While the examples above still echo the rather hostile attitude that BN adopted against blogs when it dismissed the necessity to get engaged in the blogosphere, the positive impact for Pakatan Rakyat in the 2008 elections made the government realize how influential this medium had become. Global cultural influences and ideas of freedom of speech, as well as the possibility to use a space still relatively free from government control, created political demands that could not be overlooked and to a certain extent pushed for a more democratic discourse. Thus, despite BN's overwhelming might in the print and broadcast media, a better informed electorate seemed to demand answers to more fundamental issues. When this became clear to BN, their approach changed (Tan/Zawawi 2008: ch. 8): At first, rather inept top-down approaches were undertaken in which BN politicians were simply told to set up blogs (see Sunday Star 2008). However, this did not yield the desired results as setting up a blog alone without providing content beyond self-centered public relations neither attracts readers nor changes their perception of BN. The government then started to try to win over established bloggers into its fold as well as to make use of bloggers to promote

BN's policies, albeit with limited success (MalaysiaKini 2011a). The most significant impact was probably achieved by prominent political figures such as Mahathir, who chastised not only the political opposition, but also came out in support of right-wing ethno-nationalist groups. Just about a year after its launch, his blog 'Che Det' became Malaysia's most popular socio-political blog in terms of visitors (Malay Mail 2009). This was an early indication that ethnicized agendas were (and still are) in significant demand in Malaysia's cyberspace, negating optimistic assumptions that, after 2008, ethnicized agendas were on the decline.

4. The ethnicized cyberspace

The aforementioned control over the conventional and mainstream media through legal and structural means enables the government to push forward its own ethnicized agenda in the mainstream media without serious challenges. As long as it manages to maintain the image of striving for 'racial harmony', it can also to a certain extent advance and deepen ethnicized and polarizing positions as well. Obviously, this playing with fire does not always work out in the interest of the agenda-setters, as can be seen in the so-called 'Allah controversy' that Eva Eichenauer analyzes in this volume. Nevertheless, as there is always the option to 'pull the plug' on issues that have not developed in a desired way, for example by means of legal interference described above, there is so far little to risk for BN, at least in the mainstream media which are under its control. Things look a bit different in the online world, where interference is not as easy. This is significant, as the impact of issues that haven't been open for discussion for years and maybe decades cannot necessarily build upon a rational argument, a fact which is especially important in ethnicized discourses, which are often characterized by heated emotionality. Thus, the ethnicized agenda setters will then have to deal with a situation that may be beyond their control.

Until the election in 2008, however, polarizing content in Malaysian cyberspace remained fairly limited (Mandal 2003: 57; MalaysiaKini 2008). On the contrary, when it became clear that ethnicized policies were among the reasons why BN fared so badly, the coalition even pondered the question of how to adjust itself in order to live up to an apparently new era of

politics in Malaysia. Ideas were put forward to transform BN into a single, multi-ethnic party, but these did not materialize, arguably due to the fact that the component parties do not have any other agenda apart from being representatives of ethnicized groups. The feared loss of power thus did not result in political transformation, yet left the coalition in disarray. For about a year, until the resignation of the then Prime Minister Abdullah Badawi, BN had to struggle with defecting Members of Parliament and further losses in subsequent by-elections. Until then, the government had neither really acknowledged the impact of websites or blogs nor had it bothered to associate itself with any kind of non-government controlled online media (MalaysiaKini 2007).

However, things changed with the emergence of ethno-nationalist, radical groups like Perkasa and others who claim to be ‘defenders of the Malay race’. Attracting so-called UMNO ultras who feared the loss of their power after the 2008 elections, backed by influential politicians such as Mahathir and tacitly approved by Abdullah’s successor, Najib Razak, the rise of groups like Perkasa have dealt a blow to more optimistic expectations that ethnicized politics would be on the decline due to a better informed electorate and the setback for ethnicized parties in the 2008 general election. Its success can be traced back to a dual strategy: on the one hand by successfully trying to woo politicians like Mahathir who still have a voice in the mainstream media in order to get their message across a larger audience, on the other hand by mobilization through online media and SMS, which was necessary in order to build up a substantial membership base of 50,000 (according to the organization’s own estimates; The Star 2010a).

Nevertheless, despite the support of well-connected politicians, Perkasa’s racist agenda did not make huge inroads in the print and broadcast media – with ruling party UMNO’s mouthpiece *Utusan Malaysia* being a notable example – as the bulk of the mainstream media had to adapt to a more toned down portrayal of ethnicized discourses. However, the relatively unrestricted blogosphere provided the necessary means for these actors to develop and advance ethnicized discourses. Due to the uncertainty of BN’s future direction mentioned above, more and more UMNO members were seen to come out with racist blogs. In this respect, the ones by prominent politicians such as Mahathir or former Selangor *menteri besar* (Chief Minister) Khir Toyo are noteworthy in my opinion:

these blogs show most clearly that no effort is made to try to adapt to or appease the rather liberal mindset that has been prevalent in many pro-opposition blogs. On the contrary, the blogs of these politicians as well as some of the lesser known ones are often rife with racist rhetoric that would be unimaginable in the conventional print media, for example in the case of Khir Toyo calling ‘the Chinese’ chauvinist for not voting BN or in the case of Mahathir stating that since ‘the Chinese’ control the economy, they do not deserve adequate political representation (see the blogs entries of Khir 2010; Mahathir 2010). Statements like these even draw flak from BN partners, however with limited to no effect (see the MCA 2010 press statement).

This development was also made possible because of generally easier access to online media as a result of affordable internet connections, as well as content management systems that require little technological knowledge to deploy content.² In combination with a re-heated ethnicized discourse in the political domain, the floodgates for ethnicized content to be published in the web were opened up. The demand for ethnicized content was now also seen as a way for BN to implement ethnicized agendas also in cyberspace.

Comparing the online content of the said groups and bloggers with the reporting in the conventional mainstream media, it is noticeable that the extent of racist remarks is significantly lower in the latter, especially in the English-language dailies, which have a major position in Malaysia (Audit Bureau of Circulation Malaysia 2010). This may not come as a surprise as the major newspapers in Malaysia basically all cater for a specific ethnicized ‘target audience’ for which news are presented accordingly. Especially after 2008 and in light of government programmes such as ‘iMalaysia’ through which the government wants to portray itself and its policies as more inclusive, radical statements of political actors in the mainstream media have been on the decline. Nevertheless, in an ethnicized political system, ethnicized contestations are necessary to maintain the *raison-d’être* of an ethnic-based coalition such as BN. In this respect, groups like Perkasa, but also websites and blogs disseminating ethnicized content, have partly taken over a role that BN itself cannot play in public discourse (at least for the moment) if it does not want its fragile credibility to be shattered. This constellation can even work out to the advantage of BN as long as actors like Perkasa

remain 'BN-friendly'; the coalition has thus successfully 'outsourced' its more radical ethnicized agenda and limited the risk of losing support from both supporters of its more radical as well as its moderate stance.

5. Ambiguities and contradictions in ethnicization processes

However, this works out only as long as all actors involved – the 'good' as well as the 'bad guys' – still respect the position taken by the centre, in this case UMNO as the leading party within BN.

Yet the more ethnicized agendas are pushed – both online and offline – by 'independent' protagonists such as Perkasa's president Ibrahim Ali, Mahathir or Khir Toyo, the more this arrangement is jeopardized and shows that this new online ethnicized discursive space does have serious repercussions on the 'offline world' as well: the more and more open and frequent racist outbursts of *Utusan Malaysia*, for example, suggest that certain actors have begun to advance their own agenda even though this may be detrimental to the position that BN holds.

While BN has always oscillated between the various and often contradictory ethnicized ideologies of its component parties, to the extent of overt racist outbursts, for example at UMNO general assemblies, these have always been confined to a more or less controlled environment. Backed by the support that ethnicized agenda setters garner online, it has become difficult to rein in even close allies who seem to act more and more independently now in advancing an ethnicized agenda. A statement by *de facto* law minister Nazri Abdul Aziz speaks volumes about the extent to which public discourse has been shaped by these actors: "No action can be taken against Perkasa chief Ibrahim Ali over his warnings of violence against the Christian community as such remarks are now a Malaysian norm. [...] No matter how unsettling such remarks are, Malaysians therefore 'need to live' and 'be mature' in dealing with [it] [...] since social platforms and media such as *Twitter* and blogs have allowed statements such as Ibrahim's to proliferate beyond the government's ability to proscribe – or punish" (MalaysiaKini 2011b).

This example could be explained in isolation as a mere outsourcing of BN's ethnicized agenda, but the larger context seems to indicate that the government is under greater pressure than seems beneficial for it: another

recent example in this respect is *Utusan's* campaign 'iMelayu, iBumi', which is said to 'safeguard' the position of ethnicized Malays against other Malaysians (Utusan Malaysia 2011). Happily supported by Perkasa and joined by radical blogs, this counter manifesto to Prime Minister Najib's 'iMalaysia' shows that even from within the media backbone of UMNO, powerful ethnicized voices have emerged that may put their political paymasters in jeopardy.

Therefore, the impact on the political elite is not to be underestimated: reclaiming a space that seemed to be lost after the elections in 2008, UMNO ultras come out quite openly now and try to benefit from this development of once more increasing ethnicization, including Deputy Prime Minister Muhyiddin Yassin, who stated that he is a Malay first and a Malaysian second (The Star 2010c). While on the surface this contradictory distribution of roles is nothing new – often referred to as *sandiwara politik* (political theatre/shadow play) – I argue that the emergence of more and more ethnicized discourses online, as well as in some segments of the conventional mainstream media, may eventually lead to a reconfiguration of the political architecture of BN and beyond. The current rise of radical ethnicized agendas has given the respective political actors a new lease of life; already written off by many after the last elections, they are now spearheading an ethnicized backlash that seriously challenges more accommodating positions which surfaced in the aftermath of March 2008, within BN as well as the political sphere in general. This puts top-down oriented parties such as UMNO in a fix; they are not designed to accommodate challengers from within the party, even less when these come from different directions. Thus, if such a situation arose in the past, these challengers were sidelined, expelled or jailed, like Tunku Abdul Rahman, Tunku Razaleigh or Anwar Ibrahim.

In contrast to earlier times, however, these actors do not need to fear marginalization due to a mainstream media blackout – similar to what happened to Mahathir during the Abdullah years – since they continuously infuse public discourse by means of their online presence. Seen in the context of the dominant push to make Abdullah resign from his post and the subsequent rise of the UMNO ultras, both in terms of public discourse as well as in party positions, this adds another perspective to the role the online media played in the aftermath of 2008: not only as catalysts

for the *reformasi* movement, but also – and maybe more importantly for the internal power struggles within UMNO – as a means to strengthen the position of the ultras and their ethnicized agenda. These actors would otherwise have faced serious difficulties in mobilizing their followers in the wake of impending marginalization had the proposed BN transformation plans become more concrete. Thus, Abdullah’s resignation may likewise be seen not only as a result of critical online reporting from the opposition-affiliated online media, but equally of pressure building up from UMNO ultras that regarded an even tougher stance in terms of ethnicized politics as an adequate reaction to the new political scenario. With their subsequent rise after Abdullah stepped down, Saravanamuttu’s conclusion that “unless he [Abdullah] relinquishes power, the movement to the next stage of Malaysian politics will not happen” (Saravanamuttu 2008: 71) is still appropriate, yet in a quite different way.

These examples show the difference between the implementation and instrumentalization of ethnicization; whereas the latter suggests a top-down approach where an omnipotent centre can instrumentalize issues and policies at will with a predefined outcome, much like using an instrument, the perspective of implementation indicates that there are multiple actors who participate in this process. At the same time, it is often characterized by an uncertain outcome, sometimes even to the extent that it develops in a way that goes against the intentions of their original initiators, as the outsourcing of radical ethnicized discourses into cyberspace has shown.

The perspective of manifestations of ethnicization provides a new concept when looking at those electronic media that claim to be promoting a non-ethnicized agenda. Online news portals such as the veteran *MalaysiaKini* have for good reasons been hailed as essential in providing content that counters the ethnicized agenda of the mainstream media. While this is certainly the case in terms of uncovering the various implementations of ethnicization, such as by criticizing ethnicized policies and explicit rhetoric, a closer look is necessary when examining forms of ethnicization that have become routine and may thus go unnoticed despite their manifest presence.

The matter becomes evident when looking at the way reporting is carried out on issues which are not ethnicized in a straightforward way, such as party politics, but rather deal with day-to-day issues where an ethnicized component is not a main feature of the issue. The subtle way in

which ethnicized referencing is still made nevertheless shows how established ethnicization has become, in terms of everyday language, reiterated not only ‘offline’ but also ‘online’.

One of these aspects is the conflation of religious and ethnicized identities: the three largest ethnicized groups (Malays, Chinese and Indians) are often equated with one specific religion – Islam, Buddhism and Hinduism, respectively. While this is done intentionally to a certain degree by BN politicians and the mainstream media in order to reinforce ethnicized group delimiters by including religious references, this pattern also occurs to some extent in online media, such as *MalaysiaKini* (this has been pointed out by Schäfer 2010). Here, references to ‘non-Muslim interests’ and for example ‘Chinese interests’ or ‘Indian interests’ tend to be used interchangeably, thereby ignoring the sizable Muslim minority among ethnicized Chinese and Indians as well as extending the ethnicized dichotomy to religio-cultural aspects.

This is further aggravated by regularly making uncritical use of ethnicized group labels. The ethnicized overlay that becomes established by simply referring to ‘Malays’, ‘Chinese’ or ‘Indians’ not only prevents Malaysia’s society from being seen as more heterogeneous and differentiated than merely consisting of just three or four larger groups; it also reinforces the ethnicized perspective that the most important aspect is differentiation based on ethnicized cleavages and not, for example, social class or other political dimensions in a left-right political spectrum. Last but not least, this ethnicized segmentation plays into the hands of those ethnicized agenda setters who claim that membership in one of the ethnicized groups is more significant and defining than being Malaysian (The Star 2010d). Ethnicized group identifiers thus become similar to national identities, which further reinforce the perception of difference, almost to the extent of being a foreigner in one’s own country.

In this respect, electronic media such as *MalaysiaKini* thus – presumably unwillingly – reinforce ethnicized manifestations in a similar way to the BN-owned mainstream media. Others, such as the news portal The Nutgraph, are trying to be more aware in this respect by referring to ‘Malay Malaysians’ or ‘Chinese Malaysians’. However, while this puts an emphasis on a common national community, the underlying separations are nevertheless maintained.

These aspects underline the dilemma that the manifestations of ethnicization mean, even for those actors who are actively trying to counter an ethnicized discourse, yet at the same time cannot escape the social realities formed by ethnicization. The resulting group identifiers remain difficult to dismantle and are thus, at least discursively, reinforced, be that reluctantly or unintentionally, or both.

6. Conclusion

The above examples have shown that both implementations as well as manifestations of ethnicization can be found to a significant degree in the Malaysian cyberspace. They do not only indicate the extent to which ethnicized rationales previously suppressed in the public sphere have nevertheless become manifest but also show that there is a demand for ethnicized content which is also provided by online media and blogs. In some cases, such as in racist-toned blogs by former top politicians, there are indications of collusion with the BN government. Previously blacked-out in the mainstream media, these ethnicized positions are nowadays ‘outsourced’ in radical forms to the blogosphere and are thus becoming means for implementing ethnicization. This is similar to developments in the political sphere where, for example, radical ethno-rightwing groups like Perkasa have taken over the task of voicing out UMNO’s more extreme ethnicized demands. Thus, the ‘mainstream’ actors, both in the media as well as in party politics, can continue to convey images of ‘racial harmony’ without losing out in more extreme ethnicized discourses and when touching upon ‘sensitive issues’. This distribution of labor in the online and the offline sphere assures that BN remains the Janus-faced entity it has always been: inclusive on the outside, but underneath the surface deeply entrenched in policies of ethnicization.

The mentioned cases, however, also show that a change in perspective is necessary in order to grasp ethnicization in a more holistic way – away from an omnipotent centre that instrumentalizes policies of ethnicization with a defined goal, towards a perspective where ethnicized policies are implemented, but then moulded by multiple actors with uncertain unpredictable outcomes, sometimes even going against the intentions of their original initiators. On the surface, the perspectives of instrumentali-

zation and implementation may not differ significantly, as in both cases seemingly beneficial ethnicized agendas are pursued. However, a centre-focussed perspective of instrumentalization can only insufficiently explain those cases which develop – sometimes even at an early stage – against the intentions of those who laid out these policies.

In the context of the media system, this unpredictability of the implementations of ethnicization may point to a new perspective on limiting the freedom of the print media through various means. I argue that, in addition to the restriction of alternative positions countering ethnicization while at the same time putting forward ethnicized discourses in a ‘controlled’ way, these means are also used in order to prevent the emergence of ‘uncontrolled’ ethnicized discourses that would otherwise increase due to the manifest character of ethnicization in Malaysia.³ Despite BN being a main motor in implementing ethnicized policies, promoting explicit or extreme ethnicized positions would nevertheless be counter-productive for BN in its official goal of securing ‘racial harmony’. For BN to remain successful, a balance between advancing ethnicization and furthering the promise of a better future therefore needs to be maintained.

With these controls no longer available in the online sphere, ethnicized discourses can travel more easily and also – thanks to translation websites – across language barriers. Thus, information that the government does not want the mainstream media to publish still eventually becomes disseminated online, through whistle-blowers or mere rumors. The impact is not to be underestimated: decades of controlled media content may lead readers to trust particularly those kinds of information that differ from the mainstream media’s reporting (for examples see Holst 2007).

Yet, despite the significant changes in the political system over the last few years, where ethnicized politics are becoming more and more challenged, manifestations of ethnicization cannot be easily dismantled, for example through a change in government. Therefore, these manifestations which are continuously sustained through various implementations, for example through public discourse or policy making, pose concrete challenges, and not only for political and social activists in terms of their daily work. The character of manifestation becomes especially visible in electronic media which aim at transgressing ethnicized boundaries, but at the same time have difficulties in finding a proper language that moves beyond

ethnicized references. ‘Harmless’ ethnicized references are thus either reiterated or, as in the case of The Nutgraph, softened. The problem thus remains that ethnicized reference points, such as group identifiers, and the related concepts are thus still being reinforced.

Independent electronic media such as *MalaysiaKini*, but also blogs of prominent politicians and others, are additionally in another double-bind situation as they are often the ones which provide spaces for the exchange of ideas in the first place which can then also become venues for ethnicized contestations. An isolated racist blog alone is of little influence, but comment sections of news portals or popular blogs may have a much greater impact and this is made use of by both proponents and opponents of ethnicization. While the ability to have a space for public contestation is generally seen as a positive development, the short-term impact of ethnicized issues that have been ignored for a long time is uncertain. At the same time, online media have become more diverse, bloggers are no longer automatically ‘anti-government’ and news portals not necessarily investigative. The forming of political will and understanding necessary to make an informed decision and selection requires competency in terms of media usage as well as information acquisition – both are aspects which are not promoted in Malaysia’s education system and therefore need to be acquired independently.

Last not least, accessibility remains a concern. While the bread and butter issues in terms of access to electronic infrastructure are becoming of lesser significance, the question of addressing a heterogeneous society – both in terms of language as well as social structure – is only marginally touched upon. Only recently, electronic media such as *MalaysiaKini* have come up with a Malay and Mandarin language section, therefore extending the scope to a certain extent. However, the majority of the content remains in English and therefore – at least in Malaysia – reinforces an urban-rural divide that needs to be addressed if ethnicization is to be challenged effectively.

Cyberspace is therefore neither a ‘better’ nor ‘worse’ place, but part and parcel of everyday discourse that does not change simply because people use a different medium. Likewise, the electronic media are not genuine benign means in a process of democratization. They are heterogeneous, both in terms of their technological distribution as well as their content, and they do not operate in an isolated sphere, detached from developments in society. The multiple aspects of ethnicization stress that

it is therefore imperative to keep in mind that the ‘online’ world eventually reflects ‘offline’ structures of power, wealth and knowledge, even if regulations may be different.

References

- Abbot, Jason P. (2004): The Internet, Reformasi and Democratisation in Malaysia. In: Gomez, Edmund Terence (ed.): *The State of Malaysia – Ethnicity, Equity and Reform*. London: Routledge.
- Audit Bureau of Circulation Malaysia (2010): ABC Report – Circulation Figures for the period ending 30 June 2010. <http://abcm.org.my/wp-content/uploads/2011/02/ABC-Jun2010.pdf>, 8.8.2011.
- Eder, Klaus/Giesen, Bernd/Schmidtke, Oliver/Tambini, Damian (2002): *Collective Identities in Action – A Sociological Approach*. Aldershot: Ashgate.
- Holst, Frederik (2007): Adaptation and transformation: “The Internet” – an alternative challenge to authoritarianism? – A short Malaysian case study. In: Herrmann, Sindy/Holst, Frederik (eds.): *Gesellschaft und Politik in Südostasien – Eine studentische Festschrift zu Ehren von Prof. Dr. Ingrid Wessel*. Berlin: Institut für Asien- und Afrikawissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Holst, Frederik (2012): *Ethnicization and Identity Construction in Malaysia*. London: Routledge (forthcoming).
- Kalathil, Shanthi/Boas, Taylor C. (2001): The Internet and State Control in Authoritarian Regimes: China, Cuba, and the Counterrevolution. In: *Carnegie Endowment Working Papers 21*.
- Khir Toyo (2010): Hulu Selangor: Satu Penilaian. http://www.drkhir.com/2010_04_01_archive.html, 8.8.2011.
- Levitsky, Steven/Way, Lucan A. (2002): The Rise of Competitive Authoritarianism. In: *Journal of Democracy* 13 (2), 51-65.
- Mahathir Mohamad (2010): To be or not to be a racist. <http://chedet.co.cc/chedet-blog/2010/08/to-be-or-not-to-be-a-racist.html>, 8.8.2011.
- Malay Mail (2009): Dr M’s chedet is No 1 in hits. In: *The Malay Mail*, 8.5.2009.
- Malay Mail (2010): Cyberwar campaigning in Sarawak election? In: *The Malay Mail*, 14.11.2010.
- MalaysiaKini (2008): Furore over racist blog posting. In: *MalaysiaKini*, 3.10.2008.
- MalaysiaKini (2007): Minister: Survey shows political blogs unpopular. In: *MalaysiaKini*, 14.11.2007.
- MalaysiaKini (2010): Eye on blogs, websites touching on sensitivities. In: *MalaysiaKini*, 31.1.2010.
- MalaysiaKini (2011a): Najib: Gov’t doesn’t fear bloggers, it just wants in. In: *MalaysiaKini*, 24.4.2011.

- MalaysiaKini (2011b): Nazri: No action against Ibrahim Ali. In: MalaysiaKini, 17.5.2011.
- MCA (2010): MCA Veep to Khir Toyo: It's racist remarks like yours which drive Chinese voters away from BN. <http://www.mca.org.my/en/mca-veep-to-khir-toyo-it%E2%80%99s-racist-remarks-like-yours-which-drive-chinese-voters-away-from-bn>, 8.8.2011.
- Mandal, Sumit K. (2003): Transethnic Solidarities in a Racialised Context. In: *Journal of Contemporary Asia* 33 (1), 50-68.
- MSC (2011): MSC Malaysia 10 Point Bill of Guarantees. <http://www.mscomalaysia.my/topic/MSCom+Malaysia+Bill+of+Guarantees>, 8.8.2011.
- New Straits Times (2010): Ministry to probe blogs that 'cross the line'. In: *New Straits Times*, 2.2.2010.
- Ronchi, Alfredo (2009): *eCulture – Cultural Content in the Digital Age*. London: Springer.
- Saravanamuttu, Johan (2008): A Tectonic Shift in Malaysian Politics. In: Ooi, Kee Beng/Saravanamuttu, Johan/Hock Guan, Lee (eds.): *March 8 – Eclipsing May 13*. Singapore: ISEAS.
- SarawakReport (2011): The BN Cyber-Cheats. <http://www.sarawakreport.org/2011/04/the-bn-cyber-cheats>, 8.8.2011.
- Schäfer, Saskia (2010): The Debate on Religious Freedom, Apostasy and Blasphemy in Contemporary Malaysia. Paper presented at the the 6th EuroSEAS conference, Gothenburg, 27.8.2010.
- Sunday Star (2008): Malacca BN assemblymen urged to blog. In: *The Sunday Star*, 13.4.2008.
- Tan, Jun-E/Zawawi, Ibrahim (2008): *Blogging and Democratization – A New Civil Society in the Making*. Petaling Jaya: Strategic Information and Research Development Centre.
- The Star (2010a): Perkasa generates conflicting views. In: *The Star*, 147.2010.
- The Star (2010b): Internet users rose by 365.8% in 9 years. In: *The Star*, 18.3.2010.
- The Star (2010c): Muhyiddin: I'm no racist. In: *The Star*, 16.4.2010.
- The Star (2010d): Muhyiddin: I am a Malay first and Malaysian at heart. In: *The Star*, 1.4.2010.
- The Star (2011): Play up racial issues and pay the price, media warned. In: *The Star*, 19.4.2011.
- Utusan Malaysia (2011): Ayuh! Gerakkan segera iMelayu, iBumi. In: *Utusan Malaysia*, 20.4.2011.
- Wong, Kean (2000): Malaysia – In the Grip of the Government. In: Williams, Louise/Rich, Roland (eds.): *Losing Control – Freedom of the Press in Asia*. Canberra: Asia Pacific Press.

Abstracts

Malaysia is an often cited example of a semi-authoritarian regime in which the Internet is seen as an important tool to counter a government-controlled media hegemony. The election results in 2008 in particular have been accredited with mobilizing voters through the use of online media and are seen as a challenge to Malaysia's ethnic-based political system. In this article, however, it is argued that ethnicization, as one of the fundamentals of this system, is more complex and resistant and that, thus, simply having access to different kinds of information does not necessarily change ethnicized perceptions. Using the theoretical framework of manifestations and implementations of ethnicization, this paper aims to identify the ambiguities and contradictions that result from the impact of the online media in an ethnicized society, and demonstrates that the 'online' world eventually reflects 'offline' structures of power, wealth and knowledge.

Malaysia ist ein vielzitiertes Beispiel von semi-autoritären Regierungen, in denen das Internet als wichtiges Mittel angesehen wird, um eine staatliche Medienhegemonie zu durchbrechen. Besonders die Erfolge der Opposition bei den Wahlen 2008 wurden auf die Mobilisierung durch Onlinemedien zurückgeführt und werden als Infragestellung des ethnisch basierten politischen Systems gesehen. Dieser Artikel argumentiert jedoch, dass Ethnisierung als grundlegendes Element dieses Systems komplexer und resistenter ist und daher der bloße Zugang zu alternativen Informationen nicht unbedingt die ethnisierten Wahrnehmungen verändert. Mit dem theoretischen Ansatz der *manifestations* und *implementations of ethnicization* versucht dieser Artikel die Uneindeutigkeiten und Widersprüche aufzuzeigen, die die Auswirkungen der Onlinemedien in einer ethnisierten Gesellschaft beinhalten. Daraus folgt, dass die „Onlinewelt“ letztlich die Macht- und Wissensstrukturen der „Offlinewelt“ abbildet.

Frederik Holst
Humboldt-Universität zu Berlin, Seminar für Südostasien-Studien
Unter den Linden 6
D-10099 Berlin
frederik.holst@staff.hu-berlin.de

- 1 Among the component parties, the United Malay National Organization (UMNO) takes an unchallenged leading position, while the Malaysian Chinese Association (MCA) and the Malaysian Indian Congress (MIC) and especially other smaller parties are supposedly partners, although not on an equal footing.
- 2 Internet penetration more than tripled from 2001 to 2010 (The Star 2010b).
- 3 It is, for example, noticeable that reports in the mainstream media about criminal or violent incidents rarely mention the ethnicized background of the suspects or victims. On the contrary, the playing up of 'racial issues' can result in the revoking of licenses even for government-controlled media (see among others The Star 2011).

Irmir Maral-Hanak (1967–2011)

Aufgewachsen in einer Familie mit starkem Interesse und Engagement für jenen Teil der Welt, den man damals die „Dritte Welt“ nannte, nahm Irmir schon als Schülerin die Gelegenheit wahr, als Austauschschülerin eine Zeit lang in Kenya zu leben.

Gleich nach ihrer Matura in Salzburg im Juni 1985 arbeitete sie zwei Monate bei einem Aufforstungsprojekt in den Usambarabergen (Tanzania) mit und besuchte im Anschluss daran österreichische Entwicklungsprojekte in Kenya. Ostafrika blieb immer das bevorzugte Ziel ihrer Reisen und ihrer wissenschaftlichen Forschung. Ihr Interesse an sozialer Entwicklung und den Menschen in den Ländern des Südens führten sie 1986 aber auch nach Mexiko und zu Entwicklungsprojekten in Chiapas.

1985 begann Irmir ihr Studium der Afrikanistik an der Universität Wien. Entwicklungspolitik war der Schwerpunkt ihrer Fächerkombination; Swahili und ein sozialwissenschaftlich-historischer Zugang zu afrikanischen Gesellschaften ihr Fach in Afrikanistik. Als eine der ersten im neuen Diplomstudium schloss sie 1989 mit einer Arbeit über die politische Partizipation von Frauen in Tanzania ab: *Ideologischer Anspruch und Realität: Die Biographie einer tanzanischen Politikerin als sozialgeschichtliches Dokument*.

Von 1989 bis 1993 arbeitete sie als Dissertantin an einer Studie über das Familiengericht in Zanzibar. In diese Zeit fällt auch ihre Tätigkeit am Ludwig-Boltzmann-Institut für Politik und zwischenmenschliche Beziehungen – Arbeitsbereich: Frauen in Entwicklungsländern – und am Österreichischen Lateinamerika-Institut. Ab 1991 unterrichtete sie am Institut für Afrikanistik mit den fachlichen Schwerpunkten Swahili und Angewandte Sprachwissenschaft. Forschungsaufenthalte in Afrika und in London galten der Arbeit an ihrer Dissertation.

Mit der Publikation von *Gericht-Sprache-Macht. Überlegungen zur Realisierung von Dominanzverhältnissen in und durch sprachliche Kommunikation am Beispiel des Familiengerichts in Zanzibar* (Wien 1994) schloss Irmi ihr Studium ab und begann ihre Forschungstätigkeit im Rahmen zweier FWF-Projekte zu „Kommunikation und Entwicklung“ und „Kommunikation und Beratung“.

Die Forschungsgegenstände, denen ihre wissenschaftliche Tätigkeit von Beginn an gegolten hatte – Asymmetrie der Macht sowie Kommunikation in den Nord-Süd-Beziehungen unter der Genderperspektive – wurden noch deutlicher sichtbar. Dazu kamen – in Verbindung mit ihrer Tätigkeit ab 2000 als Vertragslehrerin an der Universität Wien – Didaktik und Lehrmaterialien des Swahili.

Seit 2003 war sie mit Ertürk Maral verheiratet. Auch nach der Geburt ihrer beiden Töchter fand sie Zeit und Energie, ihre wissenschaftliche Karriere erfolgreich weiterzuführen. Ein Charlotte-Bühler-Habilitationsstipendium des FWF verschaffte ihr 2004 die nötige Freiheit, ihr Habilitationsprojekt voranzubringen. 2009 habilitierte sie sich mit *Language, Discourse and Participation: Studies in Donor-Driven Development in Tanzania* für die Fächer Afrikanistik und Entwicklungsforschung. In ihrer beruflichen Tätigkeit, nun als Außerordentliche Universitätsprofessorin, wendete sie sich verstärkt der Betreuung von Diplomandinnen und Diplomanden zu, verfolgte neue Ideen und Zusammenarbeitsprojekte im Institut und über das Institut hinaus. Ihre schwere Erkrankung, die 2010 erneut virulent wurde, ließ sie nur noch einen Teil ihrer Pläne verwirklichen.

Irmi Maral-Hanak war dem Institut für Afrikawissenschaften und dem Projekt Internationale Entwicklung auf das Engste verbunden. Durch ihre Forschung und Lehre trug sie viel zum Erfolg ihrer Studierenden und der Einrichtungen selbst bei. Darüber hinaus engagierte sie sich in den Redaktionen des *Journals für Entwicklungspolitik* (JEP) und der *Stichproben – Zeitschrift für Kritische Afrikastudien*, deren Mitbegründerin sie war, sowie in Herausgebergemeinschaften und in unserem Verein ECCo für Angewandte Afrikaforschung.

Mit ihrer zielstrebigem, zugleich dezent-zurückhaltenden Art war sie allen Freundinnen und Freunden, ihren Kolleginnen und Kollegen eine wertvolle und liebenswerte Partnerin. Die Trauer, dass sie uns verlassen musste, als ihre berufliche Laufbahn ihr endlich die Möglichkeiten frei

bestimmten Schaffens eröffnete und ihre Familie sie mehr denn je gebraucht hätte, wird lange mit uns und in uns sein. Was bleibt, sind die zahlreichen Spuren, die von ihr so kompetent und engagiert betreuten Studierenden, ihre wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die gemeinsam erreichten Ziele – und eine Lücke, die niemand schließen kann.

WALTER SCHICHO, INGEBOURG GRAU

**Irmi Maral-Hanak:
Language, discourse and
participation:
Studies in donor-
driven development
in Tanzania.**

*Wien/Berlin: LIT 2009,
288 Seiten, 29,90 Euro.*

Welche Funktion hat Partizipation in Entwicklungsprojekten und welcher Zusammenhang besteht zwischen partizipativen Prozessen und sozialer Ungleichheit in Tanzania? Irmi Maral-Hanak wählt zur Beantwortung dieser Fragen einen interdisziplinären Zugang, der theoretische und methodische Ansätze der Soziolinguistik und der Afrikawissenschaften mit Fragestellungen der Entwicklungsforschung verknüpft. Dabei arbeitet sie in ihrem als Habilitation verfassten Buch überzeugend die Ambivalenz des Partizipationsbegriffs in Theorie und Praxis auf. Das für die Analyse verwendete Material hat die Autorin 1994 während einer Feldforschung bei zwei landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekten in Tanzania gesammelt.

Einführend zeichnet Maral-Hanak die Geschichte partizipa-

tiver ländlicher Entwicklung in Tanzania nach. Sie verdeutlicht, dass Partizipation als umstrittenes Schlüsselkonzept im tanzanischen Entwicklungsdiskurs bis heute seine Ambivalenz behalten hat: von den kolonialen Ursprüngen, wo sie als Mittel zur „Ruhigstellung“ der Bevölkerung diente, über Nyereres Ujamaa-Sozialismus, der emanzipatorische mit autoritären Elementen vereinte, bis zum Aufkommen von Nichtregierungsorganisationen als neuen Entwicklungsakteuren seit den 1980ern, die andere zivilgesellschaftliche Kräfte im Land verdrängten.

Anschließend beschäftigt sich die Autorin mit von Gebern dominierten Entwicklungsansätzen sowie jenen Konzepten, die als vermeintlich transformatorisch in den globalen Entwicklungsdiskurs eingegangen sind, um in der Folge ihres emanzipativen Potentials beraubt zu werden, wie beispielsweise *Gender Planning*. Es folgt ein kurzer Überblick über theoretische Kritik am Entwicklungsdiskurs. Jenen Strömungen, die die Konzepte der Partizipation und Entwicklung grundsätzlich hinterfragen, wie zum Beispiel Ansätzen des Post-Development, wird dabei

jedoch verhältnismäßig wenig Raum gewidmet.

Als Nächstes führt die Autorin nicht nur in relevante soziolinguistische Konzepte und Ansätze ein, sondern problematisiert darüber hinaus Sprache im tanzanischen Kontext und beschreibt den Stellenwert sprachlicher Präferenzen in den zur Untersuchung ausgewählten Projekten. Sie verdeutlicht, dass die Sprachwahl unterschiedlicher Akteure bereits von ungleichen Machtverhältnissen geprägt ist. So ist Swahili zwar die Nationalsprache Tanzanias und bietet sich dadurch als wichtiges Kommunikationsmittel für derartige Projekte an, auf Managementebene wird von den EntwicklungsarbeiterInnen jedoch Englisch bevorzugt. Die betroffene Bevölkerung wird somit nicht nur weitgehend aus Informationsflüssen, sondern auch aus Entscheidungsfindungsprozessen ausgeschlossen.

Die abschließenden drei Kapitel sind der eigentlichen Materialanalyse und der Diskussion der Ergebnisse gewidmet. LeserInnen, denen nicht nur die aus dem Swahili übersetzten Textpassagen zugänglich sind, sondern auch die Auszüge aus den Originalinterviews, erschließen sich diese Ergebnisse besonders überzeugend. Die Autorin arbeitet unterschied-

liche Spielarten von Partizipation in den untersuchten Projekten heraus und analysiert sprachliche Strategien, die der Bewältigung der immanenten Widersprüche partizipativer Kommunikation dienen. Als Beispiel sei *Code Switching* genannt, der Wechsel zwischen zwei Sprachen innerhalb eines Gesprächs, hier zwischen Swahili und Englisch. Maral-Hanak kommt zum Ergebnis, dass Partizipation sowohl dazu dienen kann, strukturelle Ungleichheiten aufzubrechen, als auch von Akteuren instrumentalisiert wird, um ihren privilegierten Status aufrechtzuerhalten.

Die vorliegende Studie zeigt Möglichkeiten auf, diesen marginalisierenden Tendenzen entgegenzuwirken. So sollte etwa die Wahl einer Arbeitssprache in Entwicklungsprojekten reflektiert und Materialien in unterschiedlichen Sprachen zur Verfügung gestellt werden. Maral-Hanak selbst macht in ihrem fundierten und gut lesbaren Buch partizipative Prozesse greifbar und trotz mancher Vorbehalte deren Wirksamkeit vorstellbar.

MIŠA KRENČEYOVÁ

Schwerpunktreakteure und AutorInnen

Christoph Amthor promoviert im Rahmen des Internationalen Promotionsprogramms Kulturbegegnungen der Universität Bayreuth zu den Schwerpunkten Medienwissenschaft und Birma. Darüber hinaus ist er Leiter eines Projekts der tschechischen NGO Burma Center Prague, das Grassroots-Organisationen birmanischer Flüchtlinge unterstützt.

Eva Eichenauer studierte Soziologie und Südostasienwissenschaften in Berlin, Potsdam und Georgetown/Malaysia. Ihre Schwerpunkte liegen auf Geschlecht, Sexualität, Medien und Islam in Malaysia und Indonesien, wo sie jeweils ein Jahr Feldforschung betrieb.

Frederik Holst ist Dozent an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu seinen Forschungsinteressen zählen die Analyse von Ethnisierungsprozessen und die Rolle von Medien in den autoritären Staaten Südostasiens.

Thomas Kern ist Professor am Max-Weber-Institut für Soziologie der Universität Heidelberg. Seine Forschungsinteressen liegen u.a. in der sozialen Bewegungsforschung, der politischen Soziologie und der sozialen Netzwerkanalyse.

Sang-hui Nam ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Weber-Institut für Soziologie der Universität Heidelberg. Ihre Forschungsinteressen sind soziale Bewegungen, Biographie- und Medienforschung.

Wolfram Schaffar arbeitet am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien und forscht zu sozialen Bewegungen, Demokratisierung und Konstitutionalismus sowie zu neuen Medien und Demokratie, mit dem regionalen Schwerpunkt auf Südostasien. Wolfram Schaffar ist aktiv in der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG).

Die letzten Ausgaben

- 4/06 Entwicklung und Bildung / Education and Development
1/07 Approaches to Governance / Governance
2/07 Perspectives on Development Studies / Entwicklungsforschung
3/07 Paulo Freire heute / Popular Education
4/07 Entwicklungspolitik und Sicherheitsinteressen / Development Cooperation and Security Politics
1/08 Medien und Entwicklung / Media and Development
2/08 Periphere Staatlichkeit / Peripheral Statehood
3/08 Wachstum – Umwelt – Entwicklung / Growth – Environment – Development
4/08 Global Uneven Development / Globale ungleiche Entwicklung
1/09 Transformation of Global Finance / Transformation des globalen Finanzsystems
2/09 Global Commodity Chains and Production Networks / Globale Güterketten und Produktionsnetzwerke
3/09 Solidarische Ökonomie zwischen Markt und Staat / Solidarity Economics between Market and State
4/09 25 Jahre Journal für Entwicklungspolitik / 25 Years Journal of Development Studies
1/10 Lateinamerikanische Kräfteverhältnisse im Wandel / Changing Power Relations in Latin America
2/10 Think-Tanks und Entwicklung / Think-Tanks and Development
3/10 EntwicklungsexpertInnen / Development Experts
4/10 The Nature of Development Studies / Natur und Entwicklungsforschung
1/11 Giovanni Arrighi: A Global Perspective / Giovanni Arrighi: Eine globale Perspektive
2/11 Entwicklungsfinanzierung / Development Finance
3/11 Beyond Transitional Justice / Übergangsgerechtigkeit

Die kommenden Hefte

- 1/12 Periphere Wohlfahrtsstaaten / Welfare Regimes in the Global South
2/12 Sozial-ökologische Transformationen / Social-ecological Transformations

Informationen für AutorInnen

Das Journal für Entwicklungspolitik (JEP) ist eine der führenden wissenschaftlichen Zeitschriften für Fragen von Entwicklungstheorie und -politik im deutschsprachigen Raum. Alle Beiträge werden anonym begutachtet (double-blind). Die Publikation erfolgt in Englisch oder Deutsch. Die Zielsetzung des JEP ist es, ein Forum für eine breite kritische Diskussion und Reflexion für verschiedene Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklungen in Süd und Nord zu bieten. Dabei wird auch das Verhältnis zwischen theoretischen Weiterentwicklungen im Bereich von Entwicklungsforschung und konkreten entwicklungspolitischen Prozessen ausgelotet. Gesellschaftlich relevantes Wissen über Entwicklungsprobleme und Entwicklungspolitik wird in einer interdisziplinären Herangehensweise aufbereitet und zugänglich gemacht.

Manuskriptvorschläge können
eingesendet werden an:
office@mattersburgerkreis.at
Weitere Hinweise unter:
www.mattersburgerkreis.at/jep

Information for Contributors

The Austrian Journal of Development Studies is one of the leading journals in its field in the German speaking area. Articles are reviewed anonymously (double-blind) and published in German or English. The journal provides a forum for a broad critical debate and reflection on different dimensions of societal transformation and on North-South relations. Specifically, the relationship between cutting edge theoretical advances in the field of development studies and actual development policies is addressed. Politically relevant knowledge about issues of development is provided in an accessible, interdisciplinary way.

Article proposals can be sent to:
office@mattersburgerkreis.at
Further information:
www.mattersburgerkreis.at/jep

Gefördert aus öffentlichen Mitteln der

Österreichische

Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich

Heft XXVII, 4-2011, ISBN 978-3-85476-378-9

Preis des Einzelhefts: Euro 9,80; sFr 17,50

Preis des Jahresabonnements: Euro 39,80; sFr 69,-

Abonnementbezug über die Redaktion:

Journal für Entwicklungspolitik, Sensengasse 3, A-1090 Wien,
office@mattersburgerkreis.at, www.mattersburgerkreis.at/jep

Das Abonnement kann unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zum Jahresende gekündigt werden.

I. Auflage 2011

© Mandelbaum Verlag Wien / Mattersburger Kreis

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

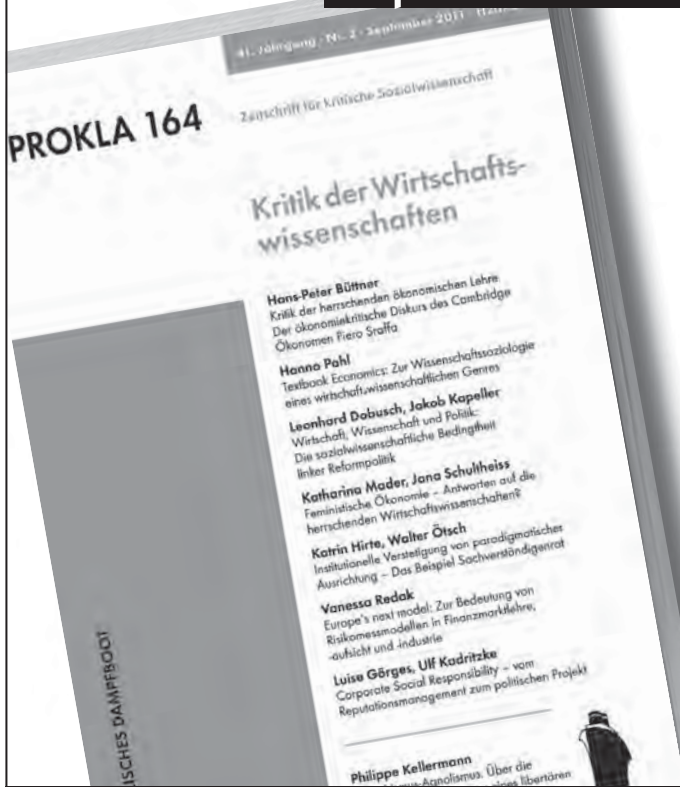
Satz: Julia Löw, www.weiderand.net, Wien

Druck: Interpress, Budapest

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Hochschulen, Sensengasse 3, A-1090 Wien

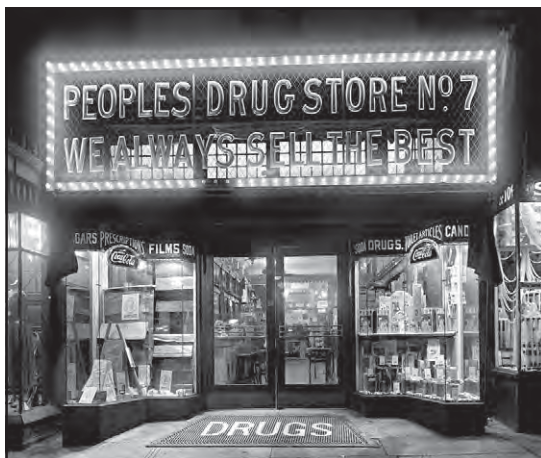
Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die AutorInnen bzw. die Redaktion.



Den Wirtschaftswissenschaften fehlen die theoretischen Instrumente, um Krisen angemessen zu verstehen. Der Vorwurf der Realitätsferne an die Adresse der dominierenden neo-klassischen Theorie ist alles andere als neu. Trotzdem hat selbst die Finanzkrise von 2008 keine nachhaltigen Erschütterungen bewirkt. Eine kritische Diskussion der herrschenden Volkswirtschaftslehre und ihrer Modernisierungsbemühungen ist daher mehr als überfällig.

2011 - 173 S. - 14,00 €

WWW.DAMPFBOT-VERLAG.DE



328

Legalize it – der Krieg gegen Drogen ist gescheitert
 Außerdem: ► NGOs in Haiti ► Schädel nach Namibia
 ► Kritik an Mikrofinanz ► Türkei gegen KurdInnen...
 52 Seiten, € 5,30 + Porto

auch als PDF-Download

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Reihe GEP: Gesellschaft - Entwicklung - Politik

Hg.: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik. www.mattersburgerkreis.at/gep



J. Becker, K. Imhof, J. Jäger, C. Staritz (Hg.)
**KAPITALISTISCHE ENTWICKLUNG IN
NORD UND SÜD**

Handel, Geld, Arbeit, Staat

mandelbaum verlag, 2007, 300 Seiten, Euro 16.80

Der Band präsentiert unterschiedliche kritische Zugänge zur Analyse der ökonomischen Entwicklung in Nord und Süd.



K. Fischer, G. Hödl, W. Sievers (Hg.)
KLASSIKER DER ENTWICKLUNGSTHEORIE
Von Modernisierung bis Post-Development

mandelbaum verlag, 2009, 300 Seiten, Euro 16.80

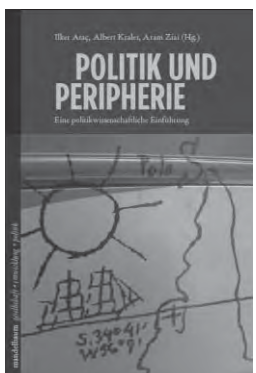
Dieser Band präsentiert die wichtigsten Denkschulen der Entwicklungstheorie anhand ihrer einflussreichsten und prägnantesten Texte.



F. Kolland, P. Dannecker, A. Gächter, C. Suter (Hg.)
SOZIOLOGIE DER GLOBALEN GESELLSCHAFT
Eine Einführung

mandelbaum verlag, 2010, 385 Seiten, Euro 16.80

Dieser Band führt in zentrale Dimensionen einer transnationalen Sozialstrukturanalyse und Ungleichheitsforschung ein.



I. Ataç, A. Kraler, A. Ziai (Hg.)
POLITIK UND PERIPHERIE
Eine politikwissenschaftliche Einführung

mandelbaum verlag, 2011, 348 Seiten, Euro 19.80

Der Band bietet eine Einführung in die Politikwissenschaft aus einer globalen und peripheriezentrierten Perspektive.